

Landesbank Berlin AG | Berliner Sparkasse

# 2016

Jahresabschluss und Lagebericht





**Landesbank Berlin AG**

# **Jahresabschluss und Lagebericht 2016**



# Inhalt

<b>LAGEBERICHT</b>	
<b>A. GRUNDLAGEN</b>	<b>6</b>
<b>B. WIRTSCHAFTSBERICHT</b>	<b>12</b>
<b>C. RECHNUNGSLEGUNGSBEZOGENES INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM</b>	<b>23</b>
<b>D. RISIKOBERICHT</b>	<b>25</b>
<b>E. CHANCEN UND PROGNOSEBERICHT</b>	<b>49</b>
<b>BILANZ</b>	<b>54</b>
<b>GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG</b>	<b>57</b>
<b>EIGENKAPITALSPIEGEL</b>	<b>59</b>
<b>KAPITALFLUSSRECHNUNG</b>	<b>59</b>
<b>ANHANG</b>	<b>62</b>
<b>ANLAGEN ZUM ANHANG</b>	<b>106</b>
<b>BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS</b>	<b>109</b>
<b>VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER</b>	<b>110</b>
<b>BERICHT DES AUFSICHTSRATS DER LANDESBANK BERLIN AG</b>	<b>111</b>

# Lagebericht

## A. Grundlagen

### 1. Organisation und Struktur

Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG). Sie ist Trägerin der Berliner Sparkasse (BSK) und gilt gemäß Berliner Sparkassengesetz als eigener Sparkassenverband. Der Sparkassenverband Berlin ist Mitglied im Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und damit einer von zwölf regionalen Sparkassenverbänden. Er vertritt die Interessen der LBB/BSK innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe und gegenüber dem Land Berlin. Die BSK ist eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und wird als Zweigniederlassung der LBB geführt. Dieser Lagebericht bezieht sich auf die Landesbank Berlin AG einschließlich der Berliner Sparkasse, so dass im Folgenden die Bezeichnung Landesbank Berlin AG/Berliner Sparkasse (LBB/BSK) verwendet wird.

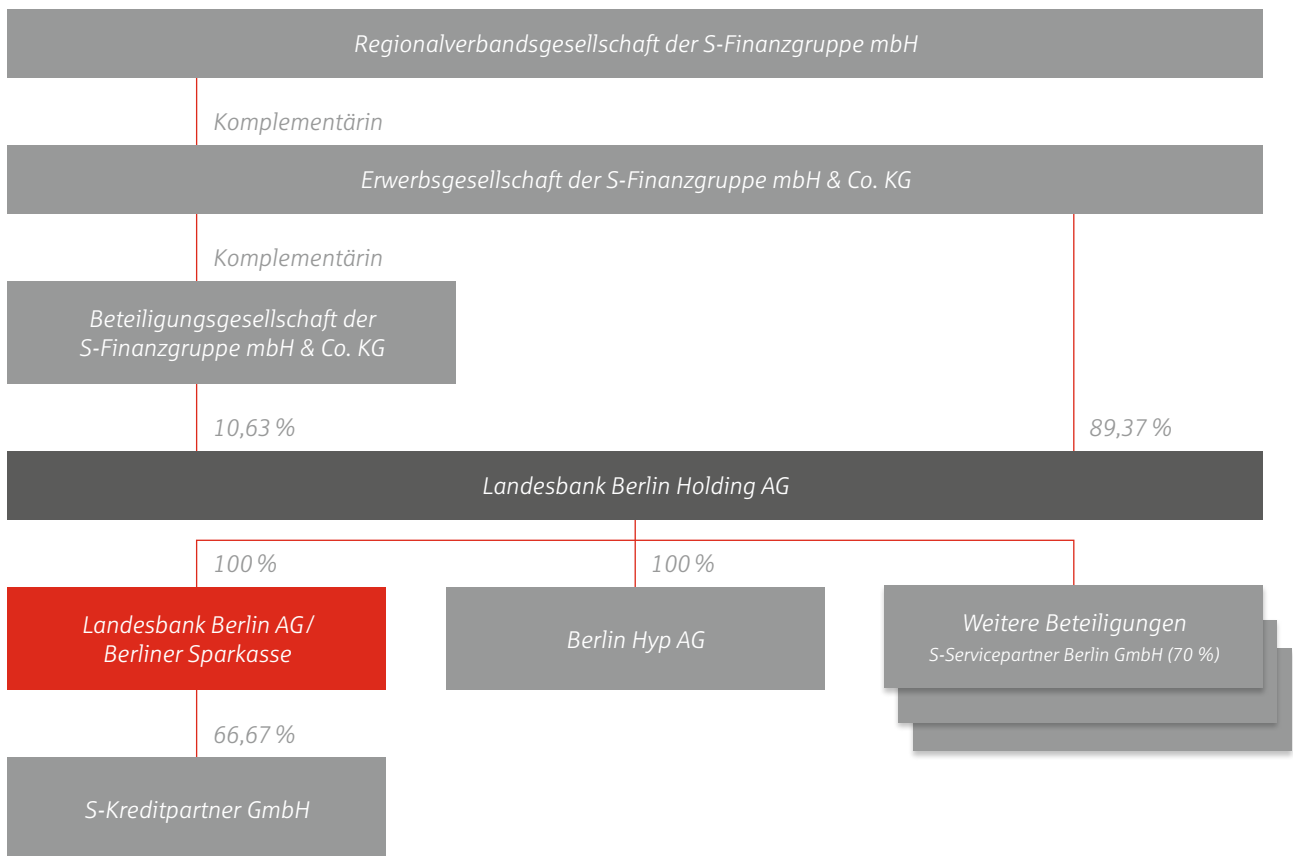
Die Aufgaben zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Berliner Sparkasse sind zum einen in § 2 Abs. 1 Berliner Sparkassengesetz definiert: „Der Berliner Sparkasse obliegt die Förderung des Sparens und die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs, insbesondere des Mittelstandes und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.“ Zum anderen sind die Grundsätze der Geschäftspolitik gemäß § 4 Berliner Sparkassengesetz maßgebend: „Die Geschäfte der Berliner Sparkasse sind nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung allgemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte zu führen.“ In diesem Sinn agiert die Berliner Sparkasse und richtet ihre Arbeit darauf aus, ihrem öffentlichen Auftrag zu jeder Zeit gerecht zu werden. Die Bedürfnisse der Kunden stehen im Mittelpunkt ihrer Geschäftstätigkeit. Produkte und Leistungen passt die Berliner Sparkasse regelmäßig den aktuellen Marktbedingungen an.

Organisatorisch gliedert sich die LBB/BSK in die drei Geschäftsfelder Private Kunden, Firmenkunden und Treasury. Zum Geschäftsfeld Private Kunden zählen das Geschäft mit Privaten Kunden in Berlin und der DirektBankService als bundesweiter Emittent von Kreditkarten unter der Marke LBB. Zum Geschäftsfeld Firmenkunden gehören neben dem Firmenkundengeschäft in Berlin mit kleinen, mittelständischen und großen Unternehmen das ausgewählte überregionale Geschäft mit großen Firmenkunden sowie die regionale Gewerbliche Immobilienfinanzierung. Das Geschäftsfeld Treasury erfüllt die klassischen Funktionen der Liquiditäts-

steuerung, um eine ausreichende Liquidität zu gewährleisten, der Eigenanlage (Depot-A) und der strategischen Fristentransformation. Darüber hinaus erbringen Corporate Center und Marktfolgeeinheiten Leistungen wie z. B. Kredit- und Risikobetreuung, Finanzen, Risikocontrolling, Organisations- und Produktivitätsmanagement, Unternehmensentwicklung, Recht und Revision.

Die LBB/BSK ist dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Es gewährleistet die Liquidität und Solvenz der beteiligten Institute und ermöglicht es ihnen, jederzeit die Forderungen ihrer Kunden zu erfüllen.

**Die LBB/BSK im Konzernverbund zum 31. Dezember 2016\***



\* Die Darstellung beschränkt sich auf die wesentlichen Beteiligungen.

## 2. Aufsicht und Regulatorik

Die LBB/BSK untersteht – wie die Gruppe der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschafts-Gruppe) insgesamt – der direkten Aufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB). Die laufende Aufsicht wird dabei vom sogenannten „Joint Supervisory Team“ von Mitarbeitern der EZB, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank mit Koordination durch die EZB gewährleistet. Im Rahmen dieser direkten Aufsicht erfolgte im Jahresverlauf 2016 eine aufsichtsrechtliche Beurteilung auf Basis der europäischen SREP-Richtlinie (Supervisory Review and Evaluation Process).

Im Berichtsjahr wurde der aufsichtsrechtliche Sanierungsplan der S-Erwerbsgesellschafts-Gruppe aktualisiert.

Per 31. Dezember 2016 betrug die harte Kernkapitalquote in der LBB/BSK 18,1 %. Die Kapitalquote der LBB/BSK profitiert vom Einsatz aufsichtsrechtlich anerkannter interner Modelle (IRBA, AMA). Zukünftig ist damit zu rechnen, dass die Kapitalvorteile aus der Anwendung interner Modelle begrenzt werden oder vollständig wegfallen; dies würde allgemein zu einem Rückgang der Kapitalquoten führen.

## 3. Umbau erfolgreich abgeschlossen

Im Herbst 2016 konnte das Umbauprojekt früher als geplant abgeschlossen werden. Dabei wurde die Schaffung einer Kostenstruktur für eine nachhaltig positive Ertragsbasis der Berliner Sparkasse als wichtiges Ziel des Umbaus erreicht.

Noch verbleibende Tätigkeiten werden im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit umgesetzt. Dazu zählen die Implementierung von sparkassentypischen Banksteuerungssystemen in den Bereichen Rechnungswesen, Meldewesen und Risikocontrolling. Die Standardisierung und Vereinfachung der Prozesse und IT-Systeme wird die IT-Kosten nachhaltig senken. Die technische

Entflechtung der S-Servicepartner Berlin GmbH wurde im zweiten Halbjahr 2016 vollzogen. Der laufende Abbau von Personalkapazitäten wird weiter vorangetrieben und soll bis Ende 2017 abgeschlossen sein.

Im Geschäftsjahr 2017 wird ein besonderer Fokus auf der Digitalisierung liegen. Die Art und Weise, wie Kunden ihre Bankgeschäfte betreiben, ändert sich grundlegend. Darauf stellt sich die LBB/BSK sowohl durch eigene Initiativen als auch durch Kooperationen mit der Sparkassen-Finanzgruppe und ausgewählten Fintechs (moderne Technologien im Bereich der Finanzdienstleistungen) ein.



## 4. Geschäftstätigkeit

Als moderne Universalbank berät die LBB/BSK ihre Kunden in allen Finanzfragen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Retail-Geschäft mit Privat- und Firmenkunden sowie der regionalen Gewerblichen Immobilienfinanzierung. Kern des Geschäftsmodells ist die Hereinnahme von Einlagen aus der Region Berlin und die Gewährung von Krediten in dieser Region.

Im Geschäft mit Privaten Kunden steht ein Vertriebswegemix zur Verfügung. Dieser besteht aus dem klassischen Filialgeschäft mit persönlicher Beratung in einer der Vertriebsstellen sowie einem umfassenden Online- und Telefonbanking-Angebot. Ihre Immobilienkompetenz für Private Kunden hat die LBB/BSK in fünf ImmobilienCentern gebündelt. Anfang Januar 2016 nahm die BSK Immobilien GmbH ihre Tätigkeit als Objektvermittler auf. Ergänzend kommen das Private Banking für hochvermögende Kunden und die Mobile Beratung, bei der der Berater zum Kunden kommt, hinzu. Zudem stehen den Kunden 1.172 Selbstbedienungsautomaten im Berliner Stadtgebiet zur Verfügung.

Im Kooperationsgeschäft mit Kreditkarten, das unter der Marke LBB betrieben wird, ist die LBB/BSK mit 2,7 Mio. ausgegebenen Debit- und Kreditkarten seit Jahren größter Anbieter kostenpflichtiger Co-Branding-Karten in Deutschland. Das Kartengeschäft, welches sich insbesondere aus den Portfolios mit den Kooperationspartnern Amazon, ADAC und topbonus/airberlin zusammensetzt, wird durch die ADAC Autokredite ergänzt, die ADAC-Mitgliedern die Finanzierung von Neu- und Gebrauchtfahrzeugen ermöglichen.

Im Geschäft mit Firmenkunden ist die LBB/BSK Partner und Dienstleister für Unternehmen in der Region Berlin. Mittelständische Unternehmen, Verbände und Stiftungen, öffentliche Unternehmen und Gebietskörperschaften zählen ebenso zu ihren Kunden wie Start-Ups und Geschäfts- und Gewerbetreibende in der Region. Geschäftskunden werden von Beratern der BusinessLine telefonisch betreut. Für größere Gewerbetreibenden stehen zwölf dezentrale FirmenCenter zur Verfügung. Mittelständische und große Firmenkunden werden in vier zentralen FirmenCentern individuell betreut.

Darüber hinaus stehen in den FirmenCentern „Gründung und Nachfolge“ sowie „Zukunftsbranchen“ Fachberater zur Verfügung. Weiteres Spezial-Know-How wird in den KompetenzCentern „Leasing und Factoring“, „Fördermittel“, „Electronic Business“ sowie in der Abteilung „Ausland“ angeboten.

Mit langjähriger Expertise vor Ort ist die LBB/BSK mit Schwerpunkt auf dem Berliner Markt als regionaler Immobilienfinanzierer aktiv. Finanziert werden Gewerbeimmobilien in einer Größenordnung zwischen 2,5 und 50 Mio. €. Für großvolumigere Finanzierungen werden Konsortien unter anderem mit der Schwestergesellschaft Berlin Hyp AG (Berlin Hyp) als Konsortialpartner oder anderen Sparkassen gebildet. Von der Bauzwischenfinanzierung über die Portfoliofinanzierung bis zu Avalkrediten und Zinsswaps stellt die LBB/BSK die komplette Produktpalette der Immobilienfinanzierung bereit.

Die LBB/BSK ist darüber hinaus in ein enges Netz mit spezialisierten Verbundpartnern eingebunden.

Die **S-Kreditpartner GmbH (SKP)** ist ein verbundenes Unternehmen der LBB/BSK und der spezialisierte Verbundpartner für das Auto- und Konsumentenkreditgeschäft in der Sparkassen-Finanzgruppe. Ziel der SKP ist es, die Position der Sparkassen in diesem strategisch wichtigen Geschäft gemeinsam zu stärken.

Dafür stellt die SKP den Partnersparkassen die passenden Produkte bereit und sorgt für eine bestmögliche Beratungsunterstützung. Alle technischen Prozesse sowie die persönliche Betreuung durch die SKP sind darauf ausgerichtet, dem Sparkassenberater vor Ort jene Freiräume zu schaffen, die er für die optimale Beratung seiner Kunden zum S-Privatkredit und S-Autokredit benötigt. Speziell für das Online-

geschäft bietet die SKP ihren Partnersparkassen zusätzlich ein Leistungsangebot unter der Marke S Kredit-per-Klick an. Darüber hinaus stellt die SKP Lösungen für Firmenkunden aus der Fahrzeugbranche bereit. Die Angebote für die Einkaufs- und Absatzfinanzierung stärken gleichzeitig die Beziehung zwischen Sparkasse und regionalem Autohandel.

Die **S-Servicepartner Berlin GmbH (S-Servicepartner)** ist ein Verbundpartner in der Marktfolge, der die Berliner Sparkasse dabei unterstützt, sich auf den Vertrieb zu konzentrieren und damit konsequent den strategischen Vorgaben der Sparkassen-Finanzgruppe folgt. Der S-Servicepartner bietet ein breites und ausgewogenes Marktfolgeangebot in den Bereichen Kreditbearbeitung, Kontoführung, Zahlungsverkehr und Treasury.

## 5. Steuerung

Im Geschäftsjahr 2016 ergaben sich keine methodischen Veränderungen bei den relevanten Größen für die Banksteuerung.

Somit gelten für die LBB/BSK folgende **finanzielle Leistungsindikatoren**:

- Ergebnisabführung an die Landesbank Berlin Holding AG (LBBH)
- Verwaltungsaufwand
- Harte Kernkapitalquote: Verhältnis des aufsichtsrechtlich anrechenbaren harten Kernkapitals zum Gesamtrisikobetrag
- Bilanzsumme
- Forderungen an Kunden
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

- Cost-Income-Ratio (CIR): Quotient aus dem Verwaltungsaufwand und den Erträgen (Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Saldo der übrigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen sowie – bis zum Jahr 2015 – Nettoergebnis des Handelsbestands)
- Eigenkapitalrentabilität: Quotient aus dem „Ergebnis vor Ertragsteuern und Gewinnabführung“ zuzüglich der Veränderung des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB und dem durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital einschließlich des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB

Zudem besteht folgender **nicht-finanzieller Leistungsindikator**:

- Mitarbeiterkapazitäten

## 6. Gesellschaftliches Engagement

Neben der Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen und der Förderung des Sparens und des Gewerbes steht die Gemeinwohlorientierung im Mittelpunkt des Handelns der Berliner Sparkasse. Das Engagement in der Stadt hat sie im vergangenen Jahr weiter ausgebaut.

Die drei Stiftungen der Berliner Sparkasse bilden einen wichtigen Baustein des gesellschaftlichen Engagements des Hauses. So schüttete etwa die Stiftung Berliner Sparkasse zur Förderung des Gemeinwohls seit ihrer Gründung im Jahr 2010 rund 1,1 Mio. € an mehr als 240 Projekte in Berlin aus.

Aus dem „PS-Sparen und Gewinnen“ flossen 2016 Ausschüttungen in Höhe von 1,5 Mio. € unter anderem in Kinder- und Jugendprojekte sowie in Einrichtungen der Behinderten- und Altenpflege. Die Berliner Sparkasse vergab diese Mittel gemeinsam mit dem Senat von Berlin.

Ein breit gestreutes Kiezförderungsprogramm unterstützt eine Vielzahl von kleinen Projekten in Schulen, Sportvereinen, sozialen und kulturellen Einrichtungen in ganz Berlin. Neben finanziellen Zuwendungen engagieren sich viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ehrenamtlich in Kiez-Projekten. Im September 2016, dem sogenannten Ehrenamtsmonat der Berliner Sparkasse, waren zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für einen guten Zweck im Einsatz.

Die Berliner Sparkasse tritt als Sponsor in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales sowie bei wichtigen gesellschaftlichen Ereignissen in Erscheinung. So ist sie Sponsor des Landessportbunds und des Olympiastützpunkts

Berlin. Seit 2015 unterstützt sie zudem als offizieller Premiumpartner die Nachwuchsarbeit des Handballvereins Füchse Berlin.

Die Berliner Sparkasse ist – gemeinsam mit dem DSGV und der Feuersozietät Berlin Brandenburg – Hauptförderer der Staatlichen Museen zu Berlin. Die Kooperation besteht seit dem Jahr 2011. Ihre Schwerpunkte sind neben großen Ausstellungen Vermittlungsprojekte mit Kindern und jungen Erwachsenen.

Eine weitere Kooperation wurde im Sommer 2016 mit der Komischen Oper Berlin vereinbart. Motto aller geförderten Aufführungen und Projekte ist das Thema Vielfalt und Einbeziehung aller sozialen Schichten in das kulturelle Opernangebot. Für das Mitsingprojekt „Sing Along“ der Komischen Oper für Berliner Schulen konnte die Berliner Senatorin Dilek Kolat als Schirmherrin gewonnen werden.

Jüngstes Projekt ist eine Kooperation mit dem Zoo Berlin zur Unterstützung der Zooschule, das sich an Kinder und Erwachsene, besonders aber an Kinder aus Schulen und Kitas in ganz Berlin richtet.

Zum zweiten Mal engagierte sich die Berliner Sparkasse im Jahr 2016 für den „Karneval der Kulturen“ und sicherte auf diese Weise den Fortbestand der beliebten Veranstaltung.

Eine Herausforderung stellt weiterhin die Unterstützung von Flüchtlingen dar. Zu diesem Zweck richtete die Berliner Sparkasse zwei KundenCenter ein, die speziell auf die Bedürfnisse von Flüchtlingen zugeschnitten sind.

## B. Wirtschaftsbericht

### 1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die vielen politischen Unwägbarkeiten, die im Jahr 2016 offenkundig wurden, haben das konjunkturelle Umfeld in Deutschland bisher kaum beeinträchtigt. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fiel mit 1,9 % abermals ansehnlich aus. Von privater und vor allem von staatlicher Seite wuchsen die Konsumausgaben überdurchschnittlich. Der Außenhandel mit Waren und Dienstleistungen trug hingegen nicht mehr zum Wachstum bei, obschon der Leistungsbilanzüberschuss im Zusammenhang mit immer noch günstigen Einfuhren nochmals leicht auf 8,5 % des BIPs ausgeweitet werden konnte. Das Ausfuhrwachstum schwächte sich ab. Wichtige Exportmärkte wie Russland, die Türkei, Großbritannien und zuletzt auch die USA befinden sich politisch in einer sehr unruhigen Phase. Die Investitionstätigkeit wuchs trotz des sehr günstigen Zinsumfelds nur gemächlich.

Die Berliner Wirtschaft hat den bereits in den Vorjahren verzeichneten Wachstumsvorsprung gegenüber dem Bundesdurchschnitt auch im ersten Halbjahr 2016 bestätigt. Die Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts betrug in diesem Zeitraum 2,6 % und lag damit über dem Wert für das Bundesgebiet (Basis: Statistische Ämter des Bundes und der Länder). Im zweiten Halbjahr sollte sich der Vorsprung gegenüber Gesamtdeutschland nach unseren Erwartungen noch ausgeweitet haben. Die Konjunkturlage in der Hauptstadt bleibt vom Zuwachs der Beschäftigtenzahlen und einer lebhaften Bautätigkeit geprägt, wobei gemessen an der steigenden Einwohnerzahl Berlins nach wie vor zu wenig neue Wohnungen errichtet werden. Niedrigere

Steigerungsraten im Tourismus wurden durch rege Zuwächse vor allem bei unternehmensnahen Dienstleistungen mehr als kompensiert.

Die Inflation in Deutschland blieb im Jahresdurchschnitt 2016 mit 0,5 % sehr gering. Im Dezember lag die Rate mit 1,7 % aber schon deutlich höher. Am Arbeitsmarkt setzte sich die positive Entwicklung der Vorjahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland lag zum Jahresschluss bei 5,8 % und damit 0,3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresstand. Im Geschäftsgebiet der LBB/BSK lag die Quote mit 9,2 % immer noch deutlich höher. Mit einem Rückgang um 0,9 Prozentpunkte im Jahresverlauf holte der Berliner Arbeitsmarkt aber zumindest auf (Basis: Statistische Ämter des Bundes und der Länder).

Die geldpolitischen Entscheidungen der EZB blieben ein weiteres Jahr im Krisenmodus verhaftet. Zum Frühjahr wurde das Anleihekaufprogramm aufgestockt und im Dezember sogar noch einmal verlängert. Dennoch stiegen die Kapitalmarktzinsen im zweiten Halbjahr wieder an.

In diesem schwierigen Marktumfeld gehörte die LBB/BSK unverändert zu den führenden Marktteilnehmern in Berlin. Die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen im Berichtsjahr – insbesondere das Niedrigzinsumfeld und die ökonomische Entwicklung unserer Kernregion – wirkten sich auch in der Geschäftsentwicklung und Ertragslage unserer Sparkasse aus.

## 2. Geschäftsentwicklung

Der Geschäftsverlauf der LBB/BSK im Jahr 2016 war in dem anspruchsvollen Umfeld mehr als zufriedenstellend. Trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase und zusätzlicher Aufwendungen aufgrund der weiter steigenden regulatorischen Anforderungen wurde ein deutlich über unseren Erwartungen liegender Gewinn vor Ergebnisabführung erzielt. Dies ist zum einen auf einen höheren Zinsüberschuss sowie einmalige Effekte im Finanzanlageergebnis und zum anderen auf geringere Verwaltungsaufwendungen durch einen Entlastungseffekt bei den Pensionsrückstellungen zurückzuführen. Der Gewinn vor Ergebnisabführung wurde in Teilen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis mittels Rücklagenbildung nach § 340g HGB genutzt. Darüber hinaus konnte die LBB/BSK ein erheblich über dem Vorjahr liegendes Ergebnis an das Mutterunternehmen Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) abführen.

Das operative Kundengeschäft entwickelte sich weiterhin positiv. Die Berliner Sparkasse konnte ihre Position in dem wettbewerbsintensiven Berliner Bankenmarkt weiter ausbauen.

Nach der Entscheidung, keine Handelsgeschäfte mehr zu betreiben, wurden mit Wirkung zum 1. Januar 2016 sämt-

liche Handelsbestände größtenteils erfolgsneutral bilanziell umgegliedert. In der Folge weisen die zugehörigen Bilanzposten keinen Bestand mehr aus, ein Nettoergebnis des Handelsbestandes entstand deshalb im Jahr 2016 nicht mehr.

Die im März 2016 verabschiedete gesetzliche Änderung der Bewertungsregeln für Pensionsrückstellungen, insbesondere die Berücksichtigung des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn statt bisher sieben Jahre für die Abzinsung, führte angesichts des sich hieraus ergebenden Abschwächungseffektes und der deutlichen Zinsrückgänge in den letzten Jahren zu einem geringeren Rückstellungsbetrag. Für diesen Sachverhalt waren per Saldo Auflösungen in Höhe von 21 Mio. € vorzunehmen. Gegenläufig wirkte die Zuführung zur Pensionsrückstellung in Höhe des bisher noch nicht angesammelten Unterschiedsbetrages von 115 Mio. € aus der Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) (Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB).

Die für die LBB/BSK maßgeblichen Leistungsindikatoren haben sich im Geschäftsjahr 2016 wie folgt entwickelt:

Leistungsindikatoren	IST	Prognose für 2016		IST
	31.12.2016	30.06.2016 <sup>1)</sup>	31.12.2015 <sup>1)</sup>	31.12.2015
Ergebnisabführung an LBB Holding (Mio. €)	181	61	61	12
Verwaltungsaufwand (Mio. €)	774	< 885	885	890
Mitarbeiterkapazitäten	3.255	3.116	3.116	3.322
Harte Kernkapitalquote in %	18,1 %	16,9 %	17,7 %	17,3 %
Bilanzsumme (Mio. €)	45.874	47.500	46.500	47.478
Forderungen an Kunden (Mio. €)	17.995	18.500	18.500	16.724
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Mio. €)	27.695	24.500	24.500	26.680
Cost-Income-Ratio in %	78,6 %	< 89 %	89 %	88,6 %
Eigenkapitalrentabilität in %	12,2 %	3 %	3 %	0,6 %

1) in der Berichterstattung zum jeweiligen Stichtag

Die LBB/BSK konnte im Berichtsjahr ein Ergebnis in Höhe von 181 Mio. € an die LBBH abführen. Dieses lag deutlich über den eigenen Erwartungen. Die positive Abweichung ist unter anderem auf einen im Vergleich zur Planung erheblich geringeren Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit der Bewertung der Pensionsrückstellungen zurückzuführen. Dabei war dieser Sachverhalt dem Grunde nach zwar bekannt, der Höhe nach aber unterjährig noch nicht abschließend bezifferbar. Vor diesem Hintergrund wurde die Prognose im Zwischenbericht per 30. Juni 2016 beibehalten. Neben Planüberschreitungen im Zinsergebnis und Einmalserträgen aus Beteiligungsverkäufen ergaben sich zum Jahresende deutlich geringere Aufwendungen für die Risikovorsorge. Höhere Aufwendungen aufgrund einer außerordentlichen Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe des bisher noch nicht angesammelten BilMoG-Unterschiedsbetrags wurden durch die positiven Effekte überkompensiert.

Der Verwaltungsaufwand betrug 774 Mio. € und lag damit deutlich unter dem Prognosewert. Ursächlich für diese Unterschreitung ist, dass in wesentlich geringerem Umfang laufende und keine zinsbedingten Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen erforderlich waren. Darüber hinaus wurde das Kostensenkungsprogramm weiterhin mit hoher Priorität verfolgt.

Die Maßnahmen zum umbaubedingten Stellenabbau kamen im Berichtsjahr weiter gut voran. Dennoch konnte der für das Jahresende erwartete Stand der Mitarbeiterkapazitäten von 3.116 nicht

erreicht werden. Grund ist insbesondere, dass die zahlreichen, auf Basis eines Sozialplans geschlossenen, Vereinbarungen mit Mitarbeitern über Austritte in den kommenden Jahren erst zeitversetzt wirksam werden. Der laufende Abbau der Kapazitäten wird weiter intensiv vorangetrieben.

Die harte Kernkapitalquote hat sich im Vergleich zur Planung zum Vorjahresende von 17,7 % auf 18,1 % erhöht. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf einen stärker als erwarteten Rückgang der Risikoaktiva zurückzuführen. Unterjährig wurde der Planwert auf 16,9 % verringert, da zu diesem Zeitpunkt nicht abschließend eingeschätzt werden konnte, inwieweit die geplante Zuführung zur Rücklage nach § 340g HGB tatsächlich noch in 2016 umgesetzt wird.

Durch den fortgesetzten aktiven Abbau von nicht mehr strategiekonformen Beständen, insbesondere im Treasury, konnte die Bilanzsumme um 1,6 Mrd. € auf 45,9 Mrd. € weiter verringert werden. Hierdurch wurde der gegenläufige Effekt aus der Umwidmung der ehemaligen Handelsderivate überkompensiert. Dieser führte zu aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten und aufgrund bestehender geringerer Saldierungsmöglichkeiten zu einer Erhöhung der Bilanzsumme. Damit wurde der ursprünglich erwartete, im Sommer 2016 aufgrund des temporär im Interbankengeschäft deutlich aufgebauten Volumens sogar erhöhte Prognosewert letztlich unterschritten. Der Bestandsabbau erfolgte insbesondere im Wertpapier- und Interbankengeschäft.

Forderungen an Kunden nach Produkten			Veränderung	
			absolut	in %
in Mio. €	<b>31.12.2016</b>	<b>31.12.2015</b>		
Hypothekendarlehen	6.711	6.141	570	9,3
Kommunalkredite	2.632	3.422	-790	-23,1
Andere Forderungen	8.652	7.161	1.491	20,8
<b>Gesamt</b>	<b>17.995</b>	<b>16.724</b>	<b>1.271</b>	<b>7,6</b>

Hauptsächlich durch ein wachsendes Neugeschäft im Immobilienkreditbereich erhöhte sich das Volumen der Kundenforderungen im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr, die Planung für diesen Bereich wurde sogar übertroffen. Diese Entwicklung schlägt sich sowohl bei den

Hypothekendarlehen als auch bei den anderen Forderungen nieder. Bei den Kommunalkrediten war dagegen ein Rückgang von 0,8 Mrd. € zu verzeichnen. Der Prognosewert von 18,5 Mrd. € konnte nicht erreicht werden.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach Produkten			Veränderung	
			absolut	in %
in Mio. €	<b>31.12.2016</b>	<b>31.12.2015</b>		
Täglich fällige Verbindlichkeiten	19.299	17.437	1.862	10,7
Termineinlagen	2.637	3.208	-571	-17,8
Spareinlagen	5.195	5.432	-237	-4,4
Namenspfandbriefe	481	468	13	2,8
Schuldscheindarlehen	83	135	-52	-38,5
<b>Gesamt</b>	<b>27.695</b>	<b>26.680</b>	<b>1.015</b>	<b>3,8</b>

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verzeichneten im Geschäftsjahr Volumenssteigerungen, die primär aus erhöhten Sichteinlagen von Privat- und von Firmenkunden resultierten. Stichtagsbezogen führte diese Entwicklung zu einem Bestand, der deutlich über den Erwartungen lag.

Die Cost-Income-Ratio ist im Vergleich zum 31. Dezember 2015 deutlich von 88,6 % auf 78,6 % gesunken. Diese Entwicklung ist primär auf geringere Verwaltungsaufwendungen und den gestiegenen Zinsüberschuss zurückzuführen. Die Eigenkapitalrentabilität hat sich aufgrund des stark gestiegenen Ergebnisses signifikant von 0,6 % auf 12,2 % erhöht.

### 3. Ertragslage

Ergebnis			Veränderung	
	31.12.2016	31.12.2015	absolut	in %
in Mio. €				
<b>Zinsüberschuss</b>	763	733	30	4,1
<b>Provisionsüberschuss</b>	234	244	-10	-4,1
<b>Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands</b>	0	12	-12	-100,0
<b>Verwaltungsaufwendungen</b>	774	890	-116	-13,0
Personalaufwand	285	382	-97	-25,4
Andere Verwaltungsaufwendungen	468	478	-10	-2,1
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	21	30	-9	-30,0
<b>Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge</b>	-11	16	-27	< -100,0
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge</b>	<b>212</b>	<b>115</b>	<b>97</b>	<b>84,3</b>
<b>Risikovorsorge</b>	18	77	-59	-76,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (netto)	17	77	-60	-77,9
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve („-“, = Ertrag)	1	0	1	> 100,0
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>194</b>	<b>38</b>	<b>156</b>	<b>&gt; 100,0</b>
<b>Ergebnis aus Finanzanlagen</b>	77	4	73	> 100,0
<b>Aufwand aus Bankenabgabe</b>	0	17	-17	-100,0
<b>Saldo der übrigen Positionen</b>	-90	-13	-77	< -100,0
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>181</b>	<b>12</b>	<b>169</b>	<b>&gt; 100,0</b>
<b>Ertragsteuern</b>	0	0	0	0,0
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>181</b>	<b>12</b>	<b>169</b>	<b>&gt; 100,0</b>
<b>Ergebnisabführung</b>	181	12	169	> 100,0
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-</b>

Das **Ergebnis nach Steuern** hat sich trotz anhaltender Niedrigzinsphase im Vergleich zum Vorjahr um 169 Mio. € deutlich auf 181 Mio. € erhöht. Ursächlich für die positive Entwicklung waren insbesondere ein höheres Zins- und Finanzanlageergebnis sowie verringerte Verwaltungsaufwendungen, wodurch das negative Ergebnis der übrigen Positionen überkompensiert werden konnte. Im Saldo der übrigen Positionen ist die Rücklagebildung gemäß § 340g HGB abgebildet.

Das Ergebnis nach Steuern wurde in Anwendung des Ergebnisabführungsvertrags an die LBBH abgeführt.

Im Folgenden werden die einzelnen **Ergebniskomponenten** dargestellt:

Der **Zinsüberschuss** lag mit 763 Mio. € um 4 % über dem Vorjahreswert von 733 Mio. €. Ursächlich für den Anstieg waren unter anderem höhere Ausschüttungen aus Beteiligungen sowie gestiegene Zinserfolge aus dem Kredit- und Kreditkartengeschäft.



Der **Provisionsüberschuss** lag mit 234 Mio. € um 10 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Etwa zwei Drittel des Überschusses entfielen auf Zahlungsverkehr/Kontoführung und auf das Kreditkartengeschäft. Zuwächse im Zahlungsverkehr/Kontoführung werden durch Rückgänge im Kreditkartengeschäft, insbesondere aus Interchangeerträgen, überlagert.

Nach Aufgabe des Handelsgeschäfts und der Umgliederung der verbliebenen Bestände in den Nichthandelsbestand zum 1. Januar 2016 war im Posten Nettoertrag/Nettoaufwand des Handelsbestands kein Erfolg mehr auszuweisen. Erfolge aus den ehemaligen Handelsbeständen wurden den entsprechenden Posten der Ergebnisrechnung, vor allem dem Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge, zugeordnet.

Die **Verwaltungsaufwendungen** verringerten sich deutlich um 13 % auf 774 Mio. € (Vorjahr: 890 Mio. €). Zu dieser Entwicklung trägt maßgeblich der Rückgang des **Personalaufwands** um 97 Mio. € auf 285 Mio. € bei. Ursächlich hierfür war insbesondere die gesetzliche Änderung zur Abzinsung von Pensionsrückstellungen, wodurch 2016 keine zinsbedingten Zuführungen erforderlich wurden. Die **anderen Verwaltungsaufwendungen** in Höhe von 468 Mio. € (Vorjahr: 478 Mio. €) waren ebenfalls rückläufig. Maßgeblich hierfür waren insbesondere Entlastungen bei Gebäude- und Raumkosten sowie der Konzernleistungsverrechnung. Gegenläufig wirkten vor allem die aufgrund einer Ausweisänderung erstmals innerhalb dieser Position ausgewiesenen Aufwendungen aus der Bankenabgabe in Höhe von 14 Mio. € (Vorjahr: 17 Mio. €).

Im **Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge** waren verschiedene Einmaleffekte für das unter dem Vorjahreswert liegende Ergebnis ursächlich. Die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen (BilMoG) belastete

das laufende Ergebnis mit 115 Mio. €. Dem standen unter anderem Auflösungen von Restrukturierungsrückstellungen (34 Mio. €) sowie von Pensionsrückstellungen aufgrund der gesetzlichen Änderung zum Abzinsungssatz (21 Mio. €), Erträge aus einem Beteiligungsverkauf (20 Mio. €) sowie Auflösungen von Rückstellungen für Ankaufsverpflichtungen aus Immobilienfonds (19 Mio. €) gegenüber.

Das positive Ergebnis des Vorjahres war durch die Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen und Erträgen aus dem Verkauf eines Grundstücks geprägt gewesen.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** wies einen Nettoaufwand von 17 Mio. € aus. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (77 Mio. €) entspricht dies einem Rückgang um 60 Mio. €. Insgesamt standen Neubildungen in Höhe von 82 Mio. € (Vorjahr: 137 Mio. €) Auflösungen in Höhe von 65 Mio. € (Vorjahr: 60 Mio. €) gegenüber.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** in Höhe von 77 Mio. € war geprägt durch Erfolge aus der Veräußerung der Beteiligung an VISA Europe Ltd. Darüber hinaus standen Wertaufholungen für Wertpapiere und Fondsanteile sowie Veräußerungsgewinne (u.a. aus Wertpapieren der österreichischen HETA Asset Resolution AG) Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens in nahezu gleicher Höhe gegenüber. Der Umfang der unterlassenen Abschreibungen verringerte sich im Berichtsjahr um 37 Mio. € auf 3 Mio. €.

Im **Saldo der übrigen Positionen** wird der Aufwand aus der Rücklagenbildung nach § 340g HGB ausgewiesen. Der im Vorjahr ausgewiesene Aufwand aus der über 15 Jahre zu verteilenden Zuführung zu Pensionsrückstellungen entfiel aufgrund der im Jahr 2016 vorgenommenen Sonderzuführung, die im Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge ausgewiesen wird.

## 4. Vermögenslage

Aktiva			Veränderung		
	in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	absolut	in %
Forderungen an Kreditinstitute		12.713	14.724	-2.011	-13,7
Forderungen an Kunden		17.995	16.724	1.271	7,6
Schuldverschreibungen		11.271	12.545	-1.274	-10,2
Aktien und andere nicht festverz. Wertpapiere		272	262	10	3,8
Handelsbestand		0	1.033	-1.033	-100,0
Beteiligungen/Anteile an verb. Unternehmen		429	388	41	10,6
Sachanlagen		79	86	-7	-8,1
Übrige Aktiva		3.115	1.716	1.399	81,5
<b>Summe Aktiva</b>		<b>45.874</b>	<b>47.478</b>	<b>-1.604</b>	<b>-3,4</b>

Im Vergleich zum Vorjahresstichtag sank die **Bilanzsumme** per 31. Dezember 2016 um 1,6 Mrd. €, primär aufgrund der Verringerung der Geldhandelsbestände sowie der Schuldverschreibungen. Verschiebungen innerhalb einzelner Positionen ergaben sich vor allem aufgrund der Umwidmung der Handelsbestände.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** lagen mit 12,7 Mrd. € um 13,7 % unter dem Vorjahresniveau von 14,7 Mrd. €. Der Rückgang resultierte insbesondere aus der Verringerung von Geldmarktgeschäften wie Reverse Repos am Interbankenmarkt.

Die **Forderungen an Kunden** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um 1,3 Mrd. € beziehungsweise 7,6 % und beliefen sich auf 18,0 Mrd. €. Diese Entwicklung ist primär auf das erfreulich gewachsene Neugeschäft bei Immobilienkrediten zurückzuführen, die den weiteren Rückgang der Kommunalkredite um 0,8 Mrd. € mehr als kompensierten.

Der Bestand der **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere** ging um 1,2 Mrd. € auf 11,3 Mrd. € (Vorjahr: 12,5 Mrd. €) zurück. Für die Verringerung war unverändert der strategiekonforme

Abbau von Risikopositionen ausschlaggebend, wobei insbesondere Fälligkeiten nur in geringerem Umfang durch Neugeschäft ersetzt wurden. Eigene Schuldverschreibungen waren zum Bilanzstichtag in Höhe von 11,2 Mio. € im Bestand.

Die Position **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** enthielt überwiegend Anteile an Investmentfonds aus der Eigenanlage.

Der Bilanzposten **Handelsbestand** wies aufgrund der Umgliederung der Bestände wegen der Aufgabe der Handelsabsicht zum 1. Januar 2016 keine Positionen mehr aus.

Der Anstieg bei **Beteiligungen/Anteilen an verbundenen Unternehmen** resultierte überwiegend aus einem Zugang bei der Beteiligung an der S-Kreditpartner GmbH durch eine Einzahlung in die Kapitalrücklage.

Als Folge der Umgliederung der Handelsbestände erhöhte sich der Posten **Übrige Aktiva** deutlich um 1,4 Mrd. € auf 3,1 Mrd. €. Er enthielt darüber hinaus die Barreserve und Forderungen aus der Besicherung von Bankbuchderivaten.

Passiva			Veränderung	
	31.12.2016	31.12.2015	absolut	in %
in Mio. €				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.264	8.931	-2.667	-29,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27.695	26.680	1.015	3,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.097	5.878	-781	-13,3
Handelsbestand	0	550	-550	-100,0
Rückstellungen	1.482	1.454	28	1,9
Nachrangige Verbindlichkeiten	845	832	13	1,6
Eigenkapital	2.161	2.161	0	0,0
Grundkapital	1.200	1.200	0	0,0
Rücklagen	961	961	0	0,0
Übrige Passiva	2.330	992	1.338	> 100,0
<b>Summe Passiva</b>	<b>45.874</b>	<b>47.478</b>	<b>-1.604</b>	<b>-3,4</b>

Der Rückgang der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** um 2,7 Mrd. € auf 6,3 Mrd. € ist hauptsächlich auf verminderte Repo-Geschäfte am Interbankenmarkt zurückzuführen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 1,0 Mrd. € auf 27,7 Mrd. €. Der Zuwachs entfiel primär auf täglich fällige Verbindlichkeiten, während der Bestand der Spareinlagen mit 5,2 Mrd. € leicht rückläufig (-0,2 Mrd. €) war.

Das Volumen der **verbrieften Verbindlichkeiten** reduzierte sich deutlich um 0,8 Mrd. € auf 5,1 Mrd. €. Dabei wurden Fälligkeiten nur in geringem Umfang durch Neuemissionen ersetzt.

Der Bestand an **Rückstellungen** war im Stichtagsvergleich zum Vorjahr nahezu unverändert und betrug 1,5 Mrd. €. Hierbei glichen sich Zuführungen und Auflösungen nahezu vollständig aus. Die Pensionsrückstellungen stiegen um 0,1 Mrd. € auf 1,0 Mrd. €.

Das **Eigenkapital** der LBB/BSK war zum Bilanzstichtag mit 2,2 Mrd. € gegenüber dem Wert am Vorjahresstichtag unverändert. Ein Bilanzgewinn oder -verlust entstand aufgrund des Gewinnabführungsvertrags mit der LBBH nicht. Angaben zur Zusammensetzung des Eigenkapitals können dem Anhang entnommen werden.

Analog zur Entwicklung der Aktivseite wirkte sich die Umwidmung der Handelsbestände deutlich erhöhend auf die **übrigen Passiva** aus.

## 5. Finanzlage

Die für Banken und Sparkassen relevante Liquiditätssteuerung beruht auf den in § 11 KWG festgelegten Grundsätzen, den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (BA) („MaRisk“) sowie auf den Regelungen der CRR (Teil VI, Artikel 411 bis 428). Das Liquiditätsmanagement erfolgt durch den Bereich Treasury. Mit dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit auch in Krisensituationen zu gewährleisten, wurden die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern im Berichtsjahr jederzeit eingehalten. Die Liquiditätskennziffer lag ganzjährig oberhalb der Mindestgröße von 1,0 und betrug per 31. Dezember 2016 1,6. Die nach CRR seit 1. Oktober 2015 einzuhaltende Liquidity Coverage Ratio (LCR) lag im Jahresverlauf 2016 stets oberhalb des Zielwertes von 100 %; per 31. Dezember 2016 betrug sie 195 %.

Die LBB/BSK betreibt eine vorausschauende Liquiditätsplanung und unterhält eine Liquiditätsreserve zur Sicherstellung der täglichen Zahlungsbereitschaft. Sie nutzt einen ausgewogenen Mix an Instrumenten zur Refinanzierung ihres Aktivgeschäfts. Dazu zählen Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Kunden, Pfandbriefe, andere verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Für Refinanzierungsgeschäfte mit der EZB unterhält die LBB/BSK dort entsprechende Sicherheiten, um diese dispositionsbedingt nutzen zu können. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften werden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Berlin und Brandenburg, unterhalten.

Weitere und detailliertere Ausführungen zur Liquiditätslage sind dem Risikobericht zu entnehmen.

Das bilanzielle Eigenkapital betrug am 31. Dezember 2016 2,2 Mrd. € und lag damit bei 4,7 % der Bilanzsumme. Es beinhaltete das Grundkapital (1,2 Mrd. €) und die Rücklagen (1,0 Mrd. €).

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBB/BSK gemäß CRR beliefen sich zum 31. Dezember 2016 nach Feststellung des Jahresabschlusses auf 2.794 Mio. € (Vorjahresstichtag: 2.833 Mio. €). Bezogen auf die Risikopositionen nach CRR errechnete sich daraus eine Gesamtkapitalquote für die LBB/BSK von 22,5 % (Vorjahr: 23,0 %). Das harte Kernkapital betrug zum 31. Dezember 2016 nach Feststellung des Jahresabschlusses 2.242 Mio. €. In Relation zu den Risikopositionen errechnet sich eine harte Kernkapitalquote von 18,1 % (Vorjahresstichtag: 17,3 %).

## 6. Personal- und Sozialbereich

Die Mitarbeiterkapazitäten lagen bei der LBB/BSK mit 3.255 (Vorjahr: 3.322) ca. 2,2 % unter Vorjahresniveau. Der Rückgang der Beschäftigtenzahl resultierte im Wesentlichen aus den Personalanpassungen im Zusammenhang mit dem Umbau zur Berliner Sparkasse.

Der Anteil der weiblichen Beschäftigten lag unverändert bei rund 60 % der Gesamtbelegschaft. Zum Stichtag arbeiteten 970 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit, was einer Quote von etwa 27 % der Gesamtbelegschaft entspricht.

Unter den Beschäftigten waren am Jahresende 240 Auszubildende und Trainees. Damit lag die Ausbildungsquote bei 6,3 %. Die LBB/BSK ist einer der größten Ausbildungsbetriebe in Berlin mit vielfältigen Möglichkeiten für Schulabgänger und Hochschulabsolventen. Im Geschäftsjahr begannen 90 junge Leute eine Berufsausbildung oder ein Studium an der Berufsakademie in unserem Hause, sowie weitere 19 ein Traineeprogramm. Aufgrund des

demographischen Wandels in der Gesellschaft und ihrer eigenen Altersstruktur hat die LBB/BSK trotz weiterer notwendiger Strukturanpassungen weiterhin ein großes Interesse, Nachwuchskräfte zu gewinnen.

Die Maßnahmen zur Mitarbeiterqualifizierung, wie zum Beispiel die Programme zur Entwicklung von Führungskräften und das Fachkräfteprogramm für Spezialisten, hat die Berliner Sparkasse 2016 fortgeführt und um weitere Entwicklungsbausteine ergänzt. Mit dem Ziel, die Führungsqualität und die Zusammenarbeit in den Teams zu verbessern, wurde 2016 erneut ein sogenanntes Stimmungsbarometer zur Erhebung der Mitarbeiterzufriedenheit durchgeführt. Das Gesundheitsmanagement in der LBB/BSK wurde kontinuierlich ausgebaut. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten zudem auch im Berichtsjahr die Möglichkeit, eine externe Beratung zu beruflichen, familiären, gesundheitlichen oder anderen persönlichen Fragen sowie einen Familienservice in Anspruch zu nehmen.

## 7. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen ist seit langem Personalpolitik der Berliner Sparkasse. Damit einher geht die Festlegung von Zielgrößen nach dem

2015 in Kraft getretenen „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ (Bundesteilhabegesetz).

Für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und im Vorstand hat der Aufsichtsrat gemäß § 111 Abs. 5 AktG Zielgrößen festgelegt. Demnach soll der zum 30. September 2015 bestehende Frauenanteil im Aufsichtsrat von 20 % bis zum 30. Juni 2017 mindestens gewahrt oder wenn möglich erhöht werden. Sowohl bei der Prüfung potenzieller Kandidatinnen und Kandidaten als auch bei den Wahlvorschlägen achtet der Aufsichtsrat auf einen angemessenen Anteil von Frauen.

Dieselbe Zielsetzung wurde auch für den Vorstand getroffen, der Frauenanteil beträgt aktuell 25 %.

Für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands wurden durch den Vorstand gemäß § 76 Abs. 4 AktG Zielgrößen festgelegt. Zum 30. Juni 2017 soll der Frauenanteil wie bisher in der zweiten Führungsebene mindestens 13 % (Stand 31. Dezember 2016: 24 %) und in der dritten Führungsebene mindestens 30 % (Stand 31. Dezember 2016: 30 %) betragen.

Der Vorstand stellt die erste Führungsebene in der LBB/BSK dar. Darunter bilden die Bereichsleitungen die zweite und die Abteilungsleitungen die dritte Führungsebene.

## 8. Gesamtaussage

Im Geschäftsjahr 2016 konnte die Berliner Sparkasse trotz des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes sowie des bestehenden Kostendrucks aufgrund der weiter gestiegenen regulatorischen Anforderungen ihre ursprünglichen Ergebniserwartungen übertreffen.

In den Kundengeschäftsfeldern agierte die Berliner Sparkasse erfolgreich und baute insgesamt ihre Position in dem wettbewerbsintensiven Berliner Markt weiter aus.

Der Umbau zur Berliner Sparkasse wurde 2016 erfolgreich abgeschlossen. Dennoch hat die weitere Umsetzung des Kostensenkungsprogramms unverändert hohe Priorität und wird mit Nachdruck vorangetrieben. Der Personalabbau liegt mit Blick auf die indivi-

duell mit Mitarbeitern vereinbarten Maßnahmen im Plan. Der Personalbestand zum 31. Dezember 2016 lag mit 3.255 Mitarbeiterkapazitäten um 67 Mitarbeiterkapazitäten unter dem Wert am Vorjahresende.

Nach dem Abschluss des Umbauprojekts mit der Schaffung der Grundlagen für eine erfolgreiche künftige Entwicklung wird im Jahr 2017 der Fokus auf das Kundengeschäft und die zunehmende Digitalisierung gerichtet.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wie auch Rechtsrisiken wurde angemessen Rechnung getragen. Das Ergebnis nach Steuern in Höhe von 181 Mio. € ermöglichte eine Gewinnabführung an die LBBH.

## C. Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Für die LBB/BSK umfasste die Rechnungslegung im Geschäftsjahr 2016, neben der laufenden Finanzbuchhaltung, insbesondere die Erstellung des Jahresabschlusses und eines Halbjahresfinanzberichts sowie der dazugehörigen Lageberichte. Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung oblag dem Bereich Finanzen der LBB/BSK. Die Rechnungslegungsprozesse sind standardisiert und werden im Rahmen der Gesamtstrategie zur Risikobegrenzung regelmäßig kontrolliert.

Bei den Aufgaben der Rechnungslegung und deren Kontrollen wird der IDW PS 261 beachtet. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) umfasst die Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren (Regelungen) zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften und die Sicherstellung der Wirksamkeit der Kontrollen in Bezug auf die Rechnungslegung. Die Maßnahmen des rechnungslegungsbezogenen internen Risikomanagementsystems (RMS) zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung von Risiken gewährleisten die rechnungslegungskonforme Erstellung von Jahresabschlüssen sowie von Lageberichten.

Die Implementierung der Kontrollen erfolgt auf Basis der Beurteilung von Angemessenheit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ziel des rechnungslegungsbezogenen IKS ist es, die auftretenden Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und anderen internen Richtlinien vollständig, zeitnah und richtig zu erfassen, zu verarbeiten und zu dokumentieren. Aktiva und Passiva sollen im Abschluss zutreffend angesetzt, ausgewiesen und bewertet werden. Erfolge sind sachgerecht zu ermitteln. Die Kontrollen dienen auch dem Zweck, diese Abschlussinformationen möglichst zeitnah, verlässlich und vollständig bereitzustellen.

Bestandteile des rechnungslegungsbezogenen IKS sind prozessintegrierte und prozessunabhängige Maßnahmen. Die prozessintegrierten Maßnahmen umfassen organisatorische Sicherungsmaßnahmen wie Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Richtlinien und Kompetenzregelungen sowie Kontrollen durch manuelle Soll/Ist-Vergleiche und programmierte Plausibilitätsprüfungen. Die prozessunabhängigen Maßnahmen bestehen in Form von Prüfungen der internen Revision und übergeordneten Durchsichten durch das Management. Das rechnungslegungsbezogene interne RMS steht im Einklang mit der Gesamtrisikostategie aus quantitativen und qualitativen Methoden zur Risikoerfassung (Schadenfalldatenbank, Self Assessment sowie Risikoindikatoren), Maßnahmen zur Risikosteuerung und Risikoüberwachung sowie der regelmäßigen Berichterstattung.

Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen und war im Geschäftsjahr 2016 nach dem Geschäftsverteilungsplan unverändert dem Ressort des Vorstandsvorsitzenden Herrn Dr. Evers zugeordnet.

Für die Bewertung der Finanzinstrumente stützt sich der Bereich Finanzen auf entsprechende Kursangaben aus dem Bereich Risikocontrolling. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt im Bereich Kredit und Risikobetreuung und wird für die Abschlusserstellung übernommen.

Durch den Bereich Finanzen werden zentral einheitliche Vorgaben für die Erstellung von Jahresabschlüssen, Lageberichten sowie für Steuerbilanzen gemacht.

Die LBB/BSK hat eine Prozess- und Verfahrensdokumentation für die Erstellung von Abschlüssen und Lageberichten, die auch die durchzuführenden Kontrollen im Prozess umfasst. Die Geschäftsvorfälle werden mittels IT-Systemen verarbeitet und gebucht. Die Handelsbücher und sonstigen Bestandsnachweise werden in elektronischer Form geführt.

Als zentrales Finanzbuchführungssystem wird in der LBB/BSK seit Oktober 2016 One System Plus (OS Plus) verwendet. Bis zur Migration auf OS Plus erfolgte die Finanzbuchführung über SAP ECC, Modul FI. Das Rechnungswesen ist in der Weise eingerichtet, einem sachverständigen Dritten innerhalb einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die finanzielle Lage vermitteln zu können.

Die Steuerung der Risiken in der Rechnungslegung ist Bestandteil der Steuerung operationeller Risiken. Das Management der operationellen Risiken wird ausführlich separat beschrieben.

Bestandteil des Prozesses zur Rechnungslegung sind Kontrollen, die systemgestützte Abgleiche, Einzelkontrollen, Stichproben, Plausibilitätsprüfungen sowie Abgleiche zu vorhandenen Datenquellen zum Gegenstand haben. Werden dabei Abweichungen zum Sollprozess festgestellt, werden die betroffenen Rechnungslegungsprozesse sowie die relevanten Kontrollen evaluiert und überarbeitet. Eine Überprüfung dieser Prozesse und der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS erfolgt auch bei Veränderung der eingesetzten rechnungslegungsbezogenen Systeme sowie bei Veränderungen der Aufgaben in den betroffenen Bereichen.

Die Interne Revision führt als unternehmensinterne und unabhängige Stelle prozessunabhängige Maßnahmen durch, um die Einhaltung der Regelungen und damit die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS zu überwachen. Die Interne Revision berücksichtigt dies in ihrer rollierenden Jahresplanung und prüft regelmäßig die Bereiche Finanzen sowie Organisations- und Produktivitätsmanagement. Daneben sind Kontrollen durch das Management (high-level controls) in Form eines Berichts- und Anweisungswesens installiert.



# D. Risikobericht

## 1. Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem basiert auf dem Rahmenkonzept der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) unter der zusätzlichen Berücksichtigung der Spezifika, die sich aus der Beaufsichtigung durch die EZB ergeben. Das aufsichtsrechtlich übergeordnete Institut in der Gruppe ist die LBBH.

Die Risikocontrolling-Funktion gemäß MaRisk AT 4.4.1 wird durch den Bereich Risikocontrolling der LBB/BSK ausgeübt. Das Risikocontrolling der Adressenausfallrisiken, der Liquiditätsrisiken als auch der Marktpreisrisiken wird in der LBB/BSK ausgeführt. Das Meldewesen und die Gesamtbanksteuerung inklusive des Risikocontrollings der operationellen Risiken wurden dagegen über Geschäftsbesorgungsverträge an die LBBH ausgelagert. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion ist bis auf Ebene des Vorstands von den Bereichen getrennt, die für die Initiierung und den Abschluss von Geschäften zuständig sind.

Die LBB/BSK ist als Tochter der LBBH in die Gruppe der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Gruppe) eingebunden. Es existieren gruppeneinheitliche risikopolitische Grundsätze und ein gruppenweites Risikomanagementsystem. Auch die Methoden zur Risikomessung sind gruppenweit einheitlich. Das Risikomanagementsystem setzt sich aus einer Reihe von ineinandergreifenden Grundsätzen und Regelungen zusammen. Ziel der Vorgaben –

unter Einhaltung aller gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen – ist es, Kunden und Kontrahenten ein stabiler und verlässlicher Geschäftspartner zu sein. Die Eigentümer der LBB/BSK sollen die Bank als attraktives und potenzialreiches Investment erachten. Gegenüber der Öffentlichkeit steht die Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Sparkasse gemäß dem Berliner Sparkassengesetz im Vordergrund.

Als übergeordnete Regelung schafft die Geschäftsstrategie die strategischen Rahmenbedingungen. Sie legt fest, dass das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen einer Risikostrategie elementarer Bestandteil des Bankgeschäfts ist. Die risikopolitischen Grundsätze stellen sicher, dass die Risikotragfähigkeit laufend gegeben ist und die eingegangenen Risiken jederzeit kontrolliert werden können.

Die LBB/BSK und ihre organisatorischen Einheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der gruppeneinheitlichen Methodik messbar sind.

Die Risikostrategie der Gruppe legt die Rahmenbedingungen fest. Sie wird für die LBB/BSK in einer eigenen Risikostrategie detailliert und liegt in der Verantwortung des Vorstands. Dabei erfolgt unter anderem die Festlegung nicht-strategiekonformer, das heißt grundsätzlich zu vermeidender Risiken. Die Einhaltung der Risikostrategie wird laufend überwacht.

Den Chancen trägt die LBB/BSK Rechnung, indem die Geschäftsleitung in ihren strategischen Vorgaben Geschäfte in ertragreichen oder künftig als ertragreich erachteten Regionen und Geschäftsarten fördert. Zugleich werden mit zu hohem Risiko behaftete oder weniger ertragreiche Geschäftsbereiche durch die Festlegung grundsätzlich zu vermeidender Geschäfte eingeschränkt. Das durch den Bereich Risikocontrolling verantwortete Risikomanagement befasst sich mit der Identifizierung, Analyse, Kontrolle, Dokumentation und Berichterstattung der Risiken.

Das Risikohandbuch, das den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für die Gruppe als auch für die LBB/BSK gilt, definiert detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements. Die verwendeten Methoden beziehen sich auf die Risikomessung. In dem Handbuch sind auch für jede Risikoart die existierenden Limitsystematiken und Eskalationsprozesse dargestellt.

Die Risikoinventur stellt als eigenständige Handlung regelmäßig das Gesamtrisiko­profil fest. Dabei wird mit Unterstützung einer Vielzahl von festgelegten Prozessen wie zum Beispiel der Mittelfristplanung und der Aktualisierung des Sanierungsplans untersucht, ob mögliche Risiken existieren oder auftreten können, die bisher nicht berücksichtigt worden sind. Die Ergebnisse werden dokumentiert und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen abgeleitet.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und

das Management regelmäßig zu informieren. Die Identifikation, Messung, Beurteilung, Steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung und Kontrolle der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der Risikostrategie und des Risikohandbuchs.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet sowohl Risikoauswertungen nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben als auch eine Risikobetrachtung aus ökonomischer Sicht.

Ebenso wie die Interne Revision beurteilen die Abschlussprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung regelmäßig das Risikomanagementsystem.

Im Jahr 2016 wurde das Risikomanagement der LBB/BSK unverändert durch die allgemeinen Vorgaben der Gruppe bestimmt. Geschäftsstrategie, Risikostrategie und Risikohandbuch der Gruppe definieren den Rahmen der Geschäftsaktivitäten sowie die Risikomessmethoden. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der LBB/BSK hat der Vorstand der LBB/BSK beschlossen, die Vorgaben der Gruppe auch für die LBB/BSK anzuwenden. Die Identifizierung, Analyse, Dokumentation und Berichterstattung der operationellen Risiken, des Gesamtbankrisikos sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen der LBB/BSK werden auf Basis einer Geschäftsbesorgung durch das Risikocontrolling der übergeordneten Landesbank Berlin Holding vorgenommen.

#### **Aktuelle Entwicklungen**

Seit Jahresbeginn 2016 ist die LBB/BSK als Nichthandelsbuchinstitut aufgestellt. Für noch bestehende Restpositionen des Handelsbuches wurde die Handelsabsicht aufgegeben und diese Positionen wurden in das Anlagebuch umgewidmet. Die Restpositionen des Handelsbuches

bestanden mit nur unwesentlichen Ausnahmen aus einfachen Zinsderivaten. In diesem Zusammenhang wurde im Dezember 2015 auch die Rückgabe der Zulassung des Internen Marktrisikomodells für die Verwendung für Zwecke der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalunterlegung nach Säule 1 beantragt und 2016 durch die Aufsicht genehmigt. Unabhängig davon werden die Methoden weiterhin unverändert für die Marktrisikomessung in den Anlagebüchern eingesetzt.

Im Dezember 2016 erhielt die Bank den Bescheid der Aufsicht, demzufolge die LBB Holding nicht mehr als anderweitig systemrelevant (A-SRI) eingestuft wird. Die Beurteilung der anderweitigen Systemrelevanz erfolgt nach einem Berechnungsschema der BaFin, das unter anderem die Größe und Bedeutung des Instituts, den Umfang der Auslandsaktivitäten sowie dessen Vernetztheit mit dem Finanzsystem berücksichtigt. Als unmittelbare Wirkung entfällt der zusätzliche Kapitalpuffer, der gemäß § 10 KWG durch A-SRI-Institute vorzuhalten ist.

### 1.1. Verantwortlichkeiten und Organisationsstrukturen im Risikomanagementprozess

Der Vorstand trägt die Verantwortung für das Risikoprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept inklusive der Verteilung des Risikopotenzials, der Definition eines Risikopuffers und der Limite, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie für die Risikosteuerung. Er wird über einen monatlichen Risikoreport durch den Bereich Risikocontrolling informiert. Eine Reihe weiterer Reports wird im Risikomanagementprozess erstellt und dem Vorstand vorgelegt.

Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das gesamte Risiko- und Kapitalprofil unterrichtet. Der aus den Mitgliedern des Aufsichtsrats gebildete Kreditausschuss berät mit dem Vorstand die Grundsätze der Geschäftspolitik im Kreditgeschäft unter dem Gesichtspunkt der Bonitätsrisiken und des Risikomanagements, insbesondere der Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und der operationellen Risiken.

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems. Dies beinhaltet für alle Risikoarten eine regelmäßige Prüfung und Bewertung der Risikomanagementprozesse. Die Revision ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Vorstand.

Zur Steuerung und Überwachung der Risikolage wurden die nachfolgend genannten Gremien eingerichtet:

- Der **Dispositionsausschuss** steuert die strategischen Marktrisikopositionen des Bankbuchs.
- Im **Risikomanagement-Komitee** werden auf Gruppenebene Risiko- und Kapitalstrategie, Kapital- und Risikoallokation (Risikotragfähigkeit, Limit-Systeme), Risikomessmethoden und ihre Validierung, die Einschätzung der aktuellen Risikosituation, der Sanierungsplan und zu steuernde Meldewesen-Themen behandelt. Empfehlungen werden an die Entscheidungsträger beziehungsweise an die entsprechenden Gremien der LBB/BSK ausgesprochen.
- Im **Kreditrisiko-Komitee** erfolgen Diskussion und Abstimmung über die Risikostrategie sowie über konzeptionelle Themen im Kredit- und Kreditrisikocontrolling-Umfeld.

- Das **Neu-Produkt-Komitee** koordiniert den Genehmigungsprozess bei der Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Märkten, Produktvarianten, Währungen und EDV-Systemen.
- Das **OpRisk-Komitee** ist zuständig für die aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung eines einheitlichen Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystems für operationelle Risiken.

Der Bereich Risikocontrolling ist die unabhängige Risikoüberwachungseinheit für alle Risikoarten. Der Bereich bestimmt die anzuwendenden Methoden und Modelle zur Identifikation, Messung, Aggregation und Limitierung von Risiken und ist für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems verantwortlich. Der Bereich übernimmt das operative Risikocontrolling.

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist den definierten Verantwortungsträgern zugeordnet. So erfolgt beispielsweise die Gesamtbankrisikosteuerung durch den Gesamtvorstand oder die Marktpreisrisikosteuerung unter Einhaltung der verbindlichen Vorgaben des Dispositionsausschusses durch das Treasury. Die Risikosteuerung im Kreditbereich wird beispielsweise für Einzelkreditnehmer durch die jeweiligen Entscheidungsträger gemäß der Kompetenzordnung wahrgenommen, während für die Liquiditätsrisiken der Bereich Treasury zuständig ist.

### 1.2. Gesamtrisikosteuerung

Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung sowie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation

vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Das Risikoreporting gemäß MaRisk erfolgt mit einem monatlichen Reporting, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden. Auf dieser Basis wird in den Sitzungen des Vorstands beziehungsweise des Aufsichtsrats die aktuelle Gesamtrisikolage erörtert und geprüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Eine Prüfung der Risiken, die die Vermögens-, Ertrags- oder die Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können (Risikoinventur), erfolgt in der LBB/BSK laufend durch unterschiedliche konzernübergreifende Aktivitäten wie dem strategischen Dialog und der Mittelfristplanung sowie der regelmäßigen Überprüfung des Internen Konsolidierungskreises. Darüber hinaus findet im Rahmen des regelmäßigen Reportings eine systematische Analyse und Identifizierung von Risiken statt. So wird im Rahmen des Limitprozesses oder der Abstimmungen mit den Geschäftsfeldern beispielsweise zur Risikostrategie, zur Planung oder zu neuen Aktivitäten diskutiert, ob neue Risiken entstehen können.

Als wesentliche Risiken im Sinne der MaRisk definiert die LBB/BSK die Risiken, deren Auswirkungen schwerwiegend genug sind, um den Fortbestand der LBB/BSK als Ganzes zu gefährden. Hierzu zählen:

- Adressenausfallrisiken (inklusive Länderrisiken),
- Liquiditätsrisiken (kurzfristig und Refinanzierungsrisiko),
- Marktpreisrisiken (Zinsänderungsrisiken inklusive Cashflow und Fair Value, Credit Spread-, Aktienkurs-, Options- und Währungsrisiken) und
- Operationelle Risiken.

Weitere Risiken wie zum Beispiel das Anteilseignerrisiko, das Immobilienrisiko und das Refinanzierungskostenrisiko führt die LBB/BSK aufgrund ihrer nur geringen Bedeutung nicht als wesentliche Risikoarten im Sinne der MaRisk. Diese Entscheidung wurde durch die Risikoinventur 2016 bestätigt; diese Risiken werden unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen.

Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit werden die Risikoarten in monetäre und nicht-monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt.

Das kurzfristige Liquiditätsrisiko und das Refinanzierungsrisiko innerhalb des Liquiditätsrisikos werden den nicht monetären Risikoarten zugeordnet, da es sich um ein „Zeitpunktproblem“ und kein Vermögensverlustrisiko handelt. Es kann somit nicht durch die Unterlegung mit Risikokapital abgewendet werden. Das Refinanzierungskostenrisiko zum Refinanzierungsrisiko wird in der Risikotragfähigkeit bei den Restrisiken berücksichtigt.

Das bisher bestehende Patronat für die Berlin Hyp wurde zum 31. Dezember 2014 beendet. Ein Risiko aus der Inanspruchnahme aus diesem Altpatronat sieht der Vorstand derzeit nicht. Der Sachverhalt wird regelmäßig überwacht.

Das Interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen durch Risikokapital abdeckbaren Risiken (monetäre Risiken), das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit

ausschließt. Die hierbei zu Grunde liegenden Annahmen werden ebenso wie die entsprechenden Limite regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls durch Vorstandsbeschluss angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der gegebenenfalls skalierten Einzelrisiken ermittelt. Zur Bewertung der Gesamtrisikolage wird das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtbankrisiko gegenübergestellt. Ergänzend werden die Ergebnisse verschiedener Stresstests berücksichtigt, die sowohl die Risiken als auch die Kapitalseite einbeziehen.

Gemäß § 27 Pfandbriefgesetz muss jede Pfandbriefbank über ein für das Pfandbriefgeschäft geeignetes Risikomanagementsystem verfügen. Das Risikomanagement der Deckungsregister ist in das Gesamtbank-Risikomanagementsystem der LBB/BSK für Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie für operationelle und sonstige Risiken eingebunden. Darüber hinaus bestehen Limite, welche der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben dienen. Die Einhaltung dieser Limite für das Risikomanagement der Deckungsregister wird täglich überwacht und im Rahmen des Monatlichen Risiko Reports dem Vorstand dargestellt.

## 2. Gesamtbild der Risikolage und interne Kapitaladäquanz

Die etablierten Verfahren, Methoden und Systeme des Risikomanagementsystems haben sich im Berichtsjahr bewährt und die LBB/BSK jederzeit in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen zur Risikosteuerung abzuleiten und umzusetzen.

Die Risikotragfähigkeitsbetrachtung auf Einzelinstitutsebene für die LBB/BSK erfolgt analog zum Vorgehen auf Gruppenebene. Das Gesamtrisiko wird dabei der Risikodeckungsmasse für die LBB/BSK gegenübergestellt. Die Risikotragfähigkeit der LBB/BSK war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach den internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben. Das Gesamtrisiko inklusive der S-Kreditpartner (SKP) betrug per Jahresende 1.282 Mio. € (2015: 1.196 Mio. €). Die Risikodeckungsmasse betrug 3.033 Mio. € (2015: 2.932 Mio. €).

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBB/BSK gemäß CRR beliefen sich zum 31. Dezember 2016 nach Feststellung des Jahresabschlusses auf 2.793 Mio. € (Vorjahresstichtag: 2.833 Mio. €). Bezogen auf die Risikopositionen nach CRR errechnete sich daraus eine Gesamtkapitalquote der LBB/BSK von 22,5 % (Vorjahr: 23,0 %) und eine harte Kernkapitalquote unter Berücksichtigung der CRR-Übergangsregelung der LBB/BSK von 18,1 % (Vorjahr 17,3 %). Damit lagen die Quoten deutlich über den aufsichtsrechtlichen Mindestvorgaben.

Dies gilt auch für die Liquiditätsdeckungsquote (LCR) der LBB/BSK nach CRR/Delegierter Verordnung: 195 % per 31. Dezember 2016.

Die bilanzielle Risikovorsorge für die LBB/BSK betrug 550 Mio. €.

Die nachfolgenden quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes. Das bedeutet, dass die Risikolage auf Basis der Daten dargestellt wird nach denen die interne Risikosteuerung erfolgt. Die Risikolage wird – nach Risikoarten gegliedert – an den Vorstand und die Gremien berichtet. Die interne Risikosituation weicht dabei teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Wesentliche Gründe für die Unterschiede zwischen interner Steuerung und externer Rechnungslegung liegen in der Definition des Kreditvolumens als „Exposure“ (Inanspruchnahme beziehungsweise Marktwerte plus offene externe Zusagen).

Für die Ermittlung der Risikotragfähigkeit wird ein fiktiver Liquidationsansatz zugrunde gelegt. Die interne Risikodeckungsmasse (RDM) der LBB/BSK basierte im Berichtsjahr auf den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln und somit auf einem Bilanz- und GuV-orientierten Ansatz. Korrekturposten entsprechend der Vorgaben des International Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) wie zum Beispiel für stille Lasten wurden berücksichtigt. Die Risiken der S-Kreditpartner GmbH als einziger wesentlicher Tochter der LBB/BSK fließen in die Berechnung der Risikotragfähigkeit angemessen mit ein.

Im Berichtsjahr stieg die Risikodeckungsmasse (LBB/BSK inklusive SKP) von 2.932 Mio. € per Dezember 2015 auf 3.033 Mio. € per 31. Dezember 2016. Im Wesentlichen ist dies auf die Berücksichtigung des Jahresgewinns nach Feststellung des Jahresabschlusses 2016 in den Eigenmitteln und die Anpassung durch die GuV-wirksame Auflösung für Pensionsverpflichtungen zurückzuführen.

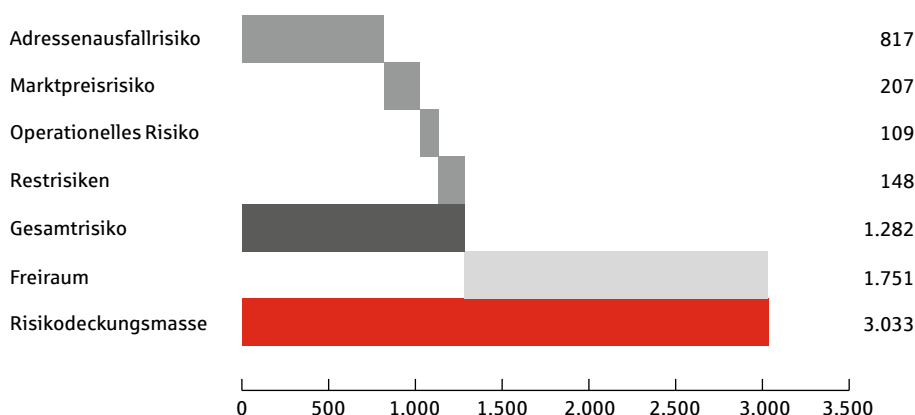
Seit 2016 gelten Anpassungen beim Risikotragfähigkeitskonzept. Wesentliche Änderungen betreffen insbesondere die Berücksichtigung der Pensionsverpflichtungen im Marktpreisrisiko sowie die Beschleunigung des Erstellungsprozesses. Darüber hinaus werden

bei der Risikobetrachtung die Ergebnisse aus der Risikoinventur 2015, beispielsweise die Berücksichtigung von Modellrisiken aus Ablauffiktionen, berücksichtigt.

Die Aggregation der einzelnen Risikoarten zu einem Gesamtrisiko erfolgte im reinen Additionsverfahren. Diversifikationseffekte werden nicht berücksichtigt.

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum waren zum 31. Dezember 2016 in der LBB/BSK wie nachfolgend dargestellt. Wesentliche Veränderungen der Risiken werden in den Abschnitten zu den einzelnen Risikoarten erläutert.

**Inanspruchnahmen nach Risikoarten für die LBB/BSK inkl. SKP in Mio. €**



Bei leicht gestiegenem Gesamtrisiko und ebenfalls leicht gestiegener Risikodeckungsmasse blieb der Freiraum nahezu unverändert. Die Risikotragfähigkeit war sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahme und bei theoretischer Vollausslastung des Gesamtlimits im gesamten Berichtszeitraum gegeben.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

## 3. Risikokategorien

### 3.1. Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners sowie einer möglichen Wertänderung der eingegangenen Geschäfte definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Darüber hinaus ist in dieser Definition das Anteilseignerisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Das Anteilseignerisiko wird separat ausgewertet, die jährliche Überprüfung bestätigte die materielle Unwesentlichkeit.

Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmer Risiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der zu Grunde liegenden Finanzinstrumente. Von einem Emittentenrisiko spricht man, wenn statt eines Buchkredits ein Wertpapier gehalten wird. Bei den Kontrahentenrisiken (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäfts bei Ausfall eines Geschäftspartners) werden zusätzlich zum Marktpreis Aufschläge (produktspezifische Add-Ons) für das Potential Future Exposure berücksichtigt, es sei denn, es bestehen individuelle Collateralvereinbarungen (Besicherungsvereinbarungen). Kreditnehmer Risiken beziehen sich auf Geldmarktanlagen. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche und zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Settlementrisiko (Risiko, das bei der Abwicklung eines Handelsgeschäfts trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

### Bonitäts-/Risikobeurteilung

Die Bonität jedes Kreditnehmers wird unter Zuhilfenahme interner Rating- und Scoringverfahren laufend eingeschätzt. Diese Verfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten ausgerichtet und führen zu einer Einstufung auf einer einheitlichen Ratingmasterskala mit den Klassen 1 bis 18, wobei innerhalb einzelner Klassen eine weitere Differenzierung erfolgt.

Die LBB/BSK verwendet kundengruppenspezifische Rating- und Scoringverfahren auf statistischer Basis, die in Projekten zusammen mit anderen Landesbanken, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband oder spezialisierten Dienstleistern entwickelt wurden. Die Güte der Verfahren wird regelmäßig überprüft und optimiert. Das Kreditrisikocontrolling übernimmt dabei die Aufgaben der „für die Kreditrisikoüberwachung zuständigen Stelle“ nach Artikel 190 CRR.

Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherungsgrad eines Engagements werden für die interne Steuerung zu einer Risikoklasse verdichtet. Für diese wird eine analoge Masterskala verwendet. Die Risikoklasse ist maßgeblich für die Kreditvergaberichtlinien und für die Intensität der Kreditüberwachung. Sie bestimmt die sogenannte Kreditkompetenz.

### Kreditportfoliomodell

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells CVaR vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf



Portfolioebene, dem sogenannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis des Konfidenzniveaus 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die Portfolios der LBB/BSK und ihrer Geschäftsfelder ermittelt. Berichtet wird der Unexpected Loss, der sich aus dem CreditVaR abzüglich des Expected Loss ergibt. Der Unexpected Loss zum Konfidenzniveau 99,9 % betrug 645 Mio. € per 31. Dezember 2016.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposure, der Ratingklasse, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die größten Risikokonzentrationen werden im Monatlichen Risiko Report (MRR) dargestellt. Das Kreditportfoliomodell berücksichtigt sowohl die Migrationsrisiken von Kapitalmarktinstrumenten als auch des kommerziellen Geschäfts.

#### **Risikobeschränkung**

Adressenausfallrisiken werden sowohl auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer als auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert.

Risikokonzentrationen werden operativ durch Obergrenzen je Gruppe verbundener Kunden limitiert. Die Obergrenzen ergeben sich nach festen Regeln aus der Risikodeckungsmasse, den Ratings der Kreditnehmer und den Besicherungsverhältnissen der Kreditengagements. Die Konzeption wurde zu Jahresbeginn 2015 von den Gremien genehmigt, in Kraft gesetzt und wird regelmäßig überprüft.

Risikokonzentrationen bei Regionen und Branchen sind nach Möglichkeit gering zu halten. Geschäftsmodell-spezifisch besteht diese Möglichkeit an gewissen Stellen jedoch nicht, beispielsweise aufgrund der Konzentration auf das Berliner Geschäft der LBB/BSK. Länderrisiken werden mittels eines geeigneten Exposurebegriffs fortlaufend gemessen und streng limitiert. Die Länderlimite werden jährlich überprüft und gegebenenfalls neu festgelegt.

#### **Einzelkreditnehmerlimite und deren Überwachung**

Die Adressenausfallrisiken im Handelsgeschäft werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer für die Parameter Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und täglich überwacht.

Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend IT-unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Höhe des Engagements und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgt dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.

Um Kreditrisiken früh zu erkennen und aktiv zu managen, wird das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren überwacht. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden.

Im Fall von Verschlechterungen des Ratings wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, werden Frühwarnsysteme eingesetzt. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Überwachungslisten erstellt, die separat zu untersuchende Kreditnehmer aufführen.

Die Qualität der Kreditüberwachung wird permanent aktualisiert und verfeinert, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur

Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Die interne Revision überprüft regelmäßig das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomessverfahren und insbesondere die Kreditprozesse. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

### Portfoliosteuerung

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für den Unexpected Loss zum Konfidenzniveau 99,9 % der Portfolien der Geschäftsfelder.

Portfoliosteuerung	Expected Loss		Unexpected Loss (99,9%)		Limit für den Unexpected Loss		Limitauslastung	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
in Mio. €								
Private Kunden	55	49	177	162	240	235	74 %	69 %
Firmenkunden	33	35	323	317	410	429	79 %	74 %
Treasury	12	16	319	342	420	375	76 %	91 %
<b>LBB/BSK</b>	<b>99</b>	<b>101</b>	<b>645</b>	<b>684</b>	<b>789</b>	<b>884</b>	<b>82 %</b>	<b>77 %</b>

### Risikominderung

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Im Rahmen ihrer jeweiligen Risikostrategie formulieren die Geschäftsfelder ihre Sicherheitenstrategie.

Entsprechend der unterschiedlichen Arten des Adressenausfallrisikos (Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiko) werden verschiedene Risikominderungstechniken angewendet.

Bei den Kreditrisiken bildeten Sach- und Personensicherheiten im Gesamtwert von circa 13 Mrd. € per 31. Dezember 2016 das wesentliche Element. Der

Umfang der Sicherheiten orientiert sich an Exposurehöhe und Ausfallwahrscheinlichkeit. Die Sicherheiten werden anhand fest vorgegebener Kriterien bewertet. Eine weitere Risikominderung entsteht durch Kompensationsvereinbarungen.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement bei Kreditrisiken liegt in der Marktfolge. Diese ist für den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung der Sicherheiten sowie für die Verwaltung der Techniken zur Kreditrisikominderung zuständig. Dazu erfasst und verwaltet die Marktfolge die Sicherheiten in einem zentralen IT-gestützten Sicherheitensystem.

Bei der Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen differenziert die LBB/BSK zwischen der Überwachung auf Basis von Marktschwankungen sowie der turnus- und anlassbezogenen Überprüfung.

Bei der Überwachung auf Basis von beobachteten Marktschwankungen nutzt die Gruppe das jährlich aktualisierte Marktschwankungskonzept von „Die Deutsche Kreditwirtschaft“ (DK). Das Konzept wird für inländische Gewerbe- und Wohnimmobilien erstellt. Übersteigen die Marktschwankungen festgelegte Schwankungsbreiten, wird die Bewertung der betroffenen Immobilienarten und Regionen überprüft. Im Jahr 2016 bestand diesbezüglich kein Handlungsbedarf.

Die Gruppe hat in ihrem Regelwerk Kriterien zur turnus- und anlassbezogenen Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen definiert.

Bei Emittentenrisiken erfolgt eine Risikominderung durch Aufrechnung von Long- und Short-Positionen. Zusätzlich werden Garantiebeziehungen berücksichtigt. Darüber hinaus kann eine Besicherung durch Kreditderivate vorgenommen werden, die in Höhe von etwa 0,2 Mrd. € besteht.

Bei Kontrahentenrisiken resultiert eine Risikominderung aus der Verrechnung von gegenläufigen Risikopositionen durch Netting-Vereinbarungen. In der LBB/BSK kommt dabei das sogenannte Close-Out-Netting zur Anwendung, welches üblicherweise bei Kreditverschlechterung eines Kontrahenten bis hin zur Insolvenz vorgenommen wird. Dabei werden Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufgerechnet. Dies hat zur Folge, dass die sich ergebenden Ansprüche durch einen Aus-

gleichanspruch in Höhe des Netto-Marktwertes dieser Geschäfte oder des sich daraus ergebenden unrealisierten Gewinns oder Verlusts für beide Parteien festgestellt und die Beträge saldiert werden. Zusätzlich können bei OTC-Derivaten, Wertpapierleihen und Repogeschäften über die bereits abgeschlossenen Nettingverträge hinaus individuelle Collateral-Vereinbarungen (Besicherungsvereinbarungen) geschlossen werden. Im Berichtsjahr wurden die Kontrahentenrisiken durch Netting-Vereinbarungen in Höhe von rund 3 Mrd. € und hereingenommene Collaterals um rund 1 Mrd. € reduziert.

#### **Transferrisiken**

Die LBB/BSK beschränkt Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite. Das Länderrisiko wird als Summe der Länderexposition und Reservierungen (einschließlich externer Zusagen und nach Anrechnung von Sicherheiten) ausgewiesen.

Die jeweiligen Länderlimite werden dabei vom Vorstand unter Berücksichtigung des Risikogehalts der jeweiligen Volkswirtschaft sowie der Entwicklung des individuellen Kreditportfolios beschlossen. Sofern sich die Länderlimite signifikant ändern, wird ein Beschluss des LBBH-Vorstands hinsichtlich zur maximalen Länderauslastung auf Gruppenebene eingeholt.

Nachfolgend wird das Länderexposure ohne Reservierungen dargestellt.

<b>Exposure Auslandsvolumen</b>		
in Mio. €	<b>31.12.2016</b>	<b>31.12.2015</b>
EU-Staaten	6.576	7.747
West-Europa (ohne EU)	985	784
Ost-Europa (ohne EU)	107	204
Amerikanische Länder inkl. USA	1.003	1.164
Sonstige	32	29
<b>Auslandsvolumen LBB / BSK</b>	<b>8.703</b>	<b>9.928</b>
<b>Auslandsvolumen gewichtet nach</b>		
geringem Transferrisiko	8.536	9.609
mittlerem Transferrisiko	145	294
erhöhtem Transferrisiko oder ohne Rating	22	25
<b>Auslandsvolumen LBB / BSK</b>	<b>8.703</b>	<b>9.928</b>

Organisationen mit höchster Bonität wie zum Beispiel die Europäische Investitionsbank werden im Rahmen von Länderlimits nicht limitiert. Sie können aufgrund ihres Aktivitätsspektrums nicht direkt einer Region, zum Beispiel Europa, zugeordnet werden. Das Exposure der Organisationen betrug zum Stichtag 1,1 Mrd. €. Das Exposure inklusive Organisationen betrug 9,8 Mrd. €.

#### **Behandlung von Problemkrediten**

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden.

Das „Current Credit Exposure“ (CCE) und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Nonperforming Loans) sind bei der LBB/BSK durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgeschirmt.

#### **Bildung der Kreditrisikovorsorge**

Die Kompetenz der Risikobetreuungsbereiche umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

Die Höhe der Vorschläge der Einzelwertberichtigungen beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für nicht ausgefallene Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfolio-betrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf (insbesondere Pauschalwertberichtigungen) ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Risikoparameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Exposure at Default und Verlustquote ein.

## Reporting

Einzelkreditnehmerbezogene Adressenausfallrisiken auf verschiedenen Aggregationsstufen sowie Kennzahlen des Kreditportfoliomodells werden im Monatlichen Risiko Report (MRR) an den Vorstand berichtet. Um Risikokonzentrationen zeitnah zu erkennen, werden diese nach Branchen und Ländern aufgeteilt. Daneben sind Auswertungslisten zu Risikokonzentrationen gemäß dem Klumpenrisikokzept auf Ebene der Gruppe verbundener Kunden (GvK) enthalten.

Ein ausführlicher Kreditrisikoreport, der eine kommentierte Darstellung der größten Risikokonzentrationen auf GvK-Ebene enthält, wird quartalsweise erstellt.

Neben der monatlichen und quartalweisen Berichterstattung wird der Vorstand gemäß MaRisk täglich über gegebenenfalls eingetretene Limitüberschreitungen ab einer definierten Größenordnung unterrichtet.

### Kennzahlen des internen Reportings zum Adressenausfallrisiko

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken basiert auf einer risikoadäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditnehmerrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ (CCE) quantifiziert.

Neben dem CCE wird in der internen Steuerung auch das Credit Exposure (CE) betrachtet, welches zusätzlich nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite umfasst. Diese Limite können sowohl widerruflich als auch unwiderruflich zugesagt sein.

Das interne Reporting der Adressenausfallrisiken an die Geschäftsleitung basiert im Wesentlichen auf dieser Größe. Daher werden die folgenden Darstellungen auf Basis des Credit Exposures gezeigt.

Das gesamte Credit Exposure der LBB/BSK betrug zum 31. Dezember 2016 rund 49 Mrd. € (Vorjahresstichtag: rund 49 Mrd. €). Dabei entfielen etwa 19 Mrd. € (Vorjahresstichtag: rund 19 Mrd. €) auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft (inklusive Geschäfte, die durch die sogenannte Detailvereinbarung über die Absicherung der früheren Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft abgesichert sind).

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften sind in Höhe von rund 20 Mrd. € (Vorjahresstichtag: rund 20 Mrd. €) im Credit Exposure enthalten. In Abhängigkeit von der Aggregationsstufe können sich Netting- beziehungsweise Aufrechnungseffekte in unterschiedlicher Höhe auswirken.

In der nachfolgenden Tabelle ist das Credit Exposure per 31. Dezember 2016 nach Branchen dargestellt. Die LBB/BSK ordnet jedem Kunden eine Branche nach der Systematik der Wirtschaftszweige zu. Diese Branchen werden gruppiert und zu Hauptbranchen zusammengefasst. Das Kreditvolumen im Kreditgewerbe und mit Gebietskörperschaften entfiel wie in den vergangenen Jahren zum Großteil auf das Treasury-Geschäft. Das Volumen der Privatkunden und Immobilienfinanzierungen bestand produktgetrieben aus Kreditrisiken.

**Credit Exposure-Darstellung nach Branchen der LBB/BSK**

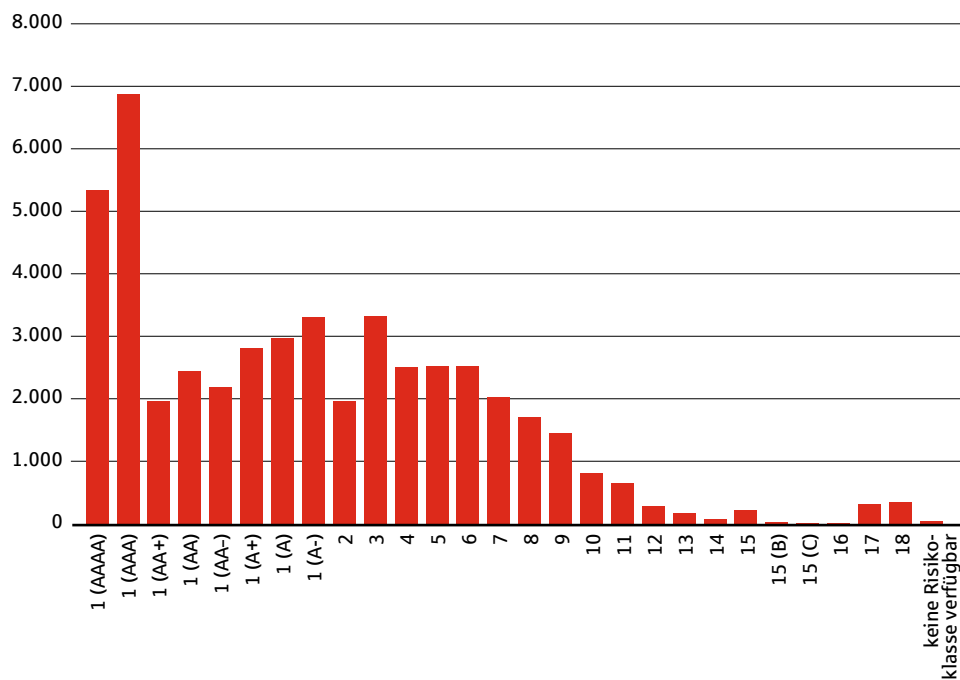
	Credit Exposure		davon Kreditrisiken		davon Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Beteiligungsgesellschaften	938	2	521	3	322	2
Chemische Industrie	101	0	71	0	25	0
Dienstleistungen	3.521	7	2.546	13	47	0
Gebietskörperschaften	4.160	8	96	1	4.019	21
Gesundheit & Soziales	308	1	223	1	0	0
Handel & Gewerbe	1.813	4	1.252	6	37	0
Immobilienfinanzierung	10.078	20	8.441	44	119	1
Kreditgewerbe	17.517	35	2.497	13	14.938	76
Privatpersonen	10.697	22	3.549	18	0	0
Sonstige	243	0	153	1	5	0
Versicherungen	38	0	23	0	1	0
<b>Summe CCE Branchen</b>	<b>49.414</b>	<b>100</b>	<b>19.372</b>	<b>100</b>	<b>19.513</b>	<b>100</b>

**Kreditqualität**

In der folgenden Grafik wird das Credit Exposure, aufgeteilt nach Ratingklassen gemäß der verwendeten Masterskala, dargestellt.

Die Geschäfte unter der Detailvereinbarung über die Abschirmung der früheren Bankgesellschaft Berlin AG in der LBB/BSK in Höhe von 707 Mio. € sind hierbei in den Ratingklassen 3 bis 18 enthalten.

**Credit Exposure in Mio. €**



### 3.2. Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass die LBB/BSK zu einem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit). Ebenso zählt das Refinanzierungsrisiko dazu. Das Refinanzierungsrisiko folgt der grundsätzlichen Logik der Net Stable Funding Ratio (NSFR), die sich aus dem Verhältnis verfügbarer stabiler Refinanzierung zur erforderlichen stabilen Refinanzierung ergibt, aber mit veränderten Gewichten. Die Sicherung der Liquidität und der Refinanzierungsfähigkeit für die LBB/BSK hat höchste Priorität.

Die Liquiditätsversorgung der LBB/BSK zu gewährleisten, ist Aufgabe des Bereichs Treasury. Ziel der Liquiditätsplanung und -steuerung ist, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern auch in Krisensituationen sicherzustellen. Entsprechend steht für die Erfassung, Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird.

Die Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditätsrisiken haben sich bewährt. Im Jahr 2016 war die LBB/BSK für alle beobachteten Szenarien jederzeit zahlungsfähig. Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern wurden eingehalten.

#### Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Das **kurzfristige Liquiditätsrisiko** (Laufzeitbereich 1 bis 30 Kalendertage plus ergänzender Horizont 31 bis 50 Tage) stellt das Risiko dar, dass die

Bank ihren kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen an jedem der nächsten 30 Tagen nicht mehr nachkommen kann. Methodische Grundlage des Verfahrens ist die aufsichtsrechtliche Liquidity Coverage Ratio (LCR) mit ihrem Horizont von 30 Tagen, welche taggenau ermittelt wird („LCR 1 bis 30“). Dabei wird einem gestressten Netto-Mittelabfluss ein Bestand von hochliquiden Aktiva gegenübergestellt, der diese absichern soll. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko wird limitiert bei einem Limit von 100 %.

Das **Refinanzierungsrisiko** (Laufzeit bis 12 Monate) ist ein Maß für die fristenkongruente Refinanzierung. Es wird gemessen, in welchem Maße stabil erforderliche Refinanzierung zum Risikohorizont tatsächlich verfügbarer stabiler Refinanzierung gegenübersteht. Methodische Grundlage des Verfahrens ist die noch in aufsichtlicher Erprobung befindliche NSFR mit zum Teil durch interne Validierungen angepassten Annahmen (Gewichten). Das Refinanzierungsrisiko wird begrenzt auf ein Limit von 100 %.

Die **Survival Period** misst, wie viele Wochen unter Stressannahmen vergehen, bis ohne Möglichkeit zur Mittelaufnahme die Zahlungsunfähigkeit eintritt. Methodische Grundlage ist eine gestresste Ablaufbilanz auf Basis der aufsichtsrechtlichen ergänzenden Liquiditätsmetriken. Die Survival Period wird nicht limitiert.

#### Steuerung der Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisikopolitik der LBB/BSK beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva, um tatsächlich vorhandene oder aus Stress-tests berechnete Liquiditätsbelastungen abdecken zu können.

Das Liquiditätsmanagement erfolgt für das Institut LBB/BSK unter Berücksichtigung des Refinanzierungsbedarfs der S-Kreditpartner GmbH. Dabei werden das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der gruppenweiten Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das gruppenweite Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutsspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

#### Reporting der Liquiditätsrisiken

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation unter Einschluss des kurzfristigen Liquiditätsrisikos, der Zusammensetzung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsdeckungsquote (LCR), der Refinanzierungssituation, der Mindestüberlebensdauer und Angaben zu Risikokonzentrationen erfolgt täglich; sie wird dem Senior Management von Risikocontrolling und Treasury und dem zuständigen Dezernenten (Chief Risk Officer) zur Verfügung gestellt. Der Gesamtvorstand wird in gleicher Darstellung einmal monatlich im Rahmen des Monatlichen Risiko Reports informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen

definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war seit Produktivsetzung für die neue Methodik und bis dahin für die alte Methodik sowohl für das kurzfristige Liquiditäts- als auch für das Refinanzierungsrisiko im Jahresverlauf 2016 unbedenklich.

#### Risikokonzentrationen/ Refinanzierung

Eine Konzentration des Liquiditätsrisikos besteht, wenn Refinanzierungsmittel zu stark auf bestimmte Bereiche (Adressen, Branchen, Währungen und Produkte) konzentriert sind. Eine zu geringe Diversifikation kann bei Ausfällen einzelner Bereiche zu Refinanzierungsschwierigkeiten und somit unmittelbar zu einem erhöhten Liquiditätsrisiko führen.

Die LBB/BSK nutzt einen ausgewogenen Mix an Instrumenten zur Refinanzierung ihres Aktivgeschäfts. Dazu zählen in erster Linie Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Kunden und in zweiter Linie Pfandbriefe. Hinzu kommen andere verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die regionale Herkunft der Refinanzierungsmittel konzentriert sich überwiegend auf den deutschen Raum mit einer besonderen Konzentration der Einlagen von Kunden auf unsere Kernregion Berlin-Brandenburg.

#### Anteile wesentlicher Bilanzposten an der Bilanzsumme (Passiva) der LBB/BSK

in %	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13,7	18,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	60,4	56,2
Verbrieftete Verbindlichkeiten	11,1	12,4
Handelsbestand	0,0	1,2
Rückstellungen	3,2	3,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	1,8	1,8
Eigenkapital	4,7	4,6
Übrige Passiva	5,1	2,1
<b>Summe Passiva LBB/BSK</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>



**Quantitatives Liquiditätsrisiko**

Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu den Liquiditätskennziffern der LBB/BSK wurden jederzeit eingehalten. Zum Jahresultimo betrug die Liquiditätsdeckungsquote (LCR) 195 % (Vorjahr 131 %).

**Restlaufzeitengliederung**

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verpflichtungen der LBB/BSK per 31. Dezember 2016, gegliedert nach ihren vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten. Die Darstellung basiert auf der neuen Liquiditätsmeldung Advanced Liquidity Monitoring Metrics. Es handelt sich hierbei um eine reine Cashflow-Betrachtung.

**Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten und Refinanzierungsstruktur**

in Mio. €	2016
<b>Besicherte Refinanzierung</b>	
<= 1 Monat	3.288
> 1 Monat und <= 1 Jahr	2.323
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	0
> 5 Jahre	0
<b>Insgesamt</b>	<b>5.611</b>
<b>Eigenemissionen</b>	
<= 1 Monat	139
> 1 Monat und <= 1 Jahr	1.179
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	4.018
> 5 Jahre	1.960
<b>Insgesamt</b>	<b>7.296</b>
<b>Verbindlichkeiten Derivate</b>	
<= 1 Monat	2.710
> 1 Monat und <= 1 Jahr	1.209
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	111
> 5 Jahre	212
<b>Insgesamt</b>	<b>4.242</b>
<b>Verbindlichkeiten Finanzkunden</b>	
<= 1 Monat	3.143
> 1 Monat und <= 1 Jahr	464
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	428
> 5 Jahre	110
<b>Insgesamt</b>	<b>4.145</b>
<b>Verbindlichkeiten Kunden</b>	
<= 1 Monat	23.575
> 1 Monat und <= 1 Jahr	5.488
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	438
> 5 Jahre	751
<b>Insgesamt</b>	<b>30.252</b>

### 3.3. Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen in einem potenziellen Wertverlust, der seine Ursache in nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern hat.

Marktpreisrisiken werden insbesondere in Form von Credit Spread-, Zins-, Aktien-, Options- und Währungsrisiken im Bereich Treasury eingegangen. Das Marktpreisrisiko wird ganzheitlich berechnet, limitiert und gesteuert. Das heißt, dass sowohl allgemeine als auch besondere Zinsrisiken Eingang in das ermittelte Value at Risk (VaR) finden. Es werden branchen-/sektorspezifische Kategorien sowie kreditnehmerindividuelle Credit Spread-Risiken berücksichtigt.

Im Vordergrund der Zinsänderungs-Risikosteuerung stehen der Ausgleich von Zinsänderungsrisiken aus Kundengeschäften und der langfristigen Refinanzierung sowie die langfristige Generierung von Erträgen aus der Fristentransformation infolge der Zinsstruktur. Seit Mai 2016 werden zusätzlich die Zinsänderungsrisiken aus den Pensionsverbindlichkeiten berichtet.

#### Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung sämtlicher Marktpreisrisikofaktoren einschließlich Optionsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

Die Korrelationen der aktuell gut 4.000 Risikofaktoren (beispielsweise Wechselkurse, Aktienkurse, Zinskurvenpunkte, Volatilitätspunkte etc.) werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Verfahren hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschied-

licher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und die Ergebnisse an die Vorstandsmitglieder berichtet.

Die Prognosegüte des Modells wird mittels Clean Backtesting (Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Die Anzahl der Backtesting-Ausreißer, also die Anzahl der Tage, an denen diese Wertänderung in der LBB/BSK die zum obigen Konfidenzniveau ermittelte Verlustschwelle unterschritt, lag zum Jahresende 2016 mit vier im „grünen Bereich“. Ausreißer entstanden im Jahr 2016 insbesondere bei plötzlichen Zinsänderungen aufgrund der Unsicherheiten der Marktteilnehmer (etwa infolge des vom Markt nicht erwarteten Brexit-Votums) sowie durch geldpolitische Maßnahmen der großen Zentralbanken.

Im Rahmen von regelmäßig stattfindenden Modellvalidierungsworkshops wurden umfangreiche weitere Validierungshandlungen durchgeführt. Diese zeigten keine grundsätzliche Schwäche der Risikomessung.

Die LBB/BSK hat im Dezember 2015 die Rückgabe der Zulassung des Internen Marktrisikomodells für die Verwendung für Zwecke der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalunterlegung nach Säule 1 beantragt und zum 1. Januar 2016 ihr Handelsbuch geschlossen. Sie agiert seit Beginn des Jahres 2016 als Nichthandelsbuchinstitut.

Unabhängig davon werden die Methoden gruppenweit unverändert für die Marktrisikomessung in den Anlagebüchern eingesetzt.

Die Ermittlung der Kapitalunterlegung der aufsichtsrechtlichen Marktrisikoposition erfolgt seit Genehmigung der Rückgabe des Internen Marktrisikomodells per Ende März 2016 im Standardansatz gemäß Artikel 351 ff CRR und umfasst

die Fremdwährungsposition des Anlagebuchs. Die Höhe der Fremdwährungsposition wird im Rahmen der täglichen Überwachung ermittelt und plausibilisiert. Seitdem wurde der Wert von 2 % des Gesamtbetrags der Eigenmittel nie überschritten, sodass keine Eigenmitelanforderung auf das Fremdwährungsrisiko entfiel.

### **Steuerung der Marktpreisrisiken**

Die Aktivitäten des Treasury sind in die schriftlich fixierte Risikostrategie eingebunden. Auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung wird der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimiten umgesetzt und vom Vorstand verabschiedet.

Die Marktrisikosteuerung erfolgt durch das Treasury auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimiten/-auslastungen, der Stresstestergebnisse und der Sensitivitätsanalysen pro Geschäftsfeld. Sie wird ergänzt durch Jahresverlustwarnmarken und weitere je nach Geschäftsaktivität unterschiedliche und auf die jeweiligen Abteilungen zugeschnittene Berichte (zum Beispiel Fristen- und Risikoprofile).

Die Steuerung des Zinsbuchs erfolgt durch den Dispositionsausschuss des Vorstands. Dieser berät alle vier Wochen über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungsrisikos. Hierzu werden ebenfalls die genannten Verfahren zur Kontrolle der Marktpreisrisiken genutzt. Zudem wird die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten sowie mit Blick auf den Zinsüberschuss ermöglicht.

Regelmäßig oder auch bei Bedarf tritt das Komitee für den Neu-Produkt-Prozess zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige

Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Komitees für den Neu-Produkt-Prozess. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

### **Kontrolle der Marktpreisrisiken**

Die Kontrolle der Marktpreisrisiken erfolgt unabhängig vom Treasury im Bereich Risikocontrolling.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken besteht aus einem System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Das regelmäßige Reporting der Marktpreisrisiken ist dabei elementarer Bestandteil, da hierdurch der Informationsfluss sichergestellt wird. Den Kontrollen können auf diesem Wege gegebenenfalls notwendige Steuerungsmaßnahmen kurzfristig folgen.

### **Reporting der Marktpreisrisiken**

Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an alle Vorstandsmitglieder berichtet.

Das differenzierte Risikoreporting der Marktpreisrisiken beinhaltet:

- den täglichen Bericht gemäß MaRisk an den Vorstand,
- den monatlichen Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- die Berichterstattung mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf im Rahmen des Monatlichen Risiko Reports.

Der Bereich Treasury erfüllt die klassischen Funktionen des Liquiditätsmanagements, des Depot-A-Anlagegeschäfts im Rahmen der Asset Allokation und der strategischen Fristentransformation. Der Rückbau der historischen Portfoliostrukturen auf eine sparkassentypische Dimension erfolgt im Management der Auslaufportfolien.

### Marktpreisrisikolimit und -inanspruchnahmen

In der nachfolgenden Tabelle werden die Stichtagswerte dargestellt.

#### Value-at-Risk der LBB/BSK

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Aktienrisiko	1	1
Währungsrisiko	1	1
Zinsrisiko	28	28
Credit-Spread-Risiko	8	10
<b>LBB/BSK</b>	<b>30</b>	<b>26</b>

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnet sich der LBB/BSK-Wert nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

Das Gesamt-VaR der LBB/BSK war im gesamten Jahresverlauf durch ein Limit in Höhe von 90 Mio. € begrenzt. Das Limit wurde turnusgemäß zum 1. Januar 2017 überprüft. Die Teilrisiken in den einzelnen Assetklassen sind nicht separat durch VaR-Limite begrenzt.

#### Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen möglichen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird in der LBB/BSK ebenfalls im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt und unterliegt somit der Limitierung und regelmäßigen Überwachung. Das Zinsänderungsrisiko im Zinsbuch wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Die LBB/BSK war per Jahresende 2016 gegenüber Zinsschwankungen für Laufzeiten bis neun Jahren aktivisch und für längere Laufzeiten passivisch aufgestellt. Durch die Hinzunahme der Pensionsverbindlichkeiten in die Betrachtung des Marktpreisrisikos entsteht eine passivische Position für lange Laufzeiten.

#### Währungsrisiken

Die LBB/BSK geht keine wesentlichen Positionen in Fremdwährungen ein. Das in der Übersicht Value-at-Risk LBB/BSK aufgezeigte Währungskursrisiko stammt im Wesentlichen aus barwertigen Inkongruenzen zwischen Fremdwährungsaktiva und -passiva. Das größte Fremdwährungsrisiko per Jahresende bestand in Wechselkursänderungen des Japanischen Yen und des US-Dollars.

#### Aktien- und Fondsriskiken

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten, welche jedoch im Rahmen der Beendigung des kundenbezogenen Kapitalmarktgeschäfts sukzessive abgebaut werden. Die Position ist gegenüber den Marktschwankungen weitestgehend neutral.

Wertpapiere des Fondsportfolios werden für Zwecke des Marktpreisrisikocontrollings wie Aktien behandelt. Für eine weitere Überwachung des Risikos werden darüber hinaus spezifische Stresstests für verschiedene Fondsgattungen vorgenommen, um der Zusammensetzung des Fondsportfolios – im Wesentlichen Rentenfonds – Rechnung zu tragen.

#### Marktliquiditätsrisiken

Das Marktliquiditätsrisiko wird im Rahmen des Marktpreisrisikos überwacht.

Ein spezielles Szenario für die Ausweitung der Geld-Brief-Spannen simuliert die besondere resultierende Wertänderung des betrachteten Portfolios. Es wird dabei angenommen, dass sich alle Marktdaten kräftig aber nicht extrem in die „falsche“ Richtung bewegen.

Das Szenario zeigte mit 11 Mio. € zum Berichtsstichtag kein signifikantes Verlustpotenzial (Vorjahresstichtag: 13 Mio. €).

### Sicherungsbeziehungen

Grundsätzlich werden alle ökonomischen Sicherungsbeziehungen als Bewertungseinheit nach § 254 HGB dargestellt, es sei denn, sie sind Teil der Gesamtbanksteuerung. In diesem Fall werden ökonomische Sicherungsbeziehungen im Rahmen der Anwendung von IDW RS BFA 3 berücksichtigt.

### 3.4. Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko wird definiert als Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Im Rahmen des Reputationsrisikomanagements obliegt dem Bereich Compliance die Beurteilung der Reputationsrisiken für die LBB/BSK.

Die auf Geschäftsfeld- und Bereichsebene zur Risikominimierung zu definierenden Ziele und Maßnahmen werden von den verantwortlichen dezentralen Risikomanagern bestimmt.

### Organisationsstruktur

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risikocontrolling verantwortet.

Gemäß der Strategie für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung der Rahmenvorgaben und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion.

### Risikosteuerung und -überwachung

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung der LBB/BSK einbezogen. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung der LBB/BSK festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominderung definiert. Der Vorstand wird monatlich über die aktuelle Situation operationeller Risiken informiert.

Spezielle Detailreports über operationelle Risiken für die einzelnen Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen (Risikomanagern) zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet, die größtenteils auch Bestandteil des Rechenmodells für operationelle Risiken sind. Wesentliche Instrumente sind:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem Bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenarioanalyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der LBB/BSK verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren),
- das Maßnahmencontrolling (Erfassung und Überwachung von identifizierten Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment) und
- der Risikotransfer durch Versicherungsschutz.

Die BSK verwendet die vom zentralen OpRisk-Controlling entwickelten Tools zur Erhebung, Verwaltung und zum Reporting der vorgenannten Daten.

### **Messung der operationellen Risiken**

Die Berechnung des ökonomischen und regulatorischen Kapitals für operationelle Risiken erfolgt mittels eines fortgeschrittenen Messansatzes (Advanced Measurement Approach). Unter Anwendung dieses Ansatzes wurde im Jahr 2016 sowohl für die regulatorische Eigenkapitalunterlegung für die LBB/BSK als auch für die Anrechnung in der Risikotragfähigkeit ein Betrag in Höhe von 97 Mio. € (Vorjahr: 94 Mio. €) ermittelt. Dieser Wert ist das 99,9 % Quantil der Jahresschadenssummenverteilung und entsprechend konservativ geschätzt.

### **Personalrisiken**

Das Personalrisiko wird an Hand von Risikofaktoren gesteuert und unterscheidet zwischen Fluktuations-, Verfügbarkeits-, Qualifikations- und Motivationsrisiken. Ziel ist, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren.

### **IT- und Systemrisiken**

Derzeit werden keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung mit Hilfe etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht.

### **Sicherheits- und Notfallmanagement, Outsourcing**

Die LBB/BSK verfügt über eine schriftliche Notfallplanung für kritische und hochkritische Geschäftsprozesse. Zur Koordination, Kontrolle und Steuerung der Informationssicherheit orientiert sich die Sparkasse am Konzept „Siche-

rer IT Betrieb“ (SITB) der SIZ-GmbH, eines Unternehmens der deutschen Sparkassenorganisation. Der SITB unterstützt Sparkassen bei der Einführung und Umsetzung der Anforderungen an die Informationssicherheit und gewährleistet Konformität zu relevanten und gesetzlichen Sicherheitsstandards. Ein Krisenstab, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt, ist etabliert.

Einige Geschäftsaktivitäten sind komplett oder teilweise an Dienstleister ausgelagert. Die Einheit zentrale Dienstleistersteuerung verantwortet die Steuerung der MaRisk relevanten Auslagerungen; sie kontrolliert und überwacht diese Dienstleister (zum Beispiel vor Ort Audit, Prüfung des Reporting) auf die Einhaltung der vertraglich vereinbarten Leistungen in Bezug auf Informationssicherheit, Datenschutz und Notfallvorsorge.

### **Rechtsrisiken**

Die Rechtsabteilung nimmt die Funktion einer rechtlichen Risikosteuerung wahr. Hierbei stehen die Sicherstellung von risikobegrenzenden Standards, relevante Rechts- und Vertragsfragen und deren Handhabung im Vordergrund.

Wesentliche Vorhaben (zum Beispiel Umsetzung von EU-Richtlinien, Einführung von neuen Produkten) werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit der Rechtsabteilung abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt die Rechtsabteilung Muster für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen ist die Rechtsabteilung einzu beziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und/oder Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls bei der Rechtsabteilung.

In ihrer begleitenden Rechtsberatung gestaltet die Rechtsabteilung in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen die Verträge, Geschäftsbedingungen sowie sonstige rechtlich bedeutsame Erklärungen. Sofern rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist die Rechtsabteilung immer einzubinden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen (zum Beispiel durch Änderung der Rechtsprechung) eintreten oder Fehler unterlaufen sind, wirkt die Rechtsabteilung an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Nachteile bzw. Fehler mit. Dabei übernimmt die Rechtsabteilung die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuert eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung der Rechtsabteilung über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen und die Dokumentation der laufenden Gerichtsverfahren durch institutionalisierte Meldungen an betroffene Bereiche.

Für bestehende Rechtsrisiken wurden ausreichend Rückstellungen gebildet, unter anderem für die laufenden Rechtsstreitigkeiten und für Risiken bei Verbraucherdarlehen im Zusammenhang mit fehlerhaften Widerrufsbelehrungen. Mit Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie waren Widerrufe von Immobiliendarlehensverträgen, die zwischen dem 1. September 2002 und dem 10. Juni 2010 abgeschlossen worden waren, nur noch bis zum 21. Juni 2016 zulässig.

#### **Ansprüche gegen die HETA Asset Resolution AG (HETA) (vormals Hypo Alpe Adria Bank International AG)**

Die LBB hat das Angebot des Kärntner Ausgleichs-Fonds nach § 2a FinStaG auf

Umtausch aller von der LBB gehaltenen HETA-Schuldtitel angenommen. Die eingetauschten Schuldtitel wurden veräußert, so dass der Verlust aus den Ansprüchen aus den HETA-Schuldtiteln begrenzt werden konnte.

#### **Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG**

Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der Berlinovo GmbH (IBG), vormals firmierend unter Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden. Die BaFin hat mitgeteilt, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

### **3.5. Sonstige Risiken**

#### **Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen**

Das strategische Risiko ist das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele infolge von strategischen Entscheidungen, die auf fehlerhaften und falschen Annahmen und/oder auf mangelnder Vorbereitung beruhen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB/BSK verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie fasst die Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Zentralfunktionen zusammen. Für die Zentralfunktionen werden Eckpunkte festgeschrieben, Details legen die separaten Funktionalstrategien fest. In der jährlichen Strategieklausur werden die langfristigen Unternehmensziele und die strategischen Rahmenbedingungen vom Vorstand festgelegt.

Die Überwachung und Steuerung der strategischen Ziele der Geschäftsfelder und Bereiche erfolgen einmal jährlich anhand der definierten Zielerreichungsindikatoren und Zielwerte (Soll-Ist-Vergleich der strategischen Ziele). Zusätzlich erfolgt eine unterjährige Überwachung ausgewählter Finanz- und Risikoziele anhand standardisierter Reports.

Zu den strategischen und allgemeinen Geschäftsrisiken erfolgt zweimal pro Jahr eine Befragung der Geschäftsfelder und deren Auswertung durch den Bereich Risikocontrolling. Eventuell notwendige Aktivitäten werden daraus abgeleitet und adressiert. Die Ergebnisse gehen in die Risikoinventur ein.



# E. Chancen und Prognosebericht

## 1. Ausblick zu den Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen

Die Berliner Wirtschaft sollte nach unserer Einschätzung 2017 weiterhin stärker als Gesamtdeutschland wachsen, wobei die Dynamik von einem anhaltend hohen Zuwanderungssaldo getragen wird. Allerdings sollte die Wachstumsrate auch kalendarisch bedingt niedriger ausfallen als 2016. Am Arbeitsmarkt setzt sich die positive Tendenz fort, wobei auch die Arbeitslosenzahl noch sinken

sollte. Nachfrageseitig bleibt der Konsum eine wichtige Wachstumsstütze. Hinzu kommen Impulse im Zuge verstärkter öffentlicher Infrastrukturinvestitionen. Angebotsseitig sollte die Verlagerung der Wachstumskräfte zu den unternehmensnahen Dienstleistungen anhalten, während das Gastgewerbe im Vergleich zur Dynamik früherer Jahre nur noch mäßig wächst.

## 2. Chancen

Die Berliner Sparkasse bietet als Universalbank alle Finanzdienstleistungen für breite Bevölkerungskreise an und erfüllt darüber hinaus einen öffentlichen Auftrag als Sparkasse für das Bundesland Berlin. Sie orientiert sich in ihrer strategischen Ausrichtung an der gemeinsamen Geschäftsstrategie für die Sparkassen mit einem individuellen Zuschnitt auf das Berliner Marktumfeld.

Dabei bieten branchen- sowie regionale Einflussfaktoren sowohl Chancen als auch Risiken, die die LBB/BSK angemessen berücksichtigt.

Drei große Trends sorgen in der Branche für sinkende Erträge und steigende Aufwände:

- Die anhaltende Niedrigzinsphase wirkt sich negativ auf das Zinsergebnis aus; sie lässt sich nicht vollständig durch andere Erträge kompensieren.
- Der hohe Regulierungsdruck reduziert durch steigende Eigenkapital- und Steuerungskosten sowie durch stetige Ressourcenbindung die Profitabilität der Berliner Sparkasse.
- Die mit hoher Dynamik fortschreitende Digitalisierung der Finanzbranche und das Vordringen von Fintechs führt zu umfassenden Veränderungen in der gesamten Finanzdienstleistungsbranche.

Der seit Jahren sehr intensive Wettbewerb am Berliner Bankenmarkt sorgt für zusätzlichen Druck auf die Konditionen und stellt ein weiteres Risiko dar.

Das starke Bevölkerungswachstum in der deutschen Hauptstadt wirkt sich insbesondere spürbar auf den regionalen Immobilienmarkt aus. Die verfügbaren Wohnungen werden knapp bei damit einhergehenden Preissteigerungen bei den Mieten. Die Sparkasse nutzt diesen Trend, um in der gewerblichen und privaten Immobilienfinanzierung weiteres Geschäft zu generieren. Die lebendige Gründerszene lockt Menschen aus aller Welt mit Ideen, aber auch mit Geld für Investitionen in die Hauptstadt. Hier bieten sich der Berliner Sparkasse Chancen, das Geschäft mit den Gründern von heute als die potenziell erfolgreichen Unternehmen von morgen an sich zu binden. Berlin ist auch die Stadt der Zukunftsbranchen. Vornehmlich in der Gesundheitswirtschaft und in der Umwelt- und Energietechnik bieten sich der LBB/BSK zahlreiche Möglichkeiten für eine spezialisierte und individuelle Kundenbetreuung.

Im originären Kundengeschäft ist das Ziel und der Anspruch der Berliner Sparkasse, zu den zehn besten Sparkassen Deutschlands zu gehören. Für Private Kunden soll die Berliner Sparkasse die erste Adresse in Berlin sein. Eckpfeiler sind dabei neben der konsequenten Nutzung von Direktvertriebskanälen ein auf das veränderte Kundenverhalten ausgerichtetes und differenziertes Kontoangebot.

Um dem veränderten Kundenverhalten Rechnung zu tragen, hat die Berliner Sparkasse die Vertriebsstrategie „Sparkasse neo“ entwickelt. Mit dieser Strategie wird durch eine verbesserte Berücksichtigung der Kundenbelange und -bedürfnisse der Fokus auf das Wachstum in den Kernprodukten gesetzt.

Gleichzeitig werden durch die voranschreitende Digitalisierung im Kundengeschäft, insbesondere im Serviceangebot, die Effizienz gesteigert und mehr Freiräume für eine optimale Beratung der Kunden geschaffen. Dem veränderten Kundenverhalten wird mit einer Vielfalt an Kontaktpunkten begegnet. Diese können dabei die Telefonie, die Chat- und Videokanäle sowie das Online- und Mobile-Banking sein. Dabei ist das Ziel, besser auf den Kunden einzugehen. Weiterhin wird auch der persönliche Kontakt in den Standorten oder bei Kiezaktivitäten Teil der neuen Vertriebsstrategie sein.

Daneben plant die Berliner Sparkasse, das Geschäft mit hochvermögenden Kunden in Berlin weiter zu intensivieren, einschließlich des damit verbundenen Immobilienfinanzierungsgeschäfts. Der Konsumentenfinanzierer SKP soll, gemessen am Kreditvolumen, zu den drei größten in Deutschland ausgebaut werden. Auch hier werden die Direktvertriebsmöglichkeiten genutzt, um ein optimiertes Leistungsangebot anzubieten. Der unter der Marke LBB operierende Direktbankservice wird in seiner Rolle als Marktführer bei bezahlten Co-Branding-Kreditkarten in Deutschland weiter gestärkt.

Im Geschäft mit Firmenkunden will die Berliner Sparkasse ihre bereits starke Marktposition weiter ausbauen mit dem Anspruch, die beste Bank in Berlin zu sein. Das dichte Netz aus Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in der Hauptstadt, verbunden mit einer modernen Infrastruktur, bietet dem Firmenkundengeschäft gute Rahmenbedingungen für eine weiterhin positive Entwicklung. Die positive Entwicklung am Immobilienmarkt wird zu einem steigenden Finanzierungsvolumen führen. Zusätzliche Ertragschancen für die Berliner Sparkasse ergeben sich aus der anhaltenden Konjunktdynamik der Berliner Wirtschaft.

Das Betreuungskonzept, einhergehend mit einer hohen Beratungsqualität, bietet ein breites Spektrum an Finanzdienstleistungen, zugeschnitten auf die Bedürfnisse von Berliner Unternehmen.

Daneben soll der Ausbau von Online-Servicekanälen die Gewinnung von zusätzlichen Marktanteilen unterstützen.

Mit der strategischen Ausrichtung der Berliner Sparkasse einher geht eine deutliche Verkleinerung des Treasury auf eine sparkassenadäquate Größe.

Damit verbunden ist die konsequente Ausrichtung auf kundenorientiertes Geschäft mit einfacheren Produkten.

Zu berücksichtigen ist, dass das aktuelle Marktumfeld von einer anhaltenden Niedrigzinsphase und einer deutlichen Einengung der Credit-Spreads geprägt ist. Die Risiko-Ertrags-Relationen für Neuinvestitionen haben sich spürbar verschlechtert und bergen zusammen mit der Finanz- und Staatsschuldenkrise sowie weiterer regulatorischer Änderungen Risiken.

### 3. Prognose

Die Prognose für das Geschäftsjahr 2017 leitet sich aus der Mittelfristplanung 2017 bis 2021 der Berliner Sparkasse ab. Für den Prognosezeitraum 2017 wurden die folgenden volkswirtschaftlichen Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung für die Geschäftsentwicklung zu Grunde gelegt:

- Zuwachsrates Bruttoinlandsprodukt Berlin: 2,0 %
- Zuwachsrates Bruttoinlandsprodukt Deutschland: 1,2 %
- Inflationsrate Deutschland: 1,7 %
- Sparquote Berlin: 7,5 %
- Arbeitslosenquote Berlin: 10,2 %
- Tarifsteigerung im Bankgewerbe: 1,1 % aufgrund des Tarifabschlusses 2016

Für das Geschäftsjahr 2017 wird das Anhalten des derzeitigen Niedrigzinsniveaus unterstellt. Die Wachstumsziele der Geschäftsfelder bestehen unverändert fort und sind durch die konkrete Geschäftsentwicklung unterlegt. An den Zielen des Kostensenkungsprogramms und der konsequenten Ausrichtung auf eine Sparkasse hält die LBB/BSK unverändert fest.

Ausgehend von diesen Rahmenbedingungen werden im Folgenden die nachstehenden Kennzahlen aus der Prognose 2017 den IST-Werten des Geschäftsjahres 2016 gegenübergestellt und erläutert. Mittelfristig werden sparkasentypische Leistungsindikatoren angestrebt, die einen Vergleich zu anderen Sparkassen ermöglichen.

Die Entwicklung der Leistungsindikatoren wird wie folgt prognostiziert:

Für 2017 erwartet die LBB/BSK ein **Ergebnis vor Steuern** in Höhe von 54 Mio. € (das bedeutet eine Gewinnabführung an die LBBH), welches somit unter dem Ergebnis des Jahres 2016 von 181 Mio. € liegen wird. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Ergebnisabführung für 2016 durch einmalige Effekte begünstigt war. Bereinigt um diese Effekte liegt das erwartete Ergebnis für 2017 leicht unter dem Vorjahreswert. Dies ist ganz wesentlich auf das unverändert niedrige Zinsniveau zurückzuführen. Insbesondere die Ertragsentwicklung in den Kundengeschäften wird 2017 erneut durch die anhaltende Niedrigzinsphase belastet.

Der **Verwaltungsaufwand** des Jahres 2017 in Höhe von 829 Mio. € wird über dem Wert des abgelaufenen Geschäftsjahres (774 Mio. €) liegen. Ursächlich für diese Entwicklung ist die erfolgte gesetzliche Änderung zur Abzinsung von Pensionsrückstellungen (veränderte Durchschnittsbetrachtung von 7 auf 10 Jahre), die in 2016 zu einem einmaligen Entlastungseffekt bei der Erstanwendung führte. An der konsequenten Reduzierung der anderen Verwaltungsaufwendungen wird auch in 2017 festgehalten.

Bei den **Mitarbeiterkapazitäten** geht die Planung für 2017 unverändert von der weiteren Reduzierung auf 3.098 Stellen bis zum Ende des Jahres aus (31. Dezember 2016: 3.255).

Für Ende 2017 wird eine **harte Kernkapitalquote** in Höhe von 17,4 % angestrebt, die leicht unter dem Vorjahreswert von 18,1 % liegen wird.

Für 2017 erwartet die LBB/BSK eine auf dem IST-Niveau liegende **Bilanzsumme** von rund 47,7 Mrd. €.

Bei den **Forderungen an Kunden** ist eine Steigerung um 1,8 Mrd. € auf 19,8 Mrd. € geplant. In dieser Entwicklung spiegeln sich zwei gegenläufige Effekte wider. Für das regionale Kundengeschäft ist unverändert ein Anstieg geplant. Der Ausweitung der Gewerblichen Immobilienfinanzierung und des Aktivgeschäfts mit Privaten Kunden stehen die planmäßige Rückführung der Aktivitäten im Internationalen Geschäft sowie der sukzessive Abbau nicht strategiekonformer Treasury-Aktivitäten gegenüber. Ein Teil des Rückgangs dieser Bestände wird sich auch in der Position „Forderungen an Kunden“ auswirken und die positive Entwicklung im Kundengeschäft teilweise konterkarieren.

Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** erwartet die Bank für 2017 einen Bestand in Höhe von 24,8 Mrd. €, der rund 2,9 Mrd. € niedriger ist als im Vorjahr; einerseits beeinflusst durch die geplante Rückführung der Aktivitäten im Treasury, andererseits war das Jahr 2016 geprägt durch höhere Bestände an Sicht- und Termineinlagen als erwartet. Für 2017 gehen wir von geringeren Beständen aus.

Die **Cost-Income-Ratio** wird für 2017 bei rund 87 % und damit höher als auf dem letztjährigen Niveau (78,6 %) erwartet.

Die **Eigenkapitalrentabilität** wird in Höhe von 2,4 % geplant.

## 4. Gesamtaussage

Der Vorstand erwartet für das Geschäftsjahr 2017 unverändert eine geordnete Liquiditätssituation und somit eine weiterhin vollständige Refinanzierung der Geschäftsvolumina in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten. Die LBB/BSK geht davon aus, ihre erfolgreiche operative Entwicklung im kundengetragenen Geschäft fortsetzen und ausbauen zu können. Die anhaltende Niedrigzinsphase wirkt sich weiterhin ertragsbelastend aus.

Der Umbau von der Landesbank zur Hauptstadtparkasse wurde erfolgreich abgeschlossen. Die damit verbundene Kostensenkung ist deswegen weit fortgeschritten. Durch Anpassung der IT-Architektur und die konsequente Nutzung von Sparkassen-Standards konnte bereits ein großer Teil der avisierten Einsparungen realisiert werden. Die Vereinfachung und Standardisierung der IT bleibt aber eine langfristige Aufgabe. Allerdings ist davon auszugehen, dass die aufsichtsrechtlichen Anforderungen dauerhaft einer hohen Dynamik unterliegen und damit weitere Belastungen für die LBB/BSK nach sich ziehen werden.

Externe Einflussfaktoren (Digitalisierung, verändertes Kundenverhalten, neue Wettbewerber sowie zunehmender Ertrags- und Kostendruck) haben auch Auswirkungen auf die Berliner Sparkasse und erfordern eine Anpassung der Vertriebsstrategie im Geschäft mit Privaten Kunden. Hierbei kommt der effizienten Betreuung der Kunden insgesamt, sowie einer besseren Berücksichtigung der Kundenbedürfnisse innerhalb ausgewählter Kundensegmente, eine stärkere Bedeutung zu.

Die Vertriebsstrategie „Sparkasse neo“ begleitet die externen Veränderungen im Markt sowie die internen Herausforderungen seitens der LBB/BSK.

Die LBB/BSK plant für das Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 54 Mio. €, das vollständig an die LBBH abgeführt wird.

# Bilanz der Landesbank Berlin AG zum 31.12.2016

Aktivseite	Anhang Textziffern	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
<b>Barreserve</b>						
a) Kassenbestand				351.331		462.557
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				367.131		413.203
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		367.131				(413.203)
					<b>718.462</b>	<b>875.760</b>
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	1, 20					
a) Hypothekendarlehen				0		0
b) Kommunalkredite				1.150.465		1.336.922
c) andere Forderungen				11.562.326		13.386.988
darunter: täglich fällig		1.408.845				(804.585)
gegen Beleihung von Wertpapieren		0				(0)
					<b>12.712.791</b>	<b>14.723.910</b>
<b>Forderungen an Kunden</b>	2, 20					
a) Hypothekendarlehen				6.710.886		6.140.977
b) Kommunalkredite				2.632.200		3.421.814
c) andere Forderungen				8.652.119		7.161.568
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren		15.452				(16.263)
					<b>17.995.205</b>	<b>16.724.359</b>
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	3, 10, 20					
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			0			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
ab) von anderen Emittenten			0			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
				0		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			3.009.727			3.022.311
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		2.939.329				(2.822.139)
bb) von anderen Emittenten			8.249.807			9.522.836
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		7.509.227				(8.488.860)
				11.259.534		12.545.147
c) eigene Schuldverschreibungen				11.249		0
Nennbetrag		10.100				(0)
					<b>11.270.783</b>	<b>12.545.147</b>
<b>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	4, 10				<b>272.015</b>	<b>262.276</b>
<b>Handelsbestand</b>	5				<b>0</b>	<b>1.033.184</b>
<b>Beteiligungen</b>	6, 10, 30				<b>160.670</b>	<b>142.636</b>
darunter: an Kreditinstituten		24.327				(18.022)
an Finanzdienstleistungsinstituten		32.484				(32.484)
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	6, 10				<b>267.962</b>	<b>245.666</b>
darunter: an Kreditinstituten		258.979				(237.215)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)
<b>Treuhandvermögen</b>					<b>0</b>	<b>0</b>
darunter: Treuhandkredite		0				(0)
<b>Immaterielle Anlagewerte</b>	7					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				1.309		1.641
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				16.256		22.166
c) Geschäfts- oder Firmenwert				0		0
d) geleistete Anzahlungen				0		0
					<b>17.565</b>	<b>23.807</b>
<b>Sachanlagen</b>	7				<b>79.273</b>	<b>86.490</b>
<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b>	8				<b>1.413.281</b>	<b>757.912</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	9					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				34.898		49.157
b) andere				930.815		7.545
					<b>965.713</b>	<b>56.702</b>
<b>Summe der Aktiva</b>					<b>45.873.720</b>	<b>47.477.849</b>

<b>Passivseite</b>	<b>Anhang Textziffern</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Vorjahr Tsd. €</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	11					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				146.380		171.088
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				51.062		76.176
c) andere Verbindlichkeiten				6.066.304		8.683.511
darunter: täglich fällig		828.157				(981.843)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe		0				(0)
					<b>6.263.746</b>	<b>8.930.775</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	12					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				321.226		281.162
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				160.141		186.436
c) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist						
ca) von drei Monaten			2.598.390			2.667.353
cb) von mehr als drei Monaten			2.597.018			2.765.070
				5.195.408		5.432.423
d) andere Verbindlichkeiten				22.017.811		20.780.443
darunter: täglich fällig		19.298.965				(17.437.260)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe		0				(0)
					<b>27.694.586</b>	<b>26.680.464</b>
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	13					
a) begebene Schuldverschreibungen						
aa) Hypothekenspfandbriefe			2.979.158			2.164.157
ab) öffentliche Pfandbriefe			657.654			905.140
ac) sonstige Schuldverschreibungen			1.459.780			2.808.803
				5.096.592		5.878.100
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				0		0
darunter: Geldmarktpapiere		0				(0)
					<b>5.096.592</b>	<b>5.878.100</b>
<b>Handelsbestand</b>	14				<b>0</b>	<b>549.764</b>
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>					<b>0</b>	<b>0</b>
darunter: Treuhandkredite		0				(0)
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	15				<b>1.312.742</b>	<b>939.359</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	16					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				34.533		27.643
b) andere				885.526		16.420
					<b>920.059</b>	<b>44.063</b>
<b>Rückstellungen</b>	17					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				960.722		852.309
b) Steuerrückstellungen				3.339		4.230
c) andere Rückstellungen				518.010		597.846
					<b>1.482.071</b>	<b>1.454.385</b>
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten</b>	18				<b>845.123</b>	<b>832.138</b>
<b>Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>					<b>97.558</b>	<b>7.558</b>
davon Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB		7.223				(7.223)

<b>Passivseite</b>	<b>Anhang Textziffern</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Vorjahr Tsd. €</b>
<b>Eigenkapital</b>	19					
a) Eingefordertes Kapital						
Gezeichnetes Kapital						
aa) Grundkapital			1.200.000			1.200.000
ab) Stille Einlage			0			0
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen			0			0
				1.200.000		1.200.000
b) Kapitalrücklage				920.038		920.038
c) Gewinnrücklagen						
ca) gesetzliche Rücklage			0			0
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0			0
cc) satzungsmäßige Rücklagen			0			0
cd) andere Gewinnrücklagen			41.205			41.205
				41.205		41.205
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust				0		0
					2.161.243	2.161.243
<b>Summe der Passiva</b>					<b>45.873.720</b>	<b>47.477.849</b>

<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	32					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen					1.119.575	1.693.844
					<b>1.119.575</b>	<b>1.693.844</b>
<b>Andere Verpflichtungen</b>	32					
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen					2.131.079	1.660.860
					<b>2.131.079</b>	<b>1.660.860</b>



# Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.2016

Aufwendungen	Anhang Textziffern	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
<b>Zinsaufwendungen</b>	18, 21 ,29					
a) Zinsaufwendungen ohne Berücksichtigung positiver Zinsen				138.910		264.617
b) positive Zinsen				-41.421		-12.971
					<b>97.489</b>	<b>251.646</b>
davon: Aufzinsung der bankspezifischen Rückstellungen				97		(44)
<b>Provisionsaufwendungen</b>	22, 29				<b>150.954</b>	<b>147.182</b>
<b>Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>	24					
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			231.633			229.400
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			53.031			152.615
darunter: für Altersversorgung		15.404				(115.384)
				284.664		382.015
b) andere Verwaltungsaufwendungen				468.052		477.841
					<b>752.716</b>	<b>859.856</b>
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>	7				<b>21.001</b>	<b>29.809</b>
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	25				<b>326.542</b>	<b>142.660</b>
davon: Aufzinsung der nicht-bankspezifischen Rückstellungen				59.259		(64.620)
davon: Aufwendungen aus der Währungsumrechnung				1.024		(0)
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>	26				<b>18.446</b>	<b>77.274</b>
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>	10				<b>24.139</b>	<b>31.879</b>
<b>Aufwand Bankenabgabe</b>					<b>0</b>	<b>16.588</b>
<b>Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>					<b>11</b>	<b>59</b>
<b>Außerordentliche Aufwendungen</b>	27				<b>0</b>	<b>12.771</b>
<b>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	28				<b>-2</b>	<b>-488</b>
<b>Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen</b>					<b>-1.384</b>	<b>-3.893</b>
<b>Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>					<b>90.000</b>	<b>0</b>
<b>Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne</b>					<b>181.000</b>	<b>12.000</b>
<b>Jahresüberschuss</b>					<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Summe der Aufwendungen</b>					<b>1.660.912</b>	<b>1.577.343</b>

<b>Erträge</b>	<b>Anhang Textziffern</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Vorjahr Tsd. €</b>
<b>Zinserträge aus</b>	21, 29					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften						
aa) Zinserträge ohne Berücksichtigung negativer Zinsen			775.551			860.654
ab) negative Zinsen			-24.678			-6.516
				750.873		854.138
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen						
ba) Zinserträge ohne Berücksichtigung negativer Zinsen			67.965			101.925
bb) negative Zinsen			0			0
				67.965		101.925
					<b>818.838</b>	<b>956.063</b>
davon: Abzinsung der bankspezifischen Rückstellungen				0		(132)
<b>Laufende Erträge aus</b>	21, 29					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				2.224		2.582
b) Beteiligungen				15.025		25.502
b) Anteilen an verbundenen Unternehmen				24.366		0
					<b>41.615</b>	<b>28.084</b>
<b>Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>	21, 29				<b>405</b>	<b>10</b>
<b>Provisionserträge</b>	22, 29				<b>384.992</b>	<b>390.862</b>
<b>Nettoertrag des Handelsbestands</b>	23, 29				<b>0</b>	<b>12.197</b>
davon: Zuführung zum Fonds für allg. Bankrisiken (§ 340g HGB)				0		(-1.355)
<b>Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>	10, 30				<b>101.468</b>	<b>35.627</b>
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	25, 30				<b>313.594</b>	<b>154.500</b>
davon: Abzinsung der nicht-bankspezifischen Rückstellungen				0		(14)
davon: Erträge aus der Währungsumrechnung				24.243		(0)
<b>Jahresfehlbetrag</b>					<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Summe der Erträge</b>					<b>1.660.912</b>	<b>1.577.343</b>

## Eigenkapitalspiegel

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Bilanzgewinn/ Bilanzverlust	Eigenkapital gesamt
in Mio. €	Grundkapital		andere Gewinnrücklagen		
<b>Stand zum 31.12.2015</b>	<b>1.200</b>	<b>920</b>	<b>41</b>	<b>0</b>	<b>2.161</b>
Kapitalerhöhungen	0	0	0	0	0
Kapitalherabsetzungen	0	0	0	0	0
<b>Stand zum 31.12.2016</b>	<b>1.200</b>	<b>920</b>	<b>41</b>	<b>0</b>	<b>2.161</b>

## Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016

Als kapitalmarktorientiertes Unternehmen, das nicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet ist, hat die LBB/BSK nach § 264 Abs. 1 Satz 2 HGB den Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung zu erweitern. Die Darstellung der Kapitalflussrechnung erfolgt in enger Anlehnung an die Anlage 2 des Deutschen Rechnungslegungs Standards Nr. 21 (DRS 21).

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel des Geschäftsjahres, getrennt nach den Bereichen laufende Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen, da sie keinen Aufschluss über die tatsächliche Liquiditätssituation ermöglicht. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für die LBB/BSK weder die Liquiditäts- beziehungsweise Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

in Mio. €	2016	2015
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	146	130
Erfolgswirksame Veränderungen der Rückstellungen	175	213
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	167	373
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-82	-38
Sonstige Anpassungen (Saldo)	-32	-382
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	2.191	2.007
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	-1.306	1.402
Zunahme/Abnahme der Handelsaktiva	1.033	502
Zunahme/Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen oder Handelsaktiva)	51	3.768
Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-1.564	218
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-2.887	-691
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	837	-431
Zunahme/Abnahme verbriefteter Verbindlichkeiten	-774	-5.490
Zunahme/Abnahme der Handelspassiva	-547	-3.039
Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	1.116	-369
Zinsaufwendungen/Zinserträge	-721	-704
Ertragsteueraufwand/-ertrag	-1	-1
Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	689	1.502
Gezahlte Zinsen	107	-396
Außerordentliche Einzahlungen	0	0
Außerordentliche Auszahlungen	0	0
Ertragsteuerzahlungen	-1	-10
<b>Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>-1.403</b>	<b>-1.436</b>
Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	1.905	1.973
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-648	-448
Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	0	12
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-8	-11
Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-4	-5
Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	0	0
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>1.245</b>	<b>1.521</b>
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0
Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen	0	0
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Gezahlte Dividenden	0	0
Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	0	0
<b>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Finanzmittelfonds zum 1.1.</b>	<b>876</b>	<b>791</b>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-158	85
Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
<b>Finanzmittelfonds zum 31.12.</b>	<b>718</b>	<b>876</b>

Im Rahmen der Kapitalflussrechnung wird der Finanzmittelfonds der LBB/BSK zu Beginn des Geschäftsjahres durch die Abbildung der Zahlungsströme (Cashflows) aus der

- laufenden Geschäftstätigkeit,
- Investitionstätigkeit sowie der
- Finanzierungstätigkeit

auf den am Ende des Geschäftsjahres zur Verfügung stehenden Finanzmittelfonds übergeleitet. Die Summe aus diesen Zahlungsströmen entspricht der Veränderung des Finanzmittelfonds in der Berichtsperiode. Der Finanzmittelfonds umfasst den Kassenbestand und die Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird ausgehend vom Jahresüberschuss nach der indirekten Methode dargestellt. Danach wird der Jahresüberschuss um alle nicht zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen bereinigt. Gemäß DRS 21 werden insbesondere zahlungswirksame Zins- und Dividendenzahlungen sowie Steuerzahlungen im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gesondert ausgewiesen. Demnach wird der Jahresüberschuss zunächst in der Position „Sonstige Anpassungen (Saldo)“ unter anderem um das Zinsergebnis sowie die Ertragsteueraufwendungen bereinigt.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen.

In der Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit werden neben den Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern insbesondere die Veränderungen aus der Bereitstellung beziehungsweise Rückzahlung von nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

# Anhang der Landesbank Berlin AG 2016

Die Landesbank Berlin AG, Berlin, (LBB) ist Tochtergesellschaft der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, (LBBH) und in den Konzernabschluss der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, (Erwerbsgesellschaft) einbezogen (kleinster und größter Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 und 14a HGB).

Der Konzernabschluss der Erwerbsgesellschaft wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Sitz der LBB ist Berlin. Die Gesellschaft ist unter der Nummer HRB 99726 B im Register des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg eingetragen.

Der gesamte Geschäftsbetrieb der LBB wird unabhängig vom Marktauftritt in der Berliner Sparkasse abgebildet. Die Berliner Sparkasse (BSK) ist eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie wird als Zweigniederlassung der nicht börsennotierten Aktiengesellschaft Landesbank Berlin AG geführt. Im Folgenden wird daher die Bezeichnung Landesbank Berlin AG/Berliner Sparkasse (LBB/BSK) verwendet.

## Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss der LBB/BSK wurde nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung unter Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften und des Aktiengesetzes, erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV), aufgestellt. Ergänzend wurden die Vorschriften der Satzung beachtet.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten; Ausnahmen hiervon werden in den nachfolgenden Abschnitten ergänzend zu unverändert gültigen Methoden dargestellt.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmens-tätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

### **Bilanzierung**

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen (Näheres unter Haftungsverhältnissen), wurden unverändert den Kommunalkrediten zugeordnet, da die Detailvereinbarung eine Gewährleistung der betreffenden Kredite durch das Land Berlin vorsieht.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde im Rahmen des Um- und Rückbaus zu einer Sparkasse der Kontenplan an die Vorgaben der Sparkassenorganisation angepasst. Dies führte aufgrund von Abweichungen von der bisherigen Bilanzierungspraxis durch die Nutzung von Ausweishwahlrechten zu Umgliederungen zwischen einzelnen Bilanz- bzw. GuV-Posten. Hierbei ergaben sich nicht unerhebliche Auswirkungen für den Ausweis der Aufwendungen aus der EU-Bankenabgabe in Höhe von 14 Mio. € (Vj.: 17 Mio. €), die nicht mehr im Posten Bankenabgabe sondern in den anderen Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen wurden, sowie der anteiligen Zinsen nachrangiger Verbindlichkeiten in Höhe von 5 Mio. € (Vj.: 5 Mio. €), die im Bilanzposten Nachrangige Verbindlichkeiten statt unter den sonstigen Verbindlichkeiten abgebildet wurden; Vorjahreszahlen wurden nicht angepasst.

### **Bewertung**

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute wurde beachtet. Bei Vermögensgegenständen, die gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet werden und deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Der im Konzern durch eine sich tendenziell verringemde Bilanzsumme erhöhten Anforderung an ein konzerneinheitliches Vorgehen wurde im Geschäftsjahr 2016 durch eine Anpassung der Methodik zur Vereinnahmung von Disagien bei Wertpapieren des Anlagevermögens Rechnung getragen. Während bislang Disagien bei Wertpapieren des Anlagevermögens in der LBB/BSK erst zur Fälligkeit als Einlösungserfolg vereinnahmt wurden, erfolgt ab diesem Geschäftsjahr eine lineare Auflösung (Amortisierung) über die Restlaufzeit. Aus der rückwirkenden Amortisierung ergab sich ein (einmaliger) Nachholeffekt von 5 Mio. €, der im Zinsüberschuss enthalten ist.

### **Forderungen und Verbindlichkeiten**

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agien und Damnumbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinsten Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Uneinbringliche Zinsen werden nicht vereinnahmt.

Die Auflösungen von Disagien, Agien und Bearbeitungsgebühren im Kreditgeschäft wurden im Geschäftsjahr 2016 im Zuge einer IT-Umstellung von der effektivzinskonsistenten auf eine zinsproportionale Amortisation umgestellt. Ein nennenswerter Effekt auf die Bilanz oder Erfolgsrechnung ergab sich daraus nicht.

### **Finanzanlagen**

Finanzanlagen sind zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen gemäß dem Niederstwertprinzip vorgenommen. Wertpapiere des Anlagevermögens werden bei vom Nominalwert abweichenden Anschaffungskosten bis zum jeweiligen Fälligkeitstermin linear auf den Nominalwert hoch- bzw. abgeschrieben.

Bei nur vorübergehender Wertminderung wird grundsätzlich gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB der Wert beibehalten. Davon abweichend werden Investmentfondsanteile im Anlagevermögen auch bei nur vorübergehender Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB angesetzt.

### **Wertpapiere der Liquiditätsreserve**

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

### **Handelsbestand**

Mit der strategischen Entscheidung, die LBB/BSK ab dem 1. Januar 2016 als Nicht-handelsbuch-Institut aufzustellen, hat der Vorstand gleichfalls beschlossen, alle Handelsgeschäfte vollständig und dauerhaft einzustellen, die eine kurzfristige Erzielung eines Eigenhandelserfolgs beabsichtigen. Mit der Aufgabe der Handelsabsicht liegt ein außergewöhnlicher Umstand nach § 340e Abs. 3 HGB vor, wonach ausnahmsweise auch eine Umgliederung aus dem Handelsbestand möglich ist. Hiervon machte die LBB/BSK Gebrauch und stellte eine zeitgleiche aufsichtsrechtliche Umwidmung und handelsrechtliche Umgliederung sicher. Die von der Umgliederung betroffenen Bilanzpositionen sind mit den Vorjahren nicht vergleichbar.

Für die umzugliedernden Handelsbestände wurden die Zeitwerte zum 1. Januar 2016 (Umgliederungszeitpunkt) als neue Anschaffungskosten angesetzt. Nach der Umgliederung werden für die umgelierten Finanzinstrumente die Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften für Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und schwebende Geschäfte des Nicht-Handelsbestands angewendet.

Die aktivischen Wertpapiere des bisherigen Handelsbestands wurden in die Wertpapiere der Liquiditätsreserve umgesetzt. Bei Verbindlichkeiten wurden die Differenzen zu den Zeitwerten wie Agien und Disagien behandelt und in die Rechnungsabgrenzungsposten umgesetzt. Die bisher im Handelsbestand ausgewiesenen Zeitwerte für Swaps wurden wie Upfronts behandelt und in die Rechnungsabgrenzungsposten umgesetzt. Sie werden über die Restlaufzeit der Geschäfte zinsproportional amortisiert. Die in den beizulegenden Zeitwerten als Abschläge für Kontrahentenausfallrisiken berücksichtigten Credit Value Adjustments wurden als Bestandteil der Anschaffungskosten im Umgliederungszeitpunkt beibehalten.

Optionen wurden mit ihren Zeitwerten vom Jahresanfang als Anschaffungskosten wie Optionsprämien in den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten erfasst und werden fortan imparitatisch bewertet.

Die Zeitwerte von Fremdwährungsderivaten wurden in die Devisenausgleichsposten in den sonstigen Vermögensgegenständen und sonstigen Verbindlichkeiten umgeliert und in die Fremdwährungsumrechnung für besonders gedeckte Termingeschäfte einbezogen.



Im Umgliederungszeitpunkt beliefen sich die Zeitwerte der Handelsaktiva nach Berücksichtigung des Risikoabschlags gem. § 340e Abs. 3 HGB und vor Berücksichtigung von Effekten in Höhe von 2.387 Mio. € aus der Aufrechnung von Derivaten („Derivate-Netting“) auf 3.420 Mio. €. Davon wurden 259 Mio. € in die Forderungen an Kreditinstitute, 45 Mio. € in die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, 19 Mio. € in die Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, 281 Mio. € in die sonstigen Vermögensgegenstände, 1.860 Mio. € in die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, 975 Mio. € in die passiven Rechnungsabgrenzungsposten sowie –16 Mio. € in die sonstigen Verbindlichkeiten und –3 Mio. € in das sonstige betriebliche Ergebnis (Ausbuchung des Risikoabschlags für den Handelsbestand) umgegliedert.

Die Zeitwerte der Handelspassiva betragen nach Berücksichtigung des Risikoabschlags gem. § 340e Abs. 3 HGB und vor Berücksichtigung von Effekten in Höhe von 2.966 Mio. € aus der Aufrechnung von Derivaten („Derivate-Netting“) 3.516 Mio. €, davon wurden 354 Mio. € in die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, 80 Mio. € in die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, 19 Mio. € in die verbrieften Verbindlichkeiten, 320 Mio. € in die sonstigen Verbindlichkeiten, 719 Mio. € in die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, 2.051 Mio. € in die passiven Rechnungsabgrenzungsposten und 1 Mio. € in die Rückstellungen sowie –28 Mio. € in die sonstigen Vermögensgegenstände umgegliedert.

Rechnungsabgrenzungsposten aus Derivaten des ehemaligen Handelsbestands mit demselben Kontrahenten wurden miteinander verrechnet, insbesondere da für Derivate regelmäßig Aufrechnungsvereinbarungen auf Basis des Netto-Exposures bestehen. Danach wurden per 1. Januar 2016 aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 1.696 Mio. € mit passiven Rechnungsabgrenzungsposten in gleicher Höhe verrechnet.

Der Risikoabschlag für den Handelsbestand nach § 340e Abs. 3 HGB (3 Mio. €) wurde aufgelöst und erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis vereinnahmt. Im Übrigen erfolgten die Umgliederungen erfolgsneutral.

### **Kreditderivate**

Kreditderivate des Nichthandelsbestands werden entsprechend der Stellungnahme IDW RS BFA 1 bilanziert.

Für Credit Default Swaps, bei denen die LBB/BSK die Position eines Sicherungsgebers einnimmt und die nicht einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB zugeordnet sind, finden die Regeln für gestellte Kreditsicherheiten Anwendung. Ist am Abschlussstichtag ernsthaft mit dem Eintritt des Kreditereignisses zu rechnen, wird eine Verbindlichkeitsrückstellung in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet.

Credit Default Swaps, bei denen die LBB/BSK die Position eines Sicherungsnehmers einnimmt und die nicht einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB zugeordnet sind, werden nach den für schwebende Geschäfte entwickelten Grundsätzen imparitatisch behandelt.

### **Marktbewertung**

Soweit Marktwerte verfügbar sind, werden diese als beizulegende Werte herangezogen. Im Falle nicht aktiver Märkte erfolgt die Ermittlung der beizulegenden Werte auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittenten-spezifisch) eingehen. Für die Bestimmung letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds oder Credit Default Swaps sowie eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben.

Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktkonditionen ermittelt.

Die Steuerung der Zinsmarge aller dem Bankbuch zugeordneten Geschäfte erfolgt gesamtheitlich. Zur Sicherstellung der verlustfreien Bewertung des Bankbuches werden die Buchwerte der zugeordneten Finanzinstrumente deren Barwerten gegenübergestellt. Sofern sich hieraus unter Berücksichtigung von Refinanzierungs-, Risiko- und Verwaltungskosten ein Verpflichtungsüberschuss ergibt, wird eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet. Die IDW-Stellungnahme zur verlustfreien Bewertung von zinstragenden Geschäften des Bankbuches wird beachtet (IDW RS BFA 3). Zum Stichtag bestand kein negativer Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung wurde dementsprechend nicht gebildet.

### **Bewertungseinheiten**

Grundsätzlich werden alle ökonomischen Sicherungsbeziehungen als Bewertungseinheit nach § 254 HGB dargestellt, es sei denn, sie sind Teil der Gesamtbanksteuerung. In diesem Fall werden ökonomische Sicherungsbeziehungen im Rahmen der Anwendung von IDW RS BFA 3 berücksichtigt.

Somit werden Bestände, die im direkten Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Sicherungsderivat stehen, als Bewertungseinheit betrachtet und entsprechend § 254 HGB behandelt. Hierbei werden Grundgeschäfte gegen Zinsänderungs- und/oder Währungsrisiken abgesichert. Es werden ausschließlich Bewertungseinheiten auf Micro-Ebene gebildet, d.h. dass den Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko des Grundgeschäfts einzelne Sicherungsinstrumente gegenüberstehen. Zum Nachweis des Ausgleichs der gegenläufigen Wertveränderungen aus dem Grund- und Sicherungsgeschäft wendet die LBB/BSK für alle Bewertungseinheiten die Critical Terms Match-Methode an. Im Rahmen dieser Methode wird dokumentiert, dass die wesentlichen Parameter zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft übereinstimmen. Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass sich die Wertveränderungen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft vom Beginn der dokumentierten Bildung der Bewertungseinheit bis zur Fälligkeit der Geschäfte, bezogen auf das abgesicherte Risiko, vollständig ausgleichen. Derzeit werden keine Bewertungseinheiten gebildet, in die mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen einbezogen werden.

Der wirksame Teil einer Bewertungseinheit wird bilanziell entsprechend der Einfrierungsmethode abgebildet. Die bilanzielle Abbildung für darüber hinaus bestehende Unwirksamkeiten aus dem nicht abgesicherten Risiko richtet sich danach, ob diese dem Grundgeschäft (Darlehen oder Wertpapier) oder dem Sicherungsgeschäft (Derivat) zuzurechnen sind. Ist die negative Unwirksamkeit dem Derivat zuzurechnen, erfolgt eine entsprechende bilanzielle Vorsorge in Höhe der Unwirksamkeit. Bei Wertpapieren wird nur dann eine bilanzielle Vorsorge gebucht, wenn diese auf Basis der Anwendung des gemilderten (Anlagevermögen) bzw. strengen Niederstwertprinzips (Liquiditätsbestand) erforderlich ist. Positive Unwirksamkeiten bleiben dem Realisationsprinzip folgend ohne bilanziellen Ansatz.

### Aufrechnung

Forderungen und Verbindlichkeiten, die aus Geschäften mit der Eurex Clearing AG resultieren (Wertpapierpensions-, Optionsgeschäfte), werden miteinander aufgerechnet, sofern kumulativ erfüllt ist, dass diese Geschäfte in der gleichen Währung geführt werden und über gleiche Fälligkeiten verfügen.

Zum 31. Dezember 2016 betrug der Aufrechnungsbetrag in Summe 1.714,2 Mio € (Vj.: 5.310,1 Mio. €).

### Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige, überwiegend lineare Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten.

<b>Immaterielle Anlagewerte/Sachanlagen</b>	<b>Nutzungsdauer</b>
Gebäude	25/33/50 Jahre
Mietereinbauten	15/25/33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8–13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5–25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	3–8 Jahre
Fernsprechanlagen	8–11 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre
Software	3–5 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150,- € werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang behandelt. Für Wirtschaftsgüter bis 1.000,- € netto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die über 5 Jahre abgeschrieben werden. Das Wahlrecht nach § 6 Abs. 2a EStG wird seit Einführung einheitlich ausgeübt. Für Wirtschaftsgüter bis maximal 2.000,- € brutto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die differenziert je nach Anlagegruppe über 3 bis 13 Jahre abgeschrieben werden.

### **Rückstellungen**

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgt durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC) bzw. nach dem Barwertverfahren der erreichten Anwartschaft. Sie werden gem. Neufassung von § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB erstmals mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dabei wird ein Zinssatz von 4,01 % (Vj.: durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 3,89 %) zugrunde gelegt. Als Lohn- und Gehaltssteigerungen werden 2,5–5,0 % (Vj.: 2,5–5,0 %) und als Rententrend 1,0–2,0 % (Vj.: 1,0–2,0 %) angesetzt. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck 2005 G, IGSS-Sterbetafeln) verwendet. Im Geschäftsjahr 2016 wurde die Ausübung des Wahlrechtes gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB nicht mehr angewendet.

Die übrigen Rückstellungen sind zu dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

### **Währungsumrechnung**

Der Jahresabschluss wird in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt zu Kursen vom 30. Dezember 2016 16:30 Uhr. Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Soweit Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte durch Vermögensgegenstände, Schulden oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind, erfolgt die Erfolgsrealisierung nach § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB.

## **Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die sich nach Schluss des Geschäftsjahres ergeben haben und die eine deutlich andere Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erfordert hätten, liegen nicht vor.

# Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

## Bilanz

### Aktivseite

#### (1) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
<b>Fristengliederung (Restlaufzeit)</b>		
bis drei Monate	7.417	3.273
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.716	7.055
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.402	3.848
mehr als fünf Jahre	178	548
<b>Summe</b>	<b>12.713</b>	<b>14.724</b>
<b>darin sind enthalten:</b>		
Forderungen an verbundene Unternehmen	4.985	5.275
Forderungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	39	33
Nachrangige Forderungen	40	40

#### (2) Forderungen an Kunden

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
<b>Fristengliederung (Restlaufzeit)</b>		
bis drei Monate	2.834	2.908
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.304	1.544
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.900	5.010
mehr als fünf Jahre	8.957	7.262
davon mit unbestimmter Laufzeit	(995)	(1.181)
<b>Summe</b>	<b>17.995</b>	<b>16.724</b>
<b>darin sind enthalten:</b>		
Forderungen an verbundene Unternehmen	575	601
Forderungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	122	40
Nachrangige Forderungen	44	0

**(3) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
<b>von in diesem Bilanzposten enthaltenen Wertpapieren sind:</b>		
börsenfähig	11.271	12.545
börsennotiert	11.221	12.385
nicht börsennotiert	50	160
davon im Folgejahr fällig	2.753	3.276

Für folgende Wertpapiere des Anlagevermögens wurde auf Abschreibungen auf den beizulegenden Zeitwert gem. § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB verzichtet, weil die Wertminderung nicht als dauerhaft angesehen wird:

in Mio. €	Buchwerte	beizulegende Zeitwerte	unterlassene Abschreibungen kumuliert	
			31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen	396	393	3	40
<b>Insgesamt</b>	<b>396</b>	<b>393</b>	<b>3</b>	<b>40</b>

Die LBB/BSK hat die Absicht und die Fähigkeit, vorübergehend im Wert geminderte Wertpapiere des Anlagevermögens bis zur Endfälligkeit zu halten. Dabei unterliegen die Positionen einem laufenden standardisierten Überwachungsverfahren. In der LBB/BSK werden Wertminderungen für Schuldverschreibungen als nicht dauerhaft angesehen, wenn sie allein auf zins-, liquiditäts- bzw. credit-spread-induzierte Wertschwankungen zurückzuführen sind. Da die hier ausgewiesenen Wertminderungen nicht auf eine wesentliche Verschlechterung der Bonität der Emittenten zurückzuführen sind und keine Zweifel an der künftig störungsfreien Bedienung der Zinszahlungen und Tilgungen bestehen, war keine dauernde Wertminderung zum Bilanzstichtag anzunehmen. Im Falle, dass dauerhafte Wertminderungen identifiziert werden, erfolgt eine entsprechende Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert.

**(4) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
<b>von in diesem Bilanzposten enthaltenen Wertpapieren sind:</b>		
börsenfähig	63	56
börsennotiert	3	0
nicht börsennotiert	60	56

Folgende Anteile oder Anlageaktien an inländischem Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen überstiegen eine Anteilsquote von 10 %:

31.12.2016 in Mio. €	Buchwert (BW)	Marktwert (MW)	Differenz MW-BW	Aus- schüttung	unterlassene Abschreibun- gen
Rentenfonds	246	250	4	2	0

**(5) Handelsbestand aktiv<sup>1)</sup>**

Beizulegender Zeitwert in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	58
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	19
derivative Finanzinstrumente	0	959
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>1.036</b>
Risikoabschlag (VaR)	0	-3
<b>Summe</b>	<b>0</b>	<b>1.033</b>

1) Aufgabe Handelsbuchstatus zum 1. Januar 2016

**(6) Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen**

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
<b>Im Bilanzposten Beteiligungen sind enthalten:</b>		
börsenfähig	3	3
börsennotiert	0	0
nicht börsennotiert	3	3
<b>Im Bilanzposten Anteile an verbundenen Unternehmen sind enthalten:</b>		
börsenfähig	0	0
börsennotiert	0	0
nicht börsennotiert	0	0

**Liste des Anteilsbesitzes nach §§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB**

Stand: 31. Dezember 2016 in Tsd. €

<b>Verbundene Unternehmen</b>						
Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
1.	BSK Immobilien GmbH, Berlin <sup>2), 3)</sup>	100,00		EUR	101	410
2.	CidSI Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin <sup>3)</sup>	100,00		EUR	126	-25
3.	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin <sup>3), 8)</sup>	10,12		EUR	-44.419	-1.699
4.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin <sup>3)</sup>	99,93		EUR	-4.049	-198
5.	Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR – STADT UND LAND-Fonds 1 –, Berlin <sup>3)</sup>	74,37		EUR	-4.394	-143
6.	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1), 3)</sup>	100,00		EUR	14	-5
7.	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin <sup>3)</sup>	100,00		EUR	73	-11
8.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin <sup>6)</sup>	100,00		EUR	1.534	0
9.	LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg <sup>3)</sup>	100,00		EUR	3.400	0
10.	S-Kreditpartner GmbH, Berlin <sup>3), 5)</sup>	66,67		EUR	411.860	36.549
11.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin <sup>2), 3)</sup>	100,00		EUR	1.036	0
12.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1), 3), 7)</sup>	100,00		EUR	1.120	287
<b>Sonstige Unternehmen</b>						
13.	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main <sup>3)</sup>	2,44		EUR	212.967	16.035
14.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin <sup>3)</sup>	22,07		EUR	10.798	554
15.	BÜRGSCHAFTSBANK BRANDENBURG GmbH, Potsdam <sup>3)</sup>	0,76		EUR	26.328	1.340
16.	ConCardis Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Eschborn <sup>3)</sup>	2,17		EUR	74.914	24.202
17.	Deka Anteilseigner GmbH, Neuhausen <sup>3)</sup>	3,00		EUR	47	5
18.	Deka Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG, Neuhausen <sup>3)</sup>	3,13		EUR	1.808.466	81.589
19.	Deutsche Factoring Bank GmbH & Co. KG, Bremen <sup>3)</sup>	12,00		EUR	139.608	22.860
20.	Deutsche Factoring GmbH, Bremen <sup>3)</sup>	12,00		EUR	178	-107
21.	Deutscher Sparkassen- und Giroverband ö. K., Berlin <sup>3)</sup>	3,79		EUR	877.197	-3.637
22.	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart <sup>3)</sup>	2,70		EUR	140.953	13.719
23.	Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v. d. Höhe <sup>3)</sup>	3,86		EUR	606.048	45.348
24.	EURO Kartensysteme GmbH, Frankfurt am Main <sup>3)</sup>	2,17		EUR	329.788	66
25.	Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main <sup>3)</sup>	7,85	7,80	EUR	20.128	61.023

1) Mittelbar gehalten.

2) Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag.

3) Es liegen Daten zum 31. Dezember 2015 vor.

4) Es liegen Daten zum 2. November 2015 vor.

5) Tochterunternehmen, aber keine Beherrschung trotz Mehrheit der Kapital- und Stimmrechte aufgrund abweichender Regelung in der Satzung bzgl. höherer Mehrheitserfordernisse

6) Es liegen Zahlen zum 31. August 2016 vor. Die LBB-Immobilien-Service GmbH ist mit HR-Eintragung vom 16. Januar 2017 und wirtschaftlicher Wirkung zum Ablauf des 31. August 2016 auf die Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH verschmolzen worden. Der Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag endet mit Wirksamkeit der Verschmelzung.

7) Die Gesellschaft wird mit Wirksamkeit der Verschmelzung (HR-Eintrag vom 16. Januar 2017) unmittelbar gehalten.

8) Im Konzern werden weitere Anteile an dem Unternehmen gehalten, daher erfolgt gem. § 271 Abs. 2 HGB der Ausweis als verbundenes Unternehmen.



26. Finanz Informatik Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main <sup>3)</sup>	6,00		EUR	103	1
27. IFB Institut für Bahntechnik GmbH, Berlin <sup>3)</sup>	6,67		EUR	2.080	167
28. Josef Meyer Immobilien Verwaltungs KG – Alexanderhaus Immobilien-Fonds, Berlin <sup>3)</sup>	24,24		EUR	-40.480	8.080
29. LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Hannover <sup>3)</sup>	12,00		EUR	297.458	0
30. Liquiditäts-Konsortialbank GmbH i. L., Frankfurt am Main <sup>4)</sup>	1,26		EUR	230.536	-5.996
31. Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam <sup>3)</sup>	15,56		EUR	16.323	1.329
32. NordEK Norddeutsche Einkaufskoordinationsgesellschaft der Berliner Sparkasse und der Norddeutschen Landesbank Girozentrale, Berlin/Hannover <sup>3)</sup>	0,00	50,00	EUR	185	11
33. Partner für Berlin Holding Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing mbH, Berlin <sup>3)</sup>	4,12		EUR	1.783	35
34. PineBridge New Europe Partners, L.P., Grand Cayman <sup>3)</sup>	11,09		EUR	550	-75
35. RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München <sup>3)</sup>	14,20		EUR	14.280	1.159
36. S CountryDesk GmbH, Köln <sup>3)</sup>	2,50		EUR	370	47
37. VISA Inc., San Francisco <sup>3)</sup>	0,01	0,00	USD	27.410.673	5.812.437
38. WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, Pullach <sup>3)</sup>	49,00	36,30	EUR	-1.210	392
<b>Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften (§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz HGB i.V.m. § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB)</b>					
39. SCHUFA Holding AG, Wiesbaden <sup>3)</sup>	5,10		EUR	58.073	20.747

## Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin AG

Gesellschaft
1. BSK Immobilien GmbH, Berlin
2. LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin
3. Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin

1) Mittelbar gehalten.

2) Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag.

3) Es liegen Daten zum 31. Dezember 2015 vor.

4) Es liegen Daten zum 2. November 2015 vor.

5) Tochterunternehmen, aber keine Beherrschung trotz Mehrheit der Kapital- und Stimmrechte aufgrund abweichender Regelung in der Satzung bzgl. höherer Mehrheitsfordernisse

6) Es liegen Zahlen zum 31. August 2016 vor. Die LBB-Immobilien-Service GmbH ist mit HR-Eintragung vom 16. Januar 2017 und wirtschaftlicher Wirkung zum Ablauf des 31. August 2016 auf die Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH verschmolzen worden. Der Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag endet mit Wirksamkeit der Verschmelzung.

7) Die Gesellschaft wird mit Wirksamkeit der Verschmelzung (HR-Eintrag vom 16. Januar 2017) unmittelbar gehalten.

8) Im Konzern werden weitere Anteile an dem Unternehmen gehalten, daher erfolgt gem. § 271 Abs. 2 HGB der Ausweis als verbundenes Unternehmen.

**(7) Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen****Immaterielle Anlagewerte**

Die Forschungs- und Entwicklungskosten belaufen sich im Geschäftsjahr auf 0,6 Mio. € (Vj.: 0,3 Mio. €), davon entfallen 0,1 Mio. € (Vj.: 0,1 Mio. €) auf selbst geschaffene Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens.

**Sachanlagen**

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
<b>in diesem Bilanzposten sind enthalten:</b>		
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	23	23
Betriebs- und Geschäftsausstattung	57	64

**Entwicklung der Immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen**

in Mio. €	a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gew. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	c) geleistete Anzahlungen	Immaterielle Anlagewerte gesamt	Sachanlagen
<b>Buchwert zum 31.12.2015</b>	2	22	0	24	87
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2015</b>	3	179	0	182	287
Zugänge 2016	0	4	0	4	9
davon aktivierte Zinsen für Fremdkapital	0	0	0	0	0
Abgänge 2016	0	5	0	5	24
Umbuchungen 2016	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2016</b>	3	178	0	181	272
<b>Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2015</b>	1	157	0	158	200
Zugänge 2016 <sup>1)</sup>	0	10	0	10	11
Abgänge 2016	0	5	0	5	18
Zuschreibungen 2016	0	0	0	0	0
Umbuchungen 2016	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0
<b>Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2016</b>	1	162	0	163	193
<b>Buchwert zum 31.12.2016</b>	2	16	0	18	79

1) Im laufenden Jahr wurden keine Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB (Vj.: 0 Mio. €) vorgenommen.

**(8) Sonstige Vermögensgegenstände**

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen aus Collateral	947	601
Forderungen aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	362	118
Übrige	104	39
<b>Insgesamt</b>	<b>1.413</b>	<b>758</b>

**(9) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten**

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
<b>in diesem Bilanzposten sind enthalten:</b>		
Unterschiedsbetrag zwischen Nenn- und Auszahlungsbetrag von Forderungen	30	46
Unterschiedsbetrag zwischen Nenn- und Auszahlungsbetrag von Wertpapieren	0	1
Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	5	3

**Mehrere Aktivposten betreffende Angaben****(10) Entwicklung des Finanzanlagevermögens**

in Mio. €	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere <sup>1)</sup>	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
<b>Buchwert zum 31.12.2015<sup>2)</sup></b>	<b>5.018</b>	<b>242</b>	<b>142</b>	<b>246</b>
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2015<sup>2)</sup></b>	<b>5.026</b>	<b>278</b>	<b>206</b>	<b>257</b>
Zugänge 2016	592	0	31	24
Abgänge 2016	1.806	0	0	2
Umbuchungen 2016	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	6	0	0	0
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2016<sup>2)</sup></b>	<b>3.818</b>	<b>278</b>	<b>237</b>	<b>279</b>
<b>Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2015</b>	<b>8</b>	<b>36</b>	<b>64</b>	<b>11</b>
Zugänge 2016 <sup>3)</sup>	24	0	0	0
Abgänge 2016	0	0	0	0
Zuschreibungen 2016	8	4	0	0
Umbuchungen 2016	-5	0	12	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0
<b>Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2016</b>	<b>19</b>	<b>32</b>	<b>76</b>	<b>11</b>
<b>Buchwert zum 31.12.2016<sup>2)</sup></b>	<b>3.799</b>	<b>246</b>	<b>161</b>	<b>268</b>

1) In Vorjahren wurden Wertpapiere aus der Liquiditätsreserve in das Finanzanlagevermögen umgewidmet. Die Buchwerte bei Umwidmung wurden als Anschaffungskosten behandelt. Sofern sich in der Liquiditätsreserve vorgenommene Abschreibungen nach der Umwidmung als nicht dauerhaft erwiesen, erfolgte die Zuschreibung. Der Buchwert solcher Wertpapiere lag dann über den im Anlagespiegel genannten Anschaffungskosten. Die tatsächlichen historischen Anschaffungskosten wurden nicht überschritten.

2) Nicht enthalten sind anteilige Zinsen. Diese betragen in 2016 20 Mio. € (Vj.: 23 Mio. €).

3) In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurden im laufenden Jahr Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB in Höhe von 24 Mio. € (Vj.: 0 Mio. €) und nach § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB in Höhe von 0 Mio. € (Vj.: 9 Mio. €) vorgenommen.

## Passivseite

### (11) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
<b>Fristengliederung (Restlaufzeit)</b>		
bis drei Monate	4.895	7.345
mehr als drei Monate bis ein Jahr	232	437
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	718	746
mehr als fünf Jahre	419	403
<b>Summe</b>	<b>6.264</b>	<b>8.931</b>
<b>darin sind enthalten:</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	549	531
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11	43

### (12) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
<b>Fristengliederung (Restlaufzeit) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten</b>		
bis drei Monate	96	506
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.491	2.246
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	9	12
mehr als fünf Jahre	1	1
<b>Summe</b>	<b>2.597</b>	<b>2.765</b>
<b>Fristengliederung (Restlaufzeit) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ohne Spareinlagen</b>		
bis drei Monate	21.915	20.224
mehr als drei Monate bis ein Jahr	83	550
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	362	411
mehr als fünf Jahre	139	63
<b>Summe</b>	<b>22.499</b>	<b>21.248</b>
<b>in diesem Bilanzposten sind enthalten:</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	274	85
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12	12

### (13) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
<b>darin sind enthalten:</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	67	64
im Folgejahr fällige begebene Schuldverschreibungen	1.063	1.847

**(14) Handelsbestand passiv<sup>1)</sup>**

Beizulegender Zeitwert in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten	0	174
derivative Finanzinstrumente	0	376
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>550</b>
Risikoabschlag (VaR)	0	0
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>550</b>

1) Aufgabe Handelsbuchstatus zum 1. Januar 2016

**(15) Sonstige Verbindlichkeiten**

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten aus Collateral	821	703
Verbindlichkeiten aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	349	118
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	16	21
Verbindlichkeiten ggü. Finanzbehörden	2	3
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	0	5
Übrige	125	89
<b>Insgesamt</b>	<b>1.313</b>	<b>939</b>

**(16) Passive Rechnungsabgrenzungsposten**

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
<b>in diesem Bilanzposten sind enthalten:</b>		
Unterschiedsbetrag zwischen Nenn- und Auszahlungsbetrag von Forderungen	3	4

**(17) Rückstellungen**

Entwicklung der Pensionsrückstellungen:

in Mio. €	31.12.2015	Verbrauch	Auflösung	Umbuchung	Zuführung	Aufzinsung	31.12.2016
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	852	36	21	-1	130	37	961
<b>Insgesamt</b>	<b>852</b>	<b>36</b>	<b>21</b>	<b>-1</b>	<b>130</b>	<b>37</b>	<b>961</b>

Der in Anwendung der Übergangsregelung gem. Art. 67 Abs. 1 EGHGB noch nicht ausgewiesene Rückstellungsbetrag von 115 Mio. € wurde zum 30. Juni 2016 vollständig aufgefüllt.

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 129 Mio. €.

Entwicklung der Steuerrückstellungen und der anderen Rückstellungen:

in Mio. €	31.12.2015	Verbrauch	Auflösung	Umbuchung	Zuführung	Aufzinsung	31.12.2016
<b>Steuerrückstellungen</b>	<b>4</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>3</b>
Restrukturierung	302	34	34	-13	6	14	241
Finanzgeschäfte	4	0	3	1	2	0	4
Kreditgeschäft	10	0	2	0	1	0	9
Personalbereich	83	25	6	13	42	2	109
Sparprämien	8	7	0	0	7	0	8
Ankaufsverpflichtungen aus Immobilienfonds	57	13	19	0	0	6	31
Sonstige	134	35	33	3	46	1	116
<b>andere Rückstellungen insgesamt</b>	<b>598</b>	<b>114</b>	<b>97</b>	<b>4</b>	<b>104</b>	<b>23</b>	<b>518</b>

In den sonstigen anderen Rückstellungen sind weitere Rückstellungen mit Bezug auf das Kundengeschäft in Höhe von 50 Mio. € (Vj.: 66 Mio. €) und aus der Abrechnung von Lieferungen und Leistungen in Höhe von 41 Mio. € (Vj.: 39 Mio. €) enthalten.

#### (18) Nachrangige Verbindlichkeiten

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung der nachrangigen Verbindlichkeiten kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Bis zum Ende des Jahres 2027 werden 845,1 Mio. € der nachrangigen Verbindlichkeiten zur Rückzahlung fällig. Im Folgejahr liegen keine Fälligkeiten. Die Ursprungslaufzeiten liegen zwischen 10 und 30 Jahren.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 224,6 Mio. € (Vj.: 212,3 Mio. €) und gegenüber Beteiligungsunternehmen in Höhe von 20,6 Mio. € (Vj.: 20,0 Mio. €).

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 19,2 Mio. € (Vj.: 20,9 Mio. €) unter Berücksichtigung von Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 28,0 Mio. € (Vj.: 26,5 Mio. €).

Die Voraussetzungen zur Zurechnung zum aufsichtsrechtlichen Eigenkapital sind für einen Bestand in Höhe von 483,4 Mio. € (Vj.: 629,9 Mio. €) erfüllt.

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrages:

31.12.2016 lfd. Nr.	Nominalwerte in Mio. Währung		Nominalwerte in Mio. €	Zinssatz in %	Fälligkeit
(1)	EUR	500	500	5,8750	2019
(2)	JPY	15.000	122	5,1500	2027

**(19) Eigenkapital**

Das Grundkapital betrug gemäß § 3 der Satzung der LBB zum 31. Dezember 2016 1.200,0 Mio. € und ist in 1.200.000.000 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Daneben besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 920,0 Mio. € (Vj.: 920,0 Mio. €) und eine Gewinnrücklage in Höhe von 41,2 Mio. € (Vj.: 41,2 Mio. €).

Die Gewinnrücklagen sind in der Höhe des Restbuchwerts der aktivierten, selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenstände von 1,3 Mio. € (Vj.: 1,6 Mio. €) ausschüttungsgesperrt.

Die Eigenkapitalrentabilität beträgt 12,2 % (Vj.: 0,6 %).

**(20) Als Sicherheiten übertragene Vermögensgegenstände**

Nominalwert in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
<b>verpfändet bei dem ESZB</b>		
Anleihen und Schuldverschreibungen <sup>1)</sup>	3.628	4.051
Wirtschaftskredite <sup>2)</sup>	935	1.156
<b>bei der Eurex hinterlegt</b>		
Anleihen und Schuldverschreibungen <sup>1)</sup>	607	551
<b>Sicherheitenstellung i. R. v. Pensions- und Leihegeschäften</b>		
Anleihen und Schuldverschreibungen	38	35
<b>Deckungsmasse für begebene Pfandbriefe</b>		
Anleihen und Schuldverschreibungen	305	407
<b>Insgesamt</b>	<b>5.513</b>	<b>6.200</b>

1) Vorjahresangaben angepasst. In Summe ergeben sich keine Veränderungen.

2) Beleihungswert

## Gewinn- und Verlustrechnung

### (21) Zinsüberschuss

in Mio. €	2016	2015
<b>Zinserträge</b>	<b>819</b>	<b>956</b>
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	751	854
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	68	102
<b>Laufende Erträge</b>	<b>42</b>	<b>28</b>
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	2	3
aus Beteiligungen	15	25
aus verbundenen Unternehmen	25	0
<b>Erträge aus Gewinngemeinschaften</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Zinsaufwendungen</b>	<b>98</b>	<b>251</b>
für Einlagen	35	105
für verbrieftete Verbindlichkeiten	44	125
für nachrangige Verbindlichkeiten	19	21
<b>Insgesamt</b>	<b>763</b>	<b>733</b>

Im Zinsüberschuss sind aperiodische Zinsaufwendungen in Höhe von 0,3 Mio. € (Vj.: 0,1 Mio. €) und aperiodische Zinserträge in Höhe von 0,4 Mio. € (Vj.: 0,9 Mio. €) enthalten.

Von der LBB/BSK in 2016 erzielte Zinserfolge, die aufgrund der derzeitigen Marktverhältnisse aus negativen Zinsen resultieren, sind in den Zinserträgen in Höhe von 25 Mio. € (Vj.: 7 Mio. €) und in den Zinsaufwendungen in Höhe von 41 Mio. € (Vj.: 13 Mio. €) enthalten.

### (22) Provisionsüberschuss

in Mio. €	2016	2015
<b>Wertpapier- und Emissionsgeschäft</b>	<b>38</b>	<b>33</b>
<b>Zahlungsverkehr/Kontoführung</b>	<b>101</b>	<b>95</b>
<b>Kreditgeschäft</b>	<b>30</b>	<b>28</b>
Kreditgeschäft	25	26
Avalprovisionen	1	0
Auslandsgeschäft	4	2
<b>Kartengeschäft</b>	<b>51</b>	<b>70</b>
<b>Sonstiges Dienstleistungsgeschäft</b>	<b>14</b>	<b>18</b>
Sorten-/Devisengeschäft	0	1
Sonstige Dienstleistungen	14	17
<b>Insgesamt</b>	<b>234</b>	<b>244</b>

Die wesentlichen an Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung entfallen auf die Vermittlung von Produkten an Verbundpartner (Kredite, Versicherungen, Vermögensverwaltungen und Bausparverträge).



**(23) Nettoaufwand/Nettoertrag des Handelsbestands<sup>1)</sup>**

Es wird auf die Erläuterung im Abschnitt Bewertung des Handelsbestandes verwiesen.

in Mio. €	2016	2015
Nettoaufwand/Nettoertrag des Handelsbestands	0	12

1) Aufgabe Handelsbuchstatus zum 1. Januar 2016

**(24) Andere Verwaltungsaufwendungen**

in Mio. €	2016	2015
Sonstige Konzernleistungsverrechnung	115	122
EDV	107	111
Gebäude- und Raumkosten	90	99
Geschäftsbetriebskosten	74	76
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	37	35
Werbung und Marketing	26	25
Aufwand aus Bankenangabe	14	0
Personalabhängige Sachkosten	3	8
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2
<b>Insgesamt</b>	<b>468</b>	<b>478</b>

Auf die Angabe des vom Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars wird gemäß § 285 Nr. 17 letzter Satzteil HGB verzichtet. Hierbei wurde IDW RS HFA 36 n.F. bereits für das Geschäftsjahr 2016 angewandt.

**(25) Sonstiges betriebliches Ergebnis**

Im Saldo der sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge wirkten verschiedene Sondereffekte.

Zuführungen zu Pensionsrückstellungen gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB wurden in Höhe von 115 Mio. € (Vj.: 13 Mio. €) vorgenommen. Diese sind gemäß Art. 2 Abs. 5 BilRUG erstmalig in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen anstatt in den außerordentlichen Aufwendungen auszuweisen.

Demgegenüber standen unter anderem Auflösungen von Restrukturierungsrückstellungen von 34 Mio. € sowie von Pensionsrückstellungen aufgrund der gesetzlichen Änderung zum Abzinsungssatz von 21 Mio. €, Erträge aus einem Beteiligungsverkauf in Höhe von 20 Mio. € sowie Auflösungen von Rückstellungen für Ankaufverpflichtungen aus Immobilienfonds in Höhe von 19 Mio. €.

Aus der Währungsumrechnung ergaben sich Aufwendungen/Erträge in Höhe von 23 Mio. € (Vj.: 12 Mio. €).

**(26) Risikovorsorge**

in Mio. €	2016	2015
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	17	77
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	2	0
<b>Insgesamt</b>	<b>19</b>	<b>77</b>

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt. Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft wurden Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung entsprechend erhöht, weil sich entweder die Sicherheitenbewertung und/oder die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Engagements, für die keine Einzelwertberichtigung erforderlich ist, werden pauschal wertberichtigt. Die Pauschalwertberichtigung wird auf Basis eines Portfolioansatzes unter Einbeziehung der Parameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Sicherheiten sowie Erlös- und Einbringungsquoten ermittelt.

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft hat sich wie folgt entwickelt<sup>1)</sup>:

in Mio. €	Adressenrisiko								Länderrisiko Kreditgeschäft		Summe			
	Direkt- abschreibungen		Einzelwert- berichtigung		Pauschalwert- berichtigung		Rückstellungen Kreditgeschäft				Bestand		GuV	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
<b>Stand 01.01.</b>			521	525	89	91	10	7	14	20	634	643		
Zuführungen	0	0	66	122	0	2	1	1	1	1	68	126	68	126
Inanspruch- nahmen	0	0	90	80	0	0	0	0	0	0	90	80	0	0
Auflösungen	0	0	55	42	1	0	2	2	5	6	63	50	63	50
Direkt- abschrei- bungen	14	11	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	14	11
Eingänge auf abgeschrie- bene Forde- rungen	2	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	10
Umbu- chungen <sup>2)</sup>	0	0	-1	-4	0	-4	0	4	0	-1	-1	-5	0	0
Wechsel- kurs- änderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Stand 31.12.<sup>1)</sup></b>	<b>12</b>	<b>1</b>	<b>441</b>	<b>521</b>	<b>88</b>	<b>89</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>14</b>	<b>548</b>	<b>634</b>	<b>17</b>	<b>77</b>

1) ohne EWB auf Altkredite in Höhe von 2,2 Mio. € (Vj.: 2,8 Mio. €)

2) Auflösungen zu Gunsten der sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 1,3 Mio. € (Vj.: 4,7 Mio. €)

Der Bestand der Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute	42	46
Forderungen an Kunden <sup>1)</sup>	497	570
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	8
Rückstellungen	9	10
<b>Insgesamt</b>	<b>548</b>	<b>634</b>

1) Angaben ohne Altkredite

### (27) Außerordentliche Aufwendungen

Außerordentliche Aufwendungen und Erträge waren im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht zu verzeichnen.

### (28) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Aufgrund der steuerlichen Organschaft mit der LBBH wird das inländische Ergebnis bei ihr versteuert. Latente Steuern, die auf temporäre Differenzen der LBB/BSK entfallen, werden ebenfalls beim Organträger LBBH ausgewiesen.

### (29) Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen

in Mio. €	Private Kunden	Firmenkunden	Treasury und Sonstiges	Gesamt
Zinsüberschuss	318	219	226	763
Provisionsüberschuss	199	50	-15	234
Nettoaufwand/Nettoertrag des Handelsbestands	0	0	0	0

### (30) Sonstiges

Die LBB/BSK hat zum 21. Juni 2016 ihren Anteil an der VISA Europe Ltd. an die VISA Inc. (USA) übertragen. Basis hierfür war die Ausübung einer Put-Option durch VISA Europe Ltd. an die VISA Inc. (USA). Als Gegenleistung hat die LBB/BSK 76 Mio. € und 25.636 zunächst nur beschränkt veräußerbare Aktien der VISA Inc. erhalten. Die Aktien werden mit dem Buchwert des übertragenen Anteils an der VISA Europe Ltd. bilanziert. Zusätzlich erhielt die LBB/BSK in diesem Zusammenhang eine nachträgliche Kaufpreiszahlung aus einer bereits in 2015 erfolgten Beteiligungsveräußerung in Höhe von 20 Mio. €.

## Sonstige Angaben

### **(31) Außerbilanzielles Geschäft/Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des ehemaligen Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist durch die LBBH ein Festbetrag von jährlich 15,0 Mio. € zu zahlen. Nach der erwähnten Vereinbarung zum Innenausgleich werden diese Kosten nach dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie abgeschirmten Kredite zwischen den Begünstigten aufgeteilt. Der von der LBB/BSK zu tragende Anteil betrug in 2016 5,6 Mio. € (Vj.: 5,9 Mio. €).

Im Rahmen einer Vereinbarung zur Vorbereitung des Verkaufs der Anteile an der Weberbank war es erforderlich, den Komplementären der Weberbank eine Rückhaftung für ihre gesetzliche Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank zu gewähren. Diese Verpflichtung ist hinsichtlich zweier Komplementäre auf Ansprüche beschränkt, die bis zum 31. August 2005 entstanden sind und hinsichtlich eines weiteren Komplementärs auf Ansprüche, die bis zum 9. Dezember 2005 entstanden sind. Sie stellt kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko für die verpflichteten Unternehmen dar. Nach Auffassung der LBB/BSK und der LBBH sind die genannten Verpflichtungen nicht als Kredite im Sinne des Kreditwesengesetzes zu behandeln.

Die LBB/BSK ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und damit auch im als Institutssicherungssystem anerkannten Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe. Das jährlich zu berechnende Zielvolumen der im Sicherungssystem vorzuhaltenden Finanzmittel ist von den Mitgliedsinstituten bis zum 3. Juli 2024 aufzubringen (Auffüllphase). Der dafür erforderliche jährliche Beitrag wird vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) als Träger des Sicherungssystems ermittelt. Hieraus resultiert zum Bilanzstichtag eine unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung im Sinne des § 285 Nr. 3a HGB in Höhe von 3,4 Mio. €. Als Sicherheit hierfür wurden die Ansprüche aus einem Geldkonto bei der Deutschen Bundesbank verpfändet. Darüber hinaus können im Falle eines Entschädigungs- oder Stützungsfalles eines Mitgliedsinstitutes sofortige Sonder- oder Zusatzbeiträge erhoben werden, deren Höhe aus heutiger Sicht nicht voraussehbar ist.

Im Rahmen der Gründung der S-Kreditpartner GmbH (SKP) haben die Gesellschafter Kreditbestände in die Gesellschaft übertragen. Für diese Kreditportfolien wurden jeweils Ertragswerte ermittelt. Die Gesellschafter übernahmen dabei eine Garantie für die im Rahmen der Ertragswertermittlung angesetzten Cash Flows aus den Kreditverträgen (Zins- und Tilgungsleistungen, Provisionszahlungen, erwartete Kreditausfälle). In 2016 erfolgte eine finale Abrechnung der übernommenen Garantien. Dabei wurde vereinbart, den Garantzeitraum zum 31. Dezember 2015 zu beenden.

Patronatserklärungen sind durch die LBB/BSK nicht abgegeben. Das Patronat zugunsten der Berlin Hyp AG endete zum 31. Dezember 2014. Für die bis zum 31. Dezember 2014 eingegangenen Verpflichtungen der Berlin Hyp AG besteht das Patronat fort; von etwaigen Ansprüchen Dritter wurde die LBB/BSK durch Verpflichtungserklärung der LBBH freigestellt.

Aus Mietverträgen mit einzelnen Laufzeiten bis in das Jahr 2027 ergeben sich zukünftige Belastungen von insgesamt 620,4 Mio. € (Vj.: 683,7 Mio. €).

Die LBB/BSK ist Generalmieter des Objektes Alexanderhaus. Im Rahmen der von ihr beauftragten Umbaumaßnahmen im Alexanderhaus stellte die LBB/BSK den Fonds als Vermieter und die Fondszeichner von den steuerlichen und sonstigen finanziellen Schäden und Nachteilen im Zusammenhang mit den Umbaumaßnahmen und der Untervermietung des Objektes frei. Die Freistellungen gegenüber den Fondszeichnern sind betraglich begrenzt auf 100 % ihrer Pflichteinlage (88,6 Mio. €). Die Freistellungen gegenüber dem Fonds unterliegen keiner vertraglichen Beschränkung. Wirtschaftliche Risiken aus den Freistellungen sind derzeit weder erkennbar noch quantifizierbar. Eine Inanspruchnahme der LBB/BSK aus diesen Freistellungen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu erwarten.

Einzahlungsverpflichtungen für Beteiligungssachverhalte der Bank bestanden zum Jahresende in Höhe von 1,9 Mio. € (Vj.: 1,9 Mio. €).

Aus dem Vertrieb geschlossener Immobilienfonds ist die LBB/BSK verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile im Jahre 2019 zu einem Preis von 100 % des Nominalbetrags zu erwerben. Unter Berücksichtigung der seit 2014 erfolgten vorzeitigen Ausübung von Andienungsrechten besteht die Erwerbsverpflichtung zum 31. Dezember 2016 noch in Höhe von 57,9 Mio. € (Vj.: 79,5 Mio. €). Zur Abschirmung von sich daraus wahrscheinlich ergebenden Risiken besteht eine Rückstellung in Höhe von 30,9 Mio. € (Vj.: 57,3 Mio. €).

Wertpapierleihegeschäfte werden mit dem Ziel getätigt, die Lieferfähigkeit des Wertpapierhandels sicherzustellen und Shortbestände einzudecken sowie bestehende Handelspositionen gegen Gebühr zu verleihen. Dabei werden die entliehenen Wertpapiere in der Bilanz nicht ausgewiesen, verliehene Wertpapiere werden weiterhin bilanziert. Die Risiken aus diesen Geschäften bestehen im Settlementrisiko. Es lässt sich als Unterschiedsbetrag zwischen dem Marktwert der zugrunde liegenden Wertpapiere und den erhaltenen bzw. gestellten Sicherheiten definieren. Vorteile ergeben sich aus den Zusatzerträgen aus Leihegebühren für die verliehenen Wertpapiere. Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere im Wert von 100 Mio. € (Vj.: 145 Mio. €) verliehen und im Wert von 511 Mio. € (Vj.: 670 Mio. €) entliehen.

Für die LBB/BSK besteht eine Nachschussverpflichtung für den Clearing-Fonds bei der Eurex Clearing AG, Frankfurt am Main. Sofern dieser Fonds nach einem Verwertungsereignis bei Ausfall eines anderen Clearing-Mitglieds nicht ausreichen sollte, können die nicht betroffenen Clearing-Mitglieder bis zu einer Haftungsgrenze in Höhe der zweifachen Beitragspflicht in Anspruch genommen werden. Zum 31. Dezember 2016 beträgt die Haftungsgrenze 30,0 Mio. € (Vj.: 79,6 Mio. €).

**(32) Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen**

Die LBB/BSK hat gegenüber der DekaBank zugunsten der jeweiligen Inhaber von Teilschuldverschreibungen zu den Emissionen die unbedingte und unwiderrufliche Garantie für die Erfüllung sämtlicher Pflichten der DekaBank aus oder im Zusammenhang mit den Emissionen übernommen. Die Eventualverbindlichkeit in Höhe von 645 Mio. € per 31. Dezember 2016 (Vj.: 1.410 Mio. €) wird mit dem jeweiligen Marktwert der ausstehenden Zertifikate unter der Bilanz ausgewiesen. Aufgrund der Besonderheit des Zertifikatesgeschäfts kann sich durch Kurssteigerungen ein höherer Garantiebtrag ergeben.

Das Risiko einer Inanspruchnahme der unter der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungsverträgen und unwiderruflichen Kreditzusagen wird aufgrund der gegenwärtigen Bonität und des bisherigen Zahlungsverhaltens der Kreditnehmer als gering eingeschätzt. Erkennbare Anhaltspunkte, die eine andere Beurteilung erforderlich machen würden, liegen nicht vor.

**(33) Pensionsgeschäfte**

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 2.680 Mio. € (Vj.: 5.415 Mio. €).

**(34) Bewertungseinheiten**

Grundgeschäfte wurden mit folgenden Beträgen in die Bewertungseinheiten einbezogen und gegen folgende Risiken abgesichert:

31.12.2016	Grund- geschäft	Sicherungsgeschäft			
		Zins- änderungs- risiko	Währungs- risiko	Aktien- risiko	Bonitäts- risiko
Nominalwert in Mio. €					
Vermögensgegenstände	6.690	x	x		
Schulden	1.814	x	x		
schwebende Geschäfte	4.919	x	x	x	
darin sind Nominalwerte von Derivaten als Sicherungsgeschäfte enthalten: 12.745 Mio. € (Vj.: 9.606 Mio. €)					

**(35) Bestände in Fremdwährung**

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Vermögensgegenstände	1.122	1.594
Verbindlichkeiten	2.279	2.246

**(36) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite**

Im Berichtszeitraum wurden Anpassungen der bestehenden dienstvertraglichen Regelungen (Vorstandsverträge) für Herrn Volker Alt und Frau Tanja Müller-Ziegler vorgenommen. Der Aufsichtsrat der LBB/BSK hat in seiner Sitzung am 23. September 2016 beschlossen, die nicht ruhegehaltsfähige Vergütung für Herrn Alt von 100 Tsd. € auf 160 Tsd. € ab dem 1. Oktober 2016 und für Frau Müller-Ziegler von 100 Tsd. € auf 140 Tsd. € ab dem 1. Oktober 2016 und auf 160 Tsd. € ab dem 1. April 2017 zu erhöhen, die in monatlichen Teilbeträgen gezahlt wird.

Für Herrn Alt und Frau Müller-Ziegler wurde die turnusmäßige Überprüfung der ruhegehaltsfähigen Festgehälter durch eine Gehaltsanpassungsklausel ersetzt. Eine Gehaltsanpassung erfolgt zukünftig bezogen auf die nicht-ruhegehaltsfähige Komponente der Festgehälter und orientiert sich an der tariflichen Gehaltsdynamisierung im Bankengewerbe. Anpassungen der ruhegehaltsfähigen Komponente der Festgehälter sollen im Zuge von Vertragsverlängerungen besprochen werden.

Für die Herren Dr. Evers und Kulartz erfolgt die Überprüfung der ruhegehaltsfähigen Komponente der Festgehälter turnusmäßig (2-Jahresrhythmus) wieder im Jahr 2017. Es wurden über die dargelegten Anpassungen hinaus keine weiteren Anpassungen dienstvertraglicher Regelungen mit Wirkung für die Organmitglieder der LBB/BSK vorgenommen.

Der Aufsichtsrat der LBB/BSK hat in seiner Sitzung am 18. März 2016 über die variablen erfolgsabhängigen Vorstandsvergütungen intensiv beraten und auf Basis der für die jeweiligen Jahre geltenden Regelungen entschieden. Wie in den Vorjahren für die Geschäftsjahre 2011, 2013 und 2014 wurde für das Geschäftsjahr 2015 keine Zielantienne festgesetzt.

Für das Geschäftsjahr 2012 wurde eine Vorbehaltstantieme (3. Rate) i.H.v. 120 Tsd. € gewährt, die zu 50 % (60 Tsd. €) im Geschäftsjahr 2016 ausbezahlt wurde. Gleichfalls wurde die zur Nachhaltigkeitsprüfung anstehende 50%ige Sofortantienne für das Geschäftsjahr 2012 zu 81 % (113,4 Tsd. €) gewährt und ausgezahlt. Für die Nachhaltigkeitsprüfung für das Geschäftsjahr 2010 (50 % der festgesetzten Vorbehaltstantieme für 2010 (Rate 2), gebunden in nachhaltigen Instrumenten) wurden 80 % gewährt und ausgezahlt (92,16 Tsd. €). Ausgehend von dem Beschluss des Aufsichtsrates vom 26. Juni 2015 zur Verkürzung der Sperrfrist von drei Jahren auf ein Jahr wurden zur Nachhaltigkeitsprüfung für das Geschäftsjahr 2012 (50 % der festgesetzten Vorbehaltstantieme für 2012 (Rate 2), gebunden in nachhaltigen Instrumenten) 81 % gewährt und ausgezahlt (32,4 Tsd. €).

Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrates der LBB/BSK hat sich gegenüber dem 31. Dezember 2015 nicht verändert.

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrates der LBB/BSK wurden im Berichtszeitraum folgende Vergütungen zuteil:

in Tsd. €	2016	2015
Gesamtbezüge des Vorstands	2.771	3.537
<i>(davon erfolgsabhängige variable Vergütung)</i>	<i>(150)</i>	<i>(70)</i>
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats <sup>1)</sup>	310	282
Zuführung zu Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern	2.294	1.928
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt <sup>2)</sup>	8.128	7.134
in Tsd. €	<b>31.12.2016</b>	<b>31.12.2015</b>
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern zurückgestellt	10.738	8.444
für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Vorstandsmitgliedern oder deren Hinterbliebenen zurückgestellt	105.269	88.069

1) ohne Umsatzsteuer

2) darin enthalten für Vorjahre 555 Tsd. € (Vj.: 63 Tsd. €)

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o.ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in Tsd. €	31.12.2016	31.12.2015
an Mitglieder des Vorstands	3	9
an Mitglieder des Aufsichtsrats	288	299

Die Salden beinhalten Annuitätendarlehen, die zu marktüblichen Kundenkonditionen gewährt wurden, sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten. Die Veränderungen resultieren aus der Rückführung bestehender Annuitätendarlehen und einer insgesamt geringeren Inanspruchnahme von Dispositionskrediten; erlassen wurden keine Beträge.



Die Mitglieder des Vorstandes erhielten im Geschäftsjahr 2016 folgende Vergütungen:

in Tsd. €	Jahresvergütung			Sonstige Vergütungen <sup>1)</sup>	Gesamt
	Erfolgsunabhängige Vergütung	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2015	Erfolgsabhängige Vergütung für die Geschäftsjahre 2010 bis 2014		
<b>Mitglieder des Vorstands</b>					
Dr. Johannes Evers	860	0	89	41	990
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(330)</i>				
Volker Alt	495	0	0	20	515
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig<sup>2)</sup></i>	<i>(115)</i>				
Hans Jürgen Kulartz	659	0	61	28	748
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>				
Tanja Müller-Ziegler	490	0	0	28	518
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig<sup>2)</sup></i>	<i>(110)</i>				
<b>Vergütung 2016 gesamt</b>	<b>2.504</b>	<b>0</b>	<b>150</b>	<b>117</b>	<b>2.771</b>

1) Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 105 Tsd. € sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 3 Tsd. €; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt.

2) im Rahmen der monatlichen Bezüge gezahlt

Die Mitglieder des Vorstandes erhielten im Geschäftsjahr 2015 folgende Vergütungen:

in Tsd. €	Jahresvergütung			Sonstige Vergütungen <sup>1)</sup>	Gesamt
	Erfolgsunabhängige Vergütung	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2014	Erfolgsabhängige Vergütung für die Geschäftsjahre 2010 bis 2013		
<b>Mitglieder des Vorstands</b>					
Dr. Johannes Evers	860	0	42	40	942
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(330)</i>				
Volker Alt	480	0	0	30	510
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig<sup>3)</sup></i>	<i>(100)</i>				
Serge Demolière <sup>2)</sup>	854	0	3	6	863
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(408)</i>				
Hans Jürgen Kulartz	659	0	25	27	711
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>				
Tanja Müller-Ziegler	480	0	0	31	511
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig<sup>3)</sup></i>	<i>(100)</i>				
<b>Vergütung 2015 gesamt</b>	<b>3.333</b>	<b>0</b>	<b>70</b>	<b>134</b>	<b>3.537</b>

1) Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 124 Tsd. € sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 3 Tsd. €; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt.

2) bis 31. Oktober 2015

3) im Rahmen der monatlichen Bezüge gezahlt

Im Geschäftsjahr 2016 wurde die Ausübung des Wahlrechtes gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB aufgegeben; somit wurden folgende Leistungen für aktive Vorstandsmitglieder aufgewandt oder zurückgestellt:

in Tsd. €			
Mitglieder des Vorstands	Aufwand/Zuführung zu Rückstellungen in 2016	Bilanzierte Pensionsrückstellung	Barwert des Versorgungsanspruchs per 31.12.2016
Dr. Johannes Evers <sup>1)</sup>	1.101	5.130	5.130
Volker Alt	96	332	332
Hans Jürgen Kulartz <sup>1)</sup>	1.002	4.947	4.947
Tanja Müller-Ziegler	95	329	329
<b>Insgesamt</b>	<b>2.294</b>	<b>10.738</b>	<b>10.738</b>

1) Für die vor dem 1. Januar 2010 eingetretenen Vorstandsmitglieder kommt die Übergangsvorschrift des BilMoG nicht zur Anwendung und die Pensionsverpflichtungen werden in vollem Umfang gebildet.

Folgende Leistungen wurden im Geschäftsjahr 2015 für aktive Vorstandsmitglieder aufgewandt oder zurückgestellt:

in Tsd. €			
Mitglieder des Vorstands	Aufwand/Zuführung zu Rückstellungen in 2015 <sup>1)</sup>	Bilanzierte Pensionsrückstellung	Barwert des Versorgungsanspruchs per 31.12.2015
Dr. Johannes Evers	861	4.029	4.781
Volker Alt <sup>2)</sup>	136	236	236
Hans Jürgen Kulartz	794	3.945	4.588
Tanja Müller-Ziegler <sup>2)</sup>	137	234	234
<b>Insgesamt</b>	<b>1.928</b>	<b>8.444</b>	<b>9.839</b>

1) inkl. 1/15 Erstanwendung BilMoG

2) Für die nach dem 1. Januar 2010 eingetretenen Vorstandsmitglieder kommt die Übergangsvorschrift des BilMoG nicht zur Anwendung und die Pensionsverpflichtungen werden in vollem Umfang gebildet.

Die an die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrates im Berichtszeitraum zu zahlende Vergütung beträgt einschließlich der Ausschusstätigkeiten (jeweils ohne Umsatzsteuer):

in Tsd. €					
Aufsichtsratsmitglied	2016	2015	Aufsichtsratsmitglied	2016	2015
Georg Fahrenschoen (Vors.)	25,0	31,4	René Jacobs <sup>1)</sup>	10,5	4,4
Bärbel Wulff (stv. Vors.)	28,8	28,8	Michael Jänichen	22,5	22,5
Ringo Bischoff <sup>1)</sup>	10,5	4,4	Dr. Eva Lohse <sup>1)</sup>	10,5	4,4
Michael Dutschke	13,5	13,5	Thomas Mang	16,5	16,5
Dr. Michael Ermrich <sup>1)</sup>	17,5	7,4	Astrid Maurer	10,5	10,5
Christina Förster	10,5	10,5	Helmut Schleweis	17,5	15,2
Bernd Fröhlich <sup>1)</sup>	16,5	7,0	Peter Schneider	10,5	10,5
Dennis Gehrke	10,5	10,5	Helmut Späth <sup>2)</sup>	0,0	6,1
Gerhard Grandke	16,5	16,5	Dr. Harald Vogelsang	16,5	16,5
Artur Grzesiek	18,5	18,5	Frank Wolf	16,5	16,5
Sven Herzog	10,5	10,5			
	<b>178,3</b>	<b>159,0</b>			
<b>Summe</b>				<b>309,8</b>	<b>282,1</b>
zuzügl. USt.				45,5	45,0
<b>Gesamtaufwand</b>				<b>355,3</b>	<b>327,1</b>

1) ab 29. Juli 2015

2) bis 29. Juli 2015

### (37) Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	2016	2015
Vollzeitbeschäftigte	2.642	2.739
Teilzeitkräfte	951	936
Auszubildende	200	193
<b>Insgesamt</b>	<b>3.793</b>	<b>3.868</b>

### (38) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und anderen Mitarbeitern der LBB/BSK in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in den Anlagen 1 und 2 zum Anhang dargestellt.

**(39) Angaben über derivative Geschäfte****Anlagebuch**

<b>Produktbereiche des derivativen Geschäfts per 31. Dezember 2016</b>						
in Mio. €	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	Wieder- beschaf- fungskosten positiv	Wieder- beschaf- fungskosten negativ
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre			
<b>Zinsderivate</b>	<b>13.527</b>	<b>34.547</b>	<b>32.584</b>	<b>80.658</b>	<b>4.300</b>	<b>3.621</b>
<b>börsengehandelt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
<b>OTC</b>	<b>13.527</b>	<b>34.547</b>	<b>32.584</b>	<b>80.658</b>	<b>4.300</b>	<b>3.621</b>
Zinsswaps	12.862	33.294	32.516	78.672	4.286	3.611
Forward Rate Agreements	0	0	0	0	0	0
sonstige Zinskontrakte	0	0	0	0	0	0
Swaptions	0	20	0	20	0	0
Options Käufe	0	0	0	0	0	0
Options Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Caps, Floors	665	1.233	68	1.966	14	10
<b>Währungsderivate</b>	<b>3.150</b>	<b>0</b>	<b>8</b>	<b>3.158</b>	<b>24</b>	<b>22</b>
<b>börsengehandelt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
<b>OTC</b>	<b>3.150</b>	<b>0</b>	<b>8</b>	<b>3.158</b>	<b>24</b>	<b>22</b>
Devisentermingeschäfte	2.651	0	0	2.651	12	10
Cross-Currency-Swaps	499	0	8	507	12	12
Devisenoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
sonstige Devisenkontrakte	0	0	0	0	0	0
<b>Aktienderivate und sonstige</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>7</b>
<b>börsengehandelt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
<b>OTC</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>7</b>
Aktien-Index-Swaps	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	7
Embeddeds	0	0	0	0	0	0
<b>Kreditderivate</b>	<b>205</b>	<b>159</b>	<b>11</b>	<b>375</b>	<b>2</b>	<b>3</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>16.882</b>	<b>34.706</b>	<b>32.603</b>	<b>84.191</b>	<b>4.326</b>	<b>3.653</b>

Im Rahmen der handelsrechtlichen Umgliederung wurden die bisher im Handelsbuch ausgewiesenen Derivate dem Anlagebuch zugeordnet. Die Derivate im Anlagebuch dienen vorrangig der Steuerung der Zinsänderungsrisiken im Bankbuch. Die Steuerung erfolgt im Wesentlichen über Zinsswaps. Methodisch unterliegt die Steuerung dem Capital-at-Risk-Verfahren auf der Basis einer Haltedauer von 10 Handelstagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

Die angegebenen Marktwerte stellen den beizulegenden Zeitwert dar, welcher durch Verkauf oder Glattstellung erzielbar beziehungsweise aufzuwenden ist (Marktwert inklusive Zinsabgrenzung), wobei Transaktionskosten nicht einfließen.

Grundsätzlich unterliegen Derivate im Anlagebuch der imparitätischen Einzelbewertung. Im Falle negativer Marktwerte sind entsprechend Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften im Sinne des § 249 HGB zu bilden.

In der LBB/BSK sind die im Anlagebuch geführten Derivate im Wesentlichen Bestandteil der Zinsbuchsteuerung und werden daher zusammen mit anderen Finanzinstrumenten des Zinsbuches einer verlustfreien Bewertung gemäß IDW RS BFA 3 unterzogen. Für nicht der Zinsbuchsteuerung zugeordnete Derivate im Anlagebuch bestanden zum 31. Dezember 2016 Drohverlustrückstellungen in Höhe von 2,2 Mio. € (Vj.: 0,5 Mio. €).

Upfront Payments, die den Ausgleich positiver oder negativer Marktwerte eines Derivats im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses darstellen, sind als Anschaffungskosten anzusehen. Per 31. Dezember 2016 sind Upfront Payments in Höhe von 925,2 Mio. € (Vj.: 0,5 Mio. €) als aktivische und 879,9 Mio. € (Vj.: 9,3 Mio. €) als passivische Rechnungsabgrenzungsposten bilanziell erfasst. Diese Beträge beinhalten insbesondere die infolge der Aufgabe des Handelsbuchstatus noch verbleibenden umgegliederten Zeitwerte der Handelsbuchderivate.

Zinszahlungen aus Derivaten im Anlagebuch werden zeitanteilig abgegrenzt und unter Forderungen an Kreditinstitute bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Darüber hinaus führen Collateral-Vereinbarungen zum Austausch von Sicherheitsleistungen, die unter sonstigen Vermögensgegenständen bzw. unter sonstigen Verbindlichkeiten bilanziert sind.

Bonitätsbedingten Ausfallrisiken wird in der Regel durch den Abschluss von Collateral-Vereinbarungen entgegengewirkt. Darüber hinaus sind folgende wesentliche Bedingungen, welche die Höhe und den Zeitpunkt künftiger Zahlungsströme aus Derivaten beeinflussen können, zu beachten:

Tatsächliche Zahlungen aus den Derivaten sind abhängig von zukünftigen Marktkursen und -sätzen. So ist beispielsweise bei Zinsswaps die variable Seite von in der Zukunft festzulegenden Zinssätzen (z.B. dem 3-Monats-Euribor) abhängig. Ähnlich verhält es sich bei möglichen Barausgleichen, die häufig bei optionalen Produkten sowie bei Währungsderivaten anzutreffen sind. Hier errechnet sich die Höhe der Zahlung aus der Differenz zwischen dem aktuellen Marktpreis/-kurs und dem beim Abschluss festgelegten Preis/Kurs.

In Bezug auf den Zeitpunkt künftiger Zahlungsströme ist darauf zu verweisen, dass bei optionalen Produkten auch die Ausübungsform (z.B. europäische Optionen mit Ausübung zur Endfälligkeit bzw. amerikanische Optionen mit jederzeitigem Ausübungsrecht) in den Vertragsbedingungen festgelegt ist.

**Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten (risikogewichtet)**

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Forderungsklasse Institute	85	147
Sonstige Forderungsklassen (Sonstige Unternehmen, Privatpersonen)	78	109
<b>Insgesamt</b>	<b>163</b>	<b>256</b>

Die angegebenen Kreditrisikoäquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie für die Meldung entsprechend der COREP Solvenzmeldung vorgesehen ist. Die Kreditrisikoäquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt, wobei das Kontrahentennetting berücksichtigt ist.

**(40) Deckungsrechnung**

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:

Nominalwert in Tsd. €	Hypothekenregister		Öffentliches Register	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Nennwert Deckungsmasse	3.897.554	3.042.303	1.409.737	1.663.137
Nennwert Pfandbriefumlauf	3.429.500	2.596.000	867.500	1.158.000
<b>Nennwertüberdeckung</b>	<b>468.054</b>	<b>446.303</b>	<b>542.237</b>	<b>505.137</b>
Barwert Deckungsmasse	4.281.203	3.326.481	1.514.277	1.808.205
Barwert Pfandbriefumlauf	3.557.486	2.725.246	906.721	1.227.543
<b>Barwertüberdeckung</b>	<b>723.717</b>	<b>601.235</b>	<b>607.556</b>	<b>580.662</b>
Risikobarwert Deckungsmasse	4.049.373	3.173.610	1.473.964	1.755.644
Risikobarwert Umlauf	3.375.767	2.611.786	890.128	1.200.850
<b>Risikobarwertüberdeckung</b>	<b>673.606</b>	<b>561.824</b>	<b>583.836</b>	<b>554.794</b>

ergänzende Informationen	Hypothekenregister		Öffentliches Register	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen ohne Insolvenz- vorrecht (nominal in Tsd. €)	0	0	0	0
Anteil der festverzinslichen Deckungsmasse (in %)	75,69	74,86	79,65	76,44
Anteil des festverzinslichen Umlaufs (in %)	86,15	77,47	57,23	65,37
Nettobarwert der Deckungs- masse in Fremdwährungen (in Tsd. €)	0	0	0	0
Nettobarwert des Umlaufs in Fremdwährungen (in Tsd. €)	0	0	0	0
Volumengewichtetes Alter der Hypothekendarlehen (in Jahren)	4,17	5,41	0,00	0,00
Beleihungswertauslauf der Hypothekendarlehen (in %)	53,54	52,10	0,00	0,00

## Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG:

## Laufzeitstruktur Hypothekenregister

Zinsbindungsfristen der Darlehen	Deckungs- masse	Anteil %	Deckungs- masse	Anteil %
in Tsd. €	31.12.2016		31.12.2015	
Ersatzdeckung	220.000	5,64	224.718	7,39
bis zu sechs Monaten	1.099.326	28,21	862.107	28,34
> 6 Monate und bis zu 12 Monaten	113.131	2,90	153.889	5,06
> 12 Monate und bis zu 18 Monaten	47.907	1,23	146.107	4,80
> 18 Monate und bis zu 2 Jahren	46.015	1,18	133.710	4,39
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	172.941	4,44	150.231	4,94
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	127.036	3,26	180.284	5,93
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	243.950	6,26	131.603	4,32
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	1.371.438	35,19	855.108	28,11
> 10 Jahre	455.810	11,69	204.546	6,72
<b>Insgesamt</b>	<b>3.897.554</b>	<b>100,00</b>	<b>3.042.303</b>	<b>100,00</b>

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe	Deckungs- masse	Anteil %	Deckungs- masse	Anteil %
in Tsd. €	31.12.2016		31.12.2015	
bis zu sechs Monaten	113.000	3,29	161.000	6,20
> 6 Monate und bis zu 12 Monaten	161.500	4,71	177.500	6,84
> 12 Monate und bis zu 18 Monaten	205.000	5,98	113.000	4,35
> 18 Monate und bis zu 2 Jahren	245.000	7,14	161.500	6,22
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	264.000	7,70	450.000	17,33
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	401.000	11,69	264.000	10,17
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	427.000	12,45	251.000	9,67
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	1.479.000	43,13	990.000	38,14
> 10 Jahre	134.000	3,91	28.000	1,08
<b>Insgesamt</b>	<b>3.429.500</b>	<b>100,00</b>	<b>2.596.000</b>	<b>100,00</b>

### Laufzeitstruktur Öffentliches Register

Zinsbindungsfristen der Darlehen	Deckungs-	Anteil %	Deckungs-	Anteil %
	masse		masse	
in Tsd. €	31.12.2016		31.12.2015	
Ersatzdeckung	0	0,00	0	0,00
bis zu sechs Monaten	422.546	29,97	517.248	31,10
> 6 Monate und bis zu 12 Monaten	48.579	3,45	27.741	1,67
> 12 Monate und bis zu 18 Monaten	215.531	15,29	130.105	7,82
> 18 Monate und bis zu 2 Jahren	148.206	10,51	129.203	7,77
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	82.318	5,84	366.241	22,02
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	100.223	7,11	83.781	5,04
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	92.608	6,57	104.339	6,27
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	299.726	21,26	304.479	18,31
> 10 Jahre	0	0,00	0	0,00
<b>Insgesamt</b>	<b>1.409.737</b>	<b>100,00</b>	<b>1.663.137</b>	<b>100,00</b>

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe	Deckungs-	Anteil %	Deckungs-	Anteil %
	masse		masse	
in Tsd. €	31.12.2016		31.12.2015	
bis zu sechs Monaten	81.000	9,34	237.500	20,51
> 6 Monate und bis zu 12 Monaten	10.000	1,15	59.000	5,09
> 12 Monate und bis zu 18 Monaten	303.000	34,93	75.000	6,48
> 18 Monate und bis zu 2 Jahren	152.500	17,58	10.000	0,86
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	159.000	18,33	455.500	39,34
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	144.000	16,60	159.000	13,73
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	8.000	0,92	144.000	12,44
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	10.000	1,15	18.000	1,55
> 10 Jahre	0	0,00	0	0,00
<b>Insgesamt</b>	<b>867.500</b>	<b>100,00</b>	<b>1.158.000</b>	<b>100,00</b>



**Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG:**

Es existieren keine Derivate, die einen Anteil an den Deckungsmassen gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 PfandBG darstellen würden.

**Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4/5/6 PfandBG:  
weitere Deckungswerte nach Staaten****Hypothekenregister**

<b>Schuldner (direkt oder mit Garantie)</b> in Tsd. €	<b>31.12.2016</b>	<b>31.12.2015</b>
Belgien	15.000	20.000
Deutschland	50.000	49.718
Luxemburg	25.000	25.000
Polen	50.000	50.000
Rumänien	30.000	30.000
Spanien	50.000	50.000
<b>Insgesamt</b>	<b>220.000</b>	<b>224.718</b>

Alle weiteren Deckungswerte sind Schuldverschreibungen nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG.

**Öffentliches Register**

<b>Schuldner (direkt oder mit Garantie)</b> in Tsd. €	<b>31.12.2016</b>	<b>31.12.2015</b>
Deutschland	0	0
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Das öffentliche Register enthält keine weiteren Deckungswerte nach § 20 Abs. 2 PfandBG.

## Angaben gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG:

## Liquiditätsdeckung

in Tsd. €	31.12.2016
<b>Hypothekendarlehen</b>	
Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min.	203.064
Liquiditätsdeckung am 27.02.2017	226.542
<b>Liquiditätssaldo kumuliert am 27.02.2017</b>	<b>-23.478</b>
<b>öffentlicher Darlehen</b>	
Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min.	738.758
Liquiditätsdeckung am 05.01.2017	738.758
<b>Liquiditätssaldo kumuliert am 05.01.2017</b>	<b>0</b>

## Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG:

## Hypothekenregister

Größenklassen in Tsd. €	31.12.2016	31.12.2015
bis 300.000 €	376.489	392.561
mehr als 300.000 bis 1.000.000 €	272.615	288.746
mehr als 1.000.000 bis 10.000.000 €	954.326	871.988
mehr als 10.000.000 €	2.074.124	1.264.291
<b>Insgesamt</b>	<b>3.677.554</b>	<b>2.817.586</b>

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG:

**Objektsplitting (wohnwirtschaftliche Objekttypen)**

Staaten	Wohnungen		Ein- und Zweifamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
in Tsd. €								
Deutschland	94.239	90.465	167.191	168.032	1.963.956	1.317.920	2.225.386	1.576.417
<b>Insgesamt</b>	<b>94.239</b>	<b>90.465</b>	<b>167.191</b>	<b>168.032</b>	<b>1.963.956</b>	<b>1.317.920</b>	<b>2.225.386</b>	<b>1.576.417</b>

Regionen	Wohnungen		Ein- und Zweifamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
in Tsd. €								
Baden-Württemberg	0	0	70	2.199	0	0	70	2.199
Bayern	0	0	160	374	5.301	9.543	5.461	9.917
Berlin	89.599	83.834	108.780	110.420	1.827.524	1.135.143	2.025.903	1.329.397
Brandenburg	3.090	3.020	57.441	54.124	46.478	52.261	107.009	109.405
Bremen	7	11	0	0	0	0	7	11
Hamburg	459	502	0	0	531	576	990	1.078
Hessen	0	101	0	0	0	5.064	0	5.165
Mecklenburg-Vorpommern	503	600	154	284	3.103	2.989	3.760	3.873
Niedersachsen	0	0	365	403	2.359	6.950	2.724	7.353
Nordrhein-Westfalen	197	1.969	0	0	8.205	35.934	8.402	37.903
Saarland	0	0	0	0	0	0	0	0
Sachsen	0	0	0	0	57.546	57.280	57.546	57.280
Sachsen-Anhalt	384	386	44	49	11.917	11.188	12.345	11.623
Schleswig-Holstein	0	42	177	179	0	0	177	221
Thüringen	0	0	0	0	992	992	992	992
<b>Insgesamt</b>	<b>94.239</b>	<b>90.465</b>	<b>167.191</b>	<b>168.032</b>	<b>1.963.956</b>	<b>1.317.920</b>	<b>2.225.386</b>	<b>1.576.417</b>

## Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG:

## Objektsplitting (gewerbliche Objekttypen)

Staaten	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
in Tsd. €								
Deutschland	832.709	731.939	201.475	267.967	137.978	122.522	278.946	117.634
<b>Insgesamt</b>	<b>832.709</b>	<b>731.939</b>	<b>201.475</b>	<b>267.967</b>	<b>137.978</b>	<b>122.522</b>	<b>278.946</b>	<b>117.634</b>

Regionen	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
in Tsd. €								
DE Baden-Württemberg	1.200	1.200	2.690	13.400	0	207	0	1.380
DE Bayern	43.577	3.797	0	0	8.220	0	9.371	9.571
DE Berlin	696.805	631.236	96.898	103.133	89.212	83.139	189.093	36.364
DE Brandenburg	21.230	33.935	42.022	22.552	26.480	28.135	8.802	8.417
DE Bremen	0	0	0	1.017	0	0	0	0
DE Hamburg	8.898	8.898	0	0	1.890	1.890	26.695	11.408
DE Hessen	30.956	28.610	0	0	3.719	3.719	6.120	8.574
DE Mecklenburg-Vorpommern	1.281	611	6.297	15.187	0	0	2.531	585
DE Niedersachsen	0	0	5.350	6.298	0	0	2.703	2.703
DE Nordrhein-Westfalen	11.458	10.142	4.700	30.608	3.335	5.368	6.551	6.884
DE Rheinland-Pfalz	0	0	6.295	6.295	0	0	0	4.493
DE Saarland	0	0	0	0	0	0	0	0
DE Sachsen	15.320	11.481	10.187	10.187	59	64	21.290	21.431
DE Sachsen-Anhalt	1.505	1.538	0	12.782	5.063	0	5.694	5.721
DE Schleswig-Holstein	199	203	6.411	6.636	0	0	0	0
DE Thüringen	280	288	20.625	39.872	0	0	96	103
<b>Insgesamt</b>	<b>832.709</b>	<b>731.939</b>	<b>201.475</b>	<b>267.967</b>	<b>137.978</b>	<b>122.522</b>	<b>278.946</b>	<b>117.634</b>

	Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	0	0	1.060	1.107	1.452.168	1.241.169
	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.060</b>	<b>1.107</b>	<b>1.452.168</b>	<b>1.241.169</b>

	Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	0	0	0	0	3.890	16.187
	0	0	0	0	61.168	13.368
	0	0	996	1.039	1.073.004	854.911
	0	0	64	68	98.598	93.107
	0	0	0	0	0	1.017
	0	0	0	0	37.483	22.196
	0	0	0	0	40.795	40.903
	0	0	0	0	10.109	16.383
	0	0	0	0	8.053	9.001
	0	0	0	0	26.044	53.002
	0	0	0	0	6.295	10.788
	0	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	46.856	43.163
	0	0	0	0	12.262	20.041
	0	0	0	0	6.610	6.839
	0	0	0	0	21.001	40.263
	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.060</b>	<b>1.107</b>	<b>1.452.168</b>	<b>1.241.169</b>

## Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG:

## Hypothekenregister

Lage des Grundpfandrechts in Tsd. €	Rückständige Leistungen		Forderungsbetrag, sofern rückständige Leistungen >= 5 %	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Deutschland	104,4	36,6	379,9	92,0
<b>Insgesamt</b>	<b>104,4</b>	<b>36,6</b>	<b>379,9</b>	<b>92,0</b>
Berlin	103,9	35,8	379,9	92,0
Brandenburg	0,5	0,8	0,0	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>104,4</b>	<b>36,6</b>	<b>379,9</b>	<b>92,0</b>

## Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 4a/b/c PfandBG:

Anzahl	Gewerblich		Wohnungsbau	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Zum Abschlusstichtag anhängige Zwangsver- steigerungs- und Zwangs- verwaltungsverfahren	0	0	0	0
Im Geschäftsjahr durchge- führte Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Innerhalb des Geschäftsjahres zur Verhütung von Verlusten übernommene Grundstücke	0	0	0	0

## Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG:

## Öffentliches Register

Größenklassen in Tsd. €	31.12.2016	31.12.2015
bis 10.000.000 €	19.408	25.393
mehr als 10.000.000 bis 100.000.000 €	634.227	863.078
mehr als 100.000.000 €	756.102	774.666
<b>Insgesamt</b>	<b>1.409.737</b>	<b>1.663.137</b>

## Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG:

## Öffentliche Kreditnehmer nach Typen und Staaten

geschuldet/ gewährleistet	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
in Tsd. €										
Deutschland (geschuldet von)	0	0	675.489	796.463	55.564	60.327	374.100	389.085	1.105.153	1.245.875
Deutschland (gewährleistet von)	206.871	307.564	0	0	0	0	62.713	74.698	269.584	382.262
Kanada (geschuldet von)	0	0	35.000	35.000	0	0	0	0	35.000	35.000
Insgesamt	206.871	307.564	710.489	831.463	55.564	60.327	436.813	463.783	1.409.737	1.663.137

davon aus Gründen der Export- finanzierung	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
in Tsd. €										
Deutschland (Export)	206.871	307.564	0	0	0	0	272	0	207.143	307.564
Insgesamt	206.871	307.564	0	0	0	0	272	0	207.143	307.564

## Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 3 PfandBG:

## Kundengruppen mit seit mindestens 90 Tagen rückständigen Leistungen

Schuldner	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
in Tsd. €										
Deutschland	424	2.492	417	417	0	0	0	11	841	2.920

## Forderungsbetrag, sofern rückständige Leistungen &gt;= 5 %

Schuldner	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
in Tsd. €										
Deutschland	1.762	2.523	8.247	0	0	0	0	0	10.009	2.523

# Organe der Landesbank Berlin AG

## Vorstand

**Dr. Johannes Evers**

Vorsitzender

**Volker Alt**

**Hans Jürgen Kulartz**

**Tanja Müller-Ziegler**

## Aufsichtsrat

**Georg Fahrenschon**

Vorsitzender

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands

**Bärbel Wulff<sup>\*)</sup>**

stellv. Vorsitzende

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

**Ringo Bischoff<sup>\*)</sup>**

Bereichsleiter der ver.di  
Gewerkschaftliche Bildung und Bildungszentren

**Michael Dutschke<sup>\*)</sup>**

Vorsitzender des Betriebsrats der  
Landesbank Berlin AG

**Dr. Michael Ermrich**

Geschäftsführender Präsident des  
Ostdeutschen Sparkassenverbands

**Christina Förster<sup>\*)</sup>**

Fachsekretärin Finanzdienstleistungen  
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

**Bernd Fröhlich**

Vorsitzender des Vorstands der  
Sparkasse Mainfranken Würzburg

**Dennis Gehrke<sup>\*)</sup>**

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

**Gerhard Grandke**

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und  
Giroverbands Hessen-Thüringen

**Artur Grzesiek**

Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse KölnBonn

**Sven Herzog<sup>\*)</sup>**

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

**René Jacobs<sup>\*)</sup>**

stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrats der  
Landesbank Berlin AG



<b>Michael Jänichen</b> *)	Bereichsleiter Firmenkunden der Berliner Sparkasse
<b>Dr. Eva Lohse</b>	Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen am Rhein, Präsidentin des Deutschen Städtetages
<b>Thomas Mang</b>	Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen
<b>Astrid Maurer</b> *)	Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG
<b>Helmut Schleweis</b>	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg
<b>Peter Schneider</b>	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg
<b>Dr. Harald Vogelsang</b>	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
<b>Frank Wolf</b> *)	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

\*) Arbeitnehmervertreter

Berlin, 16. Februar 2017

#### **Der Vorstand**

**Dr. Johannes Evers**

**Volker Alt**

**Hans Jürgen Kulartz**

**Tanja Müller-Ziegler**

#### **Anlagen**

Anlage 1: Mandate von Mitgliedern des Vorstands in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB)

Anlage 2: Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB)

# Anlage 1

Mandate des Vorstands nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten
- a)\* Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

## Vorstand

### **Dr. Johannes Evers**

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der  
– Zoologischer Garten Berlin AG, Berlin
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
– S-Kreditpartner GmbH, Berlin

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der  
– Visa Europe Limited, London (bis 21.06.2016)

Mitglied des Verwaltungsrats der  
– DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

### **Volker Alt**

Mitglied des Vorstands

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
– S-Servicepartner Berlin GmbH, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der  
– S-Kreditpartner GmbH, Berlin  
– Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main

**Hans Jürgen Kulartz**

Mitglied des Vorstands

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
  - Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d.H.
  - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover

**Tanja Müller-Ziegler**

Mitglied des Vorstands

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart
  - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin (ab 10.05.2016 bis 31.12.2016)
  - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover
  - S-Kreditpartner GmbH, Berlin

## Anlage 2

Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften

**Dr. Alexander Fest**

Mitglied des Aufsichtsrats der  
– S-Servicepartner Berlin GmbH, Berlin

**Sascha Händler**

stellvertretendes Mitglied des Aufsichtsrats der  
– AKA Ausfuhrkreditgesellschaft mbH, Frankfurt am Main

**Kai Uwe Peter**

stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
– B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main

**Knut Richter**

Mitglied des Aufsichtsrats der  
– AKA Ausfuhrkreditgesellschaft mbH, Frankfurt am Main

**Bartho Schröder**

Mitglied des Aufsichtsrats der  
– S-Servicepartner Berlin GmbH, Berlin

# Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll-

systems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 21. Februar 2017

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Kügler	Protze
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

# Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Berlin, 16. Februar 2017

## **Der Vorstand**

**Dr. Johannes Evers**

**Volker Alt**

**Hans Jürgen Kulartz**

**Tanja Müller-Ziegler**

# Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin AG

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2016 in fünf Plenumsitzungen sowie in 18 Ausschusssitzungen – davon eine Telefonkonferenz – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend, schriftlich wie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin AG (LBB) und ihrer Tochtergesellschaften befasst und die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

## **Schwerpunkte der Aufsichtsratsstätigkeit**

Gegenstand der Sitzungen war die Information durch den Vorstand zur aktuellen Geschäftsentwicklung und den Ergebnissen der Strategischen Geschäftsfelder, zur aktuellen Lage, zur Regulatorik und zur Governance. Regelmäßig erfolgte zudem eine intensive

Erörterung der Liquiditäts- und Risikosituation, des aktuellen Stands zum Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse und der Entwicklungen im Vertrieb mit dem Vorstand der LBB.

Zur Vorbereitung der Bilanzsitzung am 18. März 2016 wurden dem Aufsichtsrat die Berichte des Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, übermittelt. Im Rahmen dieser Bilanzsitzung erfolgten die Berichterstattungen des Vorstands und des Wirtschaftsprüfers über das Geschäftsjahr 2015, der Vorstandsbericht über die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems (IKS) sowie die Beratung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Jahresberichts der Internen Revision. Ferner wurde der Bericht des Aufsichtsrats zum Geschäftsjahr 2015 beschlossen. Die EZB-Bescheide zu SREP und RIGA wurden im Detail erörtert und zur Kenntnis genommen. Des Weiteren beschloss der Aufsichtsrat auf Empfehlung des Prüfungsausschusses, die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, Zweigniederlassung Berlin zum Abschlussprüfer für das Sondervermögen Stratego Grund für das Geschäftsjahr 1. April 2015 bis 31. März 2016 zu bestellen. Letztlich hat sich das Gremium mit Vergütungsthemen befasst und erteilte seine Zustimmung zum Abschluss der Unternehmensverträge mit der BSK Immobilien GmbH.

Am 16. Juni 2016 erörterte der Aufsichtsrat detailliert die Aufsichtsthemen zum Stand des EZB-Stresstests, den RIGA-Bescheid und die Struktur der Ausschüsse. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der ausführlichen Betrachtung der Risikothemen durch den Aufsichtsrat und der Einführung des Flashreports. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der Kapitalstärkung der S-Kreditpartner GmbH. Weitere Tagesordnungspunkte betrafen die ordentliche Hauptversammlung der LBB AG 2016, den Sparkassenbericht 2015, den Jahresbericht zu Spenden- und Sponsoringmaßnahmen sowie die Eignungs- und Effizienzprüfung des Aufsichtsrats nach § 25 d KWG. Des Weiteren nahm der Aufsichtsrat den Sachstandsbericht zum Umbau des Alexanderhauses zur Kenntnis und beschloss die zukünftige Bereitstellung der Sitzungsunterlagen auch in digitaler Form. Der Aufsichtsrat hat die Compliance Berichte (WpHG und MaRisk) entgegengenommen und sich über die gesetzlichen Neuerungen der Marktmissbrauchsverordnung informieren lassen.

In der Sitzung am 23. September 2016 befasste sich der Aufsichtsrat mit der Jahresabschlussprüfung für das Jahr 2016. Dies beinhaltete die Festlegung der Prüfungsschwerpunkte 2016, die Beauftragung gemäß §§ 45 und 46 der Rahmensezung des Einlagensicherungssystems, den Risikobericht des Abschlussprüfers für die Sicherungseinrichtung der Landesbanken, die Ergebnisse der Depotprüfung nach § 36 WpHG sowie die Prüferische Durchsicht des verkürzten Jahresabschlusses zum 30. Juni 2016 und des Zwischenlagenberichts. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat detailliert zum aktuellen Stand des EZB-Stresstests sowie der On-Site Inspection Liquidität. Neben der regelmäßigen Erörterung der Geschäftsentwicklung nach HGB,

der Finanzlage, den Risikothemen und der Vertriebssituation, standen der Abschlussbericht des Umbaus von der LBB zur Berliner Sparkasse und die Neuausrichtung des Privatkundengeschäfts („Sparkasse Neo“) auf der Tagesordnung. Des Weiteren diskutierte das Gremium Vergütungsthemen, die Auswahl- und Diversitätsstrategie gemäß CRD, CRR und AktG und die Stellenbeschreibung und Bewerberprofile für die Mitglieder des Aufsichtsrats und Vorstands. Ferner nahm das Gremium den Geschäftsverteilungsplan des Vorstands ab 1. Juli 2016 und die Verlängerung der D&O-Versicherung ab dem 1. Januar 2017 zur Kenntnis.

Die Sitzung am 8. November 2016 stand insbesondere im Zeichen der Beratungen zum Strategiedokument, der IT-Strategie und der Mittelfristplanung 2017–2021 der LBB. Angesichts der Bedeutsamkeit der Mittelfristplanung, beschloss der Aufsichtsrat eine zusätzliche, gemeinsame Sitzung der Aufsichtsräte der LBB und der Holding. Darüber hinaus nahm der Aufsichtsrat den Sanierungsplan der LBBH-Gruppe, die Vorlage zu den Kosten der LBBH-Gruppe, den Vergütungskontrollbericht sowie die Übersicht über die Pensionswerke nach intensiver Erörterung zur Kenntnis. Ferner erteilte das Gremium nach eingehender Diskussion der Effizienz- und Eignungsbewertung des Aufsichtsrats und der Überwachung der Vergütungssysteme der Mitarbeiter seine Zustimmung.

Am 18. November 2016 wurde eine gemeinsame, außerordentliche Sitzung der Aufsichtsräte der LBB sowie der Holding abgehalten. Hierbei erörterten die Aufsichtsräte intensiv und ausführlich das Strategiedokument und die Mittelfristplanung 2017–2021 der LBB und nahmen diese zur Kenntnis. Ebenfalls nahm der Aufsichtsrat die Prognose für das Jahr 2016 zur Kenntnis.



Außerhalb der Sitzungen wurde vom Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2016 ein Beschluss im Umlaufverfahren gefasst.

#### **Ausschüsse des Aufsichtsrats**

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im Geschäftsjahr 2016 durch den Prüfungsausschuss, den Personal- und Strategieausschuss und den Kreditausschuss unterstützt. Die Ausschüsse wurden aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildet.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss trat im Jahr 2016 nicht zusammen.

Der Aufsichtsrat hat sich über die Arbeit der Ausschüsse regelmäßig und umfassend in den, den Ausschusssitzungen zeitlich nachgelagerten Plenumsitzungen mittels mündlicher und schriftlicher Zusammenfassungen sowie anhand der Ausschussprotokolle berichten lassen.

#### **Corporate Governance**

Als nicht-börsennotierte Aktiengesellschaft unterliegt die LBB grundsätzlich nicht den Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK). Dennoch werden bereits implementierte aus dem DCGK stammende Prozesse weiterhin berücksichtigt.

Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr beim Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen nicht auf.

#### **Personalia Vorstand**

Im Jahr 2016 gab es keine Veränderung in der Zusammensetzung des Vorstands.

#### **Personalia Aufsichtsrat**

Im Jahr 2016 gab es keine Veränderung in der Zusammensetzung des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat hat in Anlehnung an Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate

Governance Kodex geprüft und festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört und die gesetzlichen Anforderungen gemäß KWG und AktG an die Zuverlässigkeit, erforderliche Sachkunde und ausreichende Zeit zur Wahrnehmung der Aufgaben, die Mandatshöchstgrenzen sowie die persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

#### **Jahresabschluss 2016**

Der vorliegende Jahresabschluss der LBB mit dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016 wurde durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat die über die Prüfung erstellten Berichte des Abschlussprüfers zur Kenntnis genommen.

Vor und während der Prüfung informierte sich der Aufsichtsrat beim Abschlussprüfer über deren Ablauf und Inhalt. Der Jahresabschluss der LBB wurde nach den Vorschriften des HGB aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Lagebericht und die Prüfungsberichte wurden den Gremienmitgliedern rechtzeitig vor den jeweiligen Bilanzsitzungen des Kreditausschusses am 14. Dezember 2016 und am 15. März 2017, des Prüfungsausschusses am 15. März 2017 und des Aufsichtsrats zur eingehenden Prüfung vorgelegt.

An den Bilanzsitzungen des Prüfungsausschusses und des Kreditausschusses wie auch an der Bilanzsitzung des Plenums nahmen die den Jahresabschluss testierenden Vertreter des Abschlussprüfers teil. Der Abschlussprüfer berichtete dabei über die wesentlichen Ergebnisse seiner

Prüfung sowie darüber, dass die Gesellschaft über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation mit einem grundsätzlich angemessenen und wirksamen Risikomanagement verfügt. In der gemeinsamen Erörterung beantwortete er die Fragen der Gremienmitglieder.

Der Prüfungsausschuss hat den Abschluss und den Lagebericht in seiner Sitzung am 15. März 2017 geprüft, mit dem Abschlussprüfer erörtert und sodann dem Aufsichtsrat die Feststellung des Abschlusses empfohlen. Des Weiteren hat der Prüfungsausschuss die schriftliche Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers entgegengenommen und mit ihm mögliche Gefahren für seine Unabhängigkeit und ggfs. zu ergreifende Schutzmaßnahmen erörtert.

Der Aufsichtsrat hat den Abschluss und den Lagebericht ebenfalls geprüft. Der Aufsichtsrat hat sich in Anlehnung an Ziffer 7.2.1 des DCGK davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Inter-

essenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen. Gegen die Prüfungsergebnisse des Abschlussprüfers ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der LBB zum 31. Dezember 2016 daher in seiner Sitzung vom 28. März 2017 festgestellt. Der Jahresabschluss der LBB gilt damit gemäß § 172 AktG als festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2016 erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2017

Der Aufsichtsrat

**Georg Fahrenschon**  
Vorsitzender

# Impressum

**Herausgeber:**

Landesbank Berlin AG  
Berliner Sparkasse  
Alexanderplatz 2  
10178 Berlin  
Telefon: 030 869 801  
[info@berliner-sparkasse.de](mailto:info@berliner-sparkasse.de)  
[www.berliner-sparkasse.de](http://www.berliner-sparkasse.de)

**Gestaltung:**

Heimrich & Hannot GmbH  
Stralauer Allee 2  
10245 Berlin  
Telefon: 030 308780-0  
[www.heimrich-hannot.de](http://www.heimrich-hannot.de)

**Druck:**

DAS DRUCKTEAM BERLIN  
Maik Roller und Andreas Jordan GbR  
Gustav-Holzmann-Straße 6  
10317 Berlin  
Telefon: 030 6780689-0  
[www.druckteam-berlin.de](http://www.druckteam-berlin.de)

Landesbank Berlin AG  
Berliner Sparkasse  
Alexanderplatz 2  
10178 Berlin  
Telefon: 030/869 801  
[info@berliner-sparkasse.de](mailto:info@berliner-sparkasse.de)